

Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis... Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage...

Ercheint täglich außer Montags.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Sonntag, den 16. März 1912.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Die Insertions-Gebühr

Gebühr für die sechspaltige Zeilenbreite... Kleine Anzeigen... Telegramm-Adresse: „Sozialdemokratia Berlin“.

An die Arbeiterschaft Deutschlands!

Partei- und Gewerkschaftsmitglieder!

Seit Jahren wartet die Reaktion auf den günstigen Augenblick, das Koalitionsrecht der Arbeiter zu vernichten. Im Bergarbeiterstreik in Mansfeld im Jahre 1909 wurde die Waffenmacht requiriert...

In Moabit wurde vor zwei Jahren anlässlich eines unbedeutenden Streiks ein Massenaufgebot von Polizei vorgenommen, um die angeblich gefährdete Ordnung wiederherzustellen. Aber nur die Aufregung in der Bevölkerung wurde dadurch gesteigert.

Der Ausfall der Reichstagswahl war für die Reaktion ein neues Signal zur Einleitung eines Kesseltreibens gegen das Koalitionsrecht der Arbeiter. Im sächsischen Landtag, in der Hamburger Bürgerschaft und vor einigen Tagen im preussischen Herrenhause wurde die Beschränkung des Koalitionsrechts verlangt...

Die preussische Regierung, gestützt durch das Reichsamt des Innern, hat den den Bergarbeitern im Ruhrgebiet aufgewungenen Streik zum willkommenen Anlaß genommen, den Wünschen der Reaktion nachzukommen. Sie hat zunächst Polizei und Gendarmerie in großer Zahl in das Ruhrgebiet geschickt und schließlich ein großes Militäraufgebot folgen lassen.

Die Unterzeichneten als die Vertreter der nach Millionen zählenden organisierten Arbeiterschaft Deutschlands fordern die im Kampf stehenden Bergleute auf, sich nicht zu unüberlegten Handlungen provozieren zu lassen.

Die Unterzeichneten erheben Protest gegen das Verhalten der Regierung, die gerade jetzt, in solcher kritischen Zeit, wieder einmal in so klarer Weise gezeigt hat, wie sehr sie von dem Willen getragen ist, den Wünschen der Scharmacher nachzukommen.

Der Vorstand der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

Der Bergarbeiterstreik und die Bachemiten.

Die Führer des Gewerkschaftsvereins christlicher Bergleute wissen sich mit erstaunlichem Talent in die ihnen von den „Bachemiten“ zugewiesene Rolle des Judas Ischariot zu schämen, der seine Genossen um dreißig Silberlinge verrät.

den nicht auf Streiklust, sondern auf Furcht vor Ueberfällen und Belästigungen zurückzuführen ist. Weiter müssen wir schon jetzt darauf aufmerksam machen, daß die Wut der zum Streik haltenden sozialdemokratischen und polnischen Menge steigt...

Wir sehen, die Führer der christlichen Bergarbeiter folgen nicht nur den Spuren der preussischen Herrenhäuser vom Schläge der Buttkamer, Bieten u. Co., sondern sie übertreffen diese noch in der Kunst der Regierungsaufhebung.

Wir sehen, die Führer der christlichen Bergarbeiter folgen nicht nur den Spuren der preussischen Herrenhäuser vom Schläge der Buttkamer, Bieten u. Co., sondern sie übertreffen diese noch in der Kunst der Regierungsaufhebung. Sicherlich ein schöner Erfolg der ethisch-politischen Erziehungsarbeit der bachemitischen München-Glabbacher Zentrale.

Der Gewerkschaftsverein christlicher Bergleute, die erste der christlichen Berufsorganisationen, ist bekanntlich im Jahre 1894 gegründet worden, um die katholischen Bergarbeiter dem Einfluß der Sozialdemokratie zu entziehen und sie zu einer Kampfkolonie gegen diese zu drillen.

Und der Leiter der „Kölnischen Volkszeitung“, Herr Julius Bachem, erklärte 1899 auf der Generalversammlung des „Augustinervereins zur Pflege der katholischen Presse“: „Für die Zentrumspartei ist es meines Erachtens die höchste Zeit, es in der Förderung der berufsgenossenschaftlichen Organisation der Sozialdemokratie gleich zu tun.“

Das sind die Gründe, die 1894 zur Gründung des Gewerkschaftsvereins christlicher Bergleute führten. blieb noch die Frage, ob diese Organisation einen ausgesprochen katholischen Charakter haben sollte, wie von geistlicher Seite, besonders vom Pfarrer Driehen verlangt wurde, oder ob man die ultramontane Politik unter der Flagge der Interkonfessionalität und politischen Neutralität verbergen wolle.

Der neugegründete christliche Gewerkschaftsverein nahm jedoch nicht die Entwicklung, die man im ultramontanen Lager wünschte. Das Aufziehen der falschen Flagge nützte nichts. Die einzelnen Zechenbesitzer wie ihre Vereinigung, der Verein für die bergbaulichen Interessen des Oberbergamtsbezirks Dortmund, behandelten den „in der Kutte des Jesuitismus einherziehenden“ christlichen Bergarbeiterverband nicht wesentlich anders als den sogenannten sozialdemokratischen Verband.

rechnungen der Gewerkschaftsvereins erschienen ansehnliche Posten, die für Streiks und die Unterstützung gemohrgeleiteter Vereinsmitglieder hatten ausgegeben werden müssen.

Dem Klerus wie den konservativ-kapitalistischen Elementen innerhalb der Zentrumspartei behagte diese Entwicklung recht wenig. Sie wollten keinen Kampfverein gegen die Unternehmerschaft, sondern einen Kampfverein gegen die Sozialdemokratie. So erschien denn im August 1900 der bekannte „Girtenbrief“ der preussischen Bischöfe, in welchem sich diese gegen die interkonfessionellen Gewerkschaften aussprachen und die Gründung von katholischen Fachvereinen befürworteten.

Tatsächlich ist es nur konsequent, wenn die römische Kurie wie der deutsche Episkopat (mit Ausnahme des Erzbischofs Fischer von Köln) von der Organisation der christlichen Gewerkschaften und ihrer Teilnahme am Streik nichts wissen wollen, denn jede den inneren Frieden irgendwie gefährdende Arbeitseinstellung widerspricht aufs schärfste der Staats- und Gesellschaftslehre des Thomas von Aquino, die noch heute der katholischen Kirche als verbindlich gilt.

Trotzdem der höhere Klerus entschieden die Organisation der christlichen Gewerkschaften und speziell des Gewerkschaftsvereins christlicher Bergleute verurteilt, hat er jedoch bisher davon Abstand genommen, die christlichen Gewerkschaften direkt als un-katholische oder modernistische Organisationen zu verurteilen, um nicht eine Schwächung oder Spaltung des Zentrums hervorzurufen.

Doch die Bachemiten haben falsch kalkuliert. Ein beträchtlicher Teil der katholischen Bergarbeiter hat die dringenden Mahnungen der Kölner Mäcker nicht befolgt und sich doch dem Streik angeschlossen. Was nun? Will der Gewerkschaftsverein christlicher Bergleute diese Mitglieder, weil sie entgegen der Orde streifen, ausschließen oder will er ihnen jede Unterstützung versagen? Das könnte ihm einen großen Teil seiner bisherigen Mitglieder kosten!

## Der Streikdebatte zweiter Tag.

Drüben im Westen tobt der Kampf erbitterter denn je, der Säbel findet blutige Arbeit, Opfer fallen, die Zähne werden fester aufeinander gebissen — und hier im Reichstag wird über den Kampf geredet, geredet den zweiten Tag, und morgen kommt der dritte daran. Freilich ist, was hier geredet wird, nicht minder bezeichnend wie drüben der Kampf selbst, denn in den Reden spiegeln sich nur die großen Gegensätze, die im rheinisch-westfälischen Kohlenrevier mit Leidenschaft zum Austrag gebracht werden. Wieder traten die Elemente auf, die dem emporsiehenden Riesen des Proletariats am liebsten die Füße stechen durchschneiden möchten. Herr Müller zuerst, machte Hum, hum, und verdächtig. Später ließ Herr Merz von der Reichspartei der Rechten sein politisches Gaubrot, Rogalla v. Dieberstein nicht schlafen und er ahnte unter der schallenden Heiterkeit der Rufen gegen den „Freiwaken“ Streik und äußerte seine Genugtuung, daß die Regierung endlich einmal energische Töne gefunden habe. Herr Behr von der Wirtschaftlichen Vereinigung, nicht ein Knäpfe der Bergarbeiter, sondern ihrer profitwütigen Bedrücker, wie all seine ohnmächtige Mut gegen die freien Gewerkschaften und erging sich in einer komischen Fingergipfelfingertänze gegen die Sozialdemokratie, und schließlich tauchte aus irgendeiner antisemitischen Verknüpfung noch ein gewisser Herr Lerner aus Gießen auf, räusperte sich, spuckte in ungeschickten Hogen nach der Sozialdemokratie im allgemeinen und nach dem „Vorwärts“ im besonderen, räusperte sich noch einmal und tauchte wieder unter.

Unter den erst zu nehmenden Rednern fand sich als erster der Fortschrittler Gath ein ein. In längerer trefflicher Rede, die fundiert war von einer Betrachtung über allgemein wirtschaftspolitische Verhältnisse, zerplückte er die Einwände, die gestern der Agent der Christlichen und der Grubenherren, Schiffer, gegen den Streik gemacht, wies an Zahlen tabellen die jämmerliche Lage der Bergarbeiter nach und warf der Regierung vor, daß sie einen allzu schwachen oder gar keinen Druck auf die Bergherren zur Bewahrung des Friedens ausgeübt habe — schon bedeutend schlimmere Streitfragen zwischen Unternehmern und Arbeitern seien schließlich friedlich beigelegt worden. Der Vizepräsident Baasche an anderer Stelle des Wortes berichtet wird, führte namentlich Belege für den ausweichenden Terrorismus der Polizei im Ruhrgebiet an. Den Höhepunkt der Debatte bildete die Rede des Genossen Dr. Erdmann, dessen wohlbedachte und wirkungsvolle Ausführungen den Zentrumsleuten so unbehagen wurden, daß sie sich nach und nach den Saal verließen. Er erschien mit einem Röcher von „hegerischen“ Zentrumszitate gegen das Ausbeutertum der Grubenmagnaten, legte Pfeil um Pfeil auf die Sehne und Pfeil um Pfeil traf. Nicht minder glücklich war seine Beweisführung, inwiefern der Streik wirklich politische Ursachen habe — nicht nur die Wirkungen der Reichsfinanzreform sprächen da mit, sondern auch der mangelhafte Schutz der Bergarbeiter in der preussischen Gesetzgebung als Folge des Dreiklassenwahl systems. Auch der Regierung, die mit Militär anrückt, um die, ach! so empfindliche Ehre der Streikbrecher zu schützen, wurden scharfe Pfeile zuteil, und in der Ankündigung klang Erdmanns Rede aus, daß, sollte dieser Streik verloren gehen, ein vierter keine sieben Jahre auf sich warten lassen werde! Der Minister Sydow äußerte zwischendurch einiges Unerhebliche. Inzwischen wird im Ruhrrevier weiter gebauet und geschossen und im Reichstag heute 11 Uhr weiter darüber geredet.

## Trotz musterhafter Ruhe neue Todesopfer.

Der Streik steht unverändert. Im Ruhrrevier alles ruhig. Das Militär ist völlig überflüssig. Die Hoffnungen der Schornmacher werden an der bewundernswerten Disziplin und Kaltblütigkeit der Streikenden zerschanden. Und wie gänzlich ungerechtfertigt der gefährliche Beschluß der Regierung, Militär ins Ruhrgebiet zu senden, gewesen ist, beweist am besten die Tatsache, daß der Oberbürgermeister der Stadt Dortmund, Dr. Eichhoff, gegen das der Stadt aufgedrängte Militär protestiert. Die Dortmunder Polizeiverwaltung hat diesen Protest durch die Erklärung unterstützt, sie fühle sich stark genug, die öffentliche Ruhe, Ordnung und Sicherheit auch ohne militärische Hilfe aufrecht zu erhalten. Das Infanterieregiment Nr. 15 hat deshalb noch keine Posten in der Stadt Dortmund bezogen; es beschränkt sich auf den Aufenthalt in seinen Quartieren. In Dortmund ist man gespannt, wie sich dieser Konflikt lösen wird, denn das Militär aufgeböt kostet die Stadt Dortmund schweres Geld.

Die Arbeiter sind ruhig. Von den behördlichen Organen kann nicht dasselbe gesagt werden. In Watten scheid hat ein Gendarm Freitag früh zwei Arbeitswillige erschossen. Wie es dazu kam, schildert folgendes Privattelegramm:

Die Gendarmen ritt von der Zeche „Fröhliche Morgensonne“ bei Watten scheid aus. Unterwegs sind einige Schiffe gefallen, die den Gendarmen Element verletzten. Der verletzte Gendarm will dann zwei Arbeiter gesehen haben, von denen er glaubte, daß sie geflohen hätten. Darauf erschoss er die beiden. Nachher stellte sich heraus, daß die beiden Erschossenen Arbeitswillige gewesen waren. Ein Teil der Zentrums presse verbreitet natürlich die Nachricht, daß die Erschossenen Streikende sein sollen. Ein anderer Teil der Zentrums presse muß zugeben, daß es sich um Arbeitswillige handelt.

Diese Schiffe werden fährwahr lauten Widerhall finden. Zum Schutze der Arbeitswilligen haben die Christlichen Gewerkschaftsführer nach den fremden Polizisten und Gendarmen verlangt und nun fallen Arbeitswillige unter ihren Augen. Meinen sie wirklich noch widersprechen zu dürfen, wenn gegen sie die schwere Anklage erhoben wird, daß sie mitschuldig sind an dem Blute, das da vergossen worden ist?

## Wie die Polizei vorgeht.

Wohum, 14. März. (Fig. Ver.)

In Erle bei Wuer, bei Zeche Rabdod, sowie in Sodingen bei Gerne ist es zu blutigen Ereignissen gekommen. Wer die Schuldigen sind, das mögen die Leser selbst entscheiden, wenn sie die Schilderungen eines Mitglied des Bergarbeiterverbandes, der Augenzeuge der Vorgänge in Sodingen war, lesen.

Für Mittwoch den 13. März, war für Schacht Mont-Cenis auf 4 Uhr eine Belegschaftsversammlung angesetzt. In dieser Belegschaftsversammlung war ich als Referent bestimmt. Als ich ungefähr 10 Minuten vor 4 Uhr in Sodingen auf dem Marktplatz ankam, sah ich auf dem Trottoir und auf dem Marktplatz selbst mehrere Trupps Kameraden zusammensetzen, die sich unterhielten. Ich ging sofort an die eingelassenen Trupps heran und forderte sie auf,

die Trottoirs und die Straße zu verlassen und ins Versammlungslokal zu gehen, denn um 4 Uhr war die Versammlung angesetzt. Die Kameraden meinten jedoch, sie hätten noch etwas Zeit, es wäre noch nicht ganz 4 Uhr, und hatten die Absicht, die Streikbrecher, die um 4 Uhr vom Schachte kamen, in Augenschein zu nehmen. Auf einmal kam Gendarmen in Sicht, 4 bis 6 berittene Schutleute und hinterher ebenfalls kommunalschutleute. Der Wachtmeister ritt sofort auf die Menge zu, stellte sich am Friedegedenkmal auf und forderte die Leute auf, den Platz zu räumen. In dem Moment sprang ich vor die Gendarmen und richtete an die Kameraden mit lauter Stimme eine Ansprache, doch sofort den Marktplatz zu verlassen und sich in das etwa 40 Meter entfernt liegende Versammlungslokal zu begeben. Die Polizeimannschaft dürfe die Ansammlungen nicht dulden auf den Straßen und den freien Plätzen. In der Versammlung würde über die augenblickliche Situation von mir Bericht erstattet werden. Der Wachtmeister sagte hierauf: „Ich kann Ihnen nur raten, folgen Sie den Anordnungen dieses Mannes und gehen Sie ruhig in das Versammlungslokal hinein.“ Die Menge drehte sich um, setzte sich sofort in Bewegung und leistete meinen Anordnungen Folge. Ich ging nun etwas eiligen Schrittes voraus, damit das Lokal so schnell wie möglich gefüllt werden sollte, immer unterwegs die Kameraden auffordernd, sich möglichst rasch in das Versammlungslokal zu begeben. Am Lokal angekommen, ging der Einmarsch in den Saal etwas langsam, weil ein längerer Flur passiert werden mußte, der von einer doppelten Flügeltür ungefähr 5 Meter vom Eingang versehen war, und von dieser Flügeltür war nur ein Flügel geöffnet. Ich rief deshalb: „Öffnet doch auch den anderen Flügel, damit die Menge rascher in den Saal hineinkommen kann,“ und noch in demselben Moment zog die Schutmannschaft zu Fuß blank und hieb ohne jede Veranlassung auf die Menge mit der blanken Waffe ein! Ein Bergmann an meiner linken Seite wurde mit einem Säbelhieb niedergestreckt, so daß mein Ueberzieher mit Blut durchtränkt war. Es entstand nun förmlich eine Panik, und ich habe wohl 4 bis 5 Meter keinen Fuß an den Erdboden bekommen, denn der Druck von hinten war nunmehr ungeheuer. Ich habe dann sofort den Wirt gefragt, ob ich die Versammlung abhalten könnte, damit ich wenigstens etwas die Menge beruhigte. Das hat der Wirt verzweifelt in Anbetracht des kolossalen Schadens, den er gehabt hätte, denn Fenster und alles in dem Korridor waren eingedrückt worden, die zweite Flügeltür war gebrochen. Er gestattete mir schließlich dennoch, eine Ansprache zu halten, aber nur sehr kurz. Ich habe dann ungefähr 15 bis 20 Minuten auf die Leute einge redet, sie aufgefordert, sich vor allen Dingen ruhig nach Hause zu begeben und keine Straßenansammlungen mehr vorzunehmen, denn nach meiner Auffassung habe ich die Polizei die Aufgabe gestellt, die jegliche Bewegung im Blute zu ertönen. Wie ich nachher aus dem Versammlungslokal herauskam, fragte ich einen Wachtmeister, der gegenüber dem Lokal wohnte, ob er die Massakerierung mitangesehen habe. Der Mann sagte mir: „Herrgott nochmal, haben doch die Leute Schläge getriegt, die doch eigentlich nichts verbrochen haben. Ich konnte es nicht mehr mit ansehen.“ Als ich ihn darauf fragte, ob er nicht ungehörig sagen könnte, wieviel Mann denn verletzt seien und niedergemetelt worden wären, sagte er zu mir: „Mein Herr, ich bin Geschäftsmann und möchte nicht geredet haben.“

Ich ging dann wieder nach dem Marktplatz zurück und sah, wie sich die Polizei noch fortwährend in Aufregung befand und in die Häuser eindrang. Was sie dort machte, kann ich allerdings nicht mitteilen. Vom Streikbureau aus wurde beobachtet, so teilte mir unser Knappschaftsältester mit, daß ein junger Mann hinter dem Was von einem Polizeibeamten niedergeschlagen worden sei. Vor dem Lokal sah ich bei meinem Weggehen mehrere Blutlachen auf der Straße.

Verwundete in Massen und Tote! Das sind die Bergleute gewohnt; früher, vor dem Streik, trotz der Bergbau massenhaft die Opfer, jetzt sorgen andere dafür, daß das Blutfließen nicht zum Stillstand kommt.

## Neue Polizeitaten.

Dortmund, 15. März. (Privattelegramm des „Vorwärts.“) In Erle bei Wuer tagten heute früh wieder zwei Versammlungen. Die erste der Versammlungen ging ruhig vorüber. In der zweiten Versammlung erschien jedoch plötzlich ein Kommissar und ein stärkeres Militäraufgebot. Der Kommissar löste, ohne Gründe anzugeben und ohne Ursache dazu zu haben, die Versammlung auf und forderte die Leute auf, hinauszugehen. Die Leute standen auf und wendeten sich dem Ausgang zu. Der Kommissar drängte sich nunmehr nach hinten und fing plötzlich an, mit dem Säbel auf die Hinausgehenden einzuschlagen. Selbstverständlich flüchtete alles.

In Redlinghausen - Süd sind ebenfalls, wie an vielen anderen Orten, die Straßen gesperrt. Es dürfen durch die gesperrten Straßen keine Leute gehen, die nicht eine Legitimation haben. Blödsinn taucht ein Offizier auf der Bildfläche auf, der dem Polizeier erklärte: Lassen Sie die Leute gehen, die Leute waren doch in Bewegung, wie können Sie die Straße versperren? Ebenso hat derselbe Offizier einem Polizeibeamten, der die Leute belästigte, gesagt, er solle die Leute in Ruhe lassen. Es scheint also, als ob die Offiziere vernünftiger sind als die Polizeibeamten und Gendarmen.

Welche Erbitterung das Vorgehen der Polizei auslöst, betreiben auch die Proteste, die bürgerliche Zeitungen erheben. So erklärt der „Quisburger Generalanzeiger“, er werde demnächst keine Bedenken mehr tragen, diejenigen öffentlich zu nennen, die sich zu Ausschreitungen als Sicherheitsorgane hinreichend lassen und das, wozu sie von Berufs wegen bestimmt sind, in das Gegenteil verkehren. Wenn die Regierung schwere Zusammenstöße vermeiden wolle, sollte sie auch Schuttmannschaften zur Verwendung kommen lassen, die sich der ungeheuren Verantwortung ihrer augenblicklich erweiterten Befugnisse bewußt sind.

## Das Vorgehen der Zechen.

Essen, 15. März. (Privattelegr. des „Vort.“)

Die Zechen haben auf Veranlassung des Zechenverbandes an die streikenden Bergarbeiter eine Postkarte verschickt, die folgenden Wortlaut hat:

Wir teilen Ihnen hierdurch mit, daß Sie aus der Belegschaft gestrichen werden, falls Sie nicht bis spätestens Sonnabend, den 16. März dieses Jahres, wieder angefahren sein sollten. Ferner werden wir in diesem Falle von dem und nach § 6 der Arbeitsordnung zustehenden Rechte Gebrauch machen und von Ihren Lohnforderungen den Betrag von sechs Schillingen zurückhalten.

Ferner ist den Inhabern von Koloniewohnungen die Kündigungsfrist bis zum gleichen Zeitpunkt verlängert worden. Vielleicht werden durch diese Gewaltmaßregel der Grubengewaltigen manche Hofensätze unter den

Christlichen Streikenden umfallen und wieder in die Gruben zurückkehren.

Ueber die Zahl der Streikenden ist selbst die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ nicht im klaren und auch der Bergbauische Verein kann eine übersichtliche Statistik nicht geben. Die Zahl der Belegschaft ist um mehr als 30 000 weniger angegeben als sie in Wirklichkeit ist. Diese Zahl besteht aber zum größten Teil aus Krankenfeiern, zum Teil aus Streikenden.

## Christliche Arbeiter verschmähen die Streikbrecherprämien.

In Werden a. Ruhr fand gestern eine Versammlung des Gewerkvereins der Christlichen Bergarbeiter statt. In dieser Versammlung erklärten die Mitglieder des Gewerkvereins, die noch in Arbeit sind, sie würden den Judaslohn der Zechenherren nicht annehmen. Der christliche Sekretär, der als Referent anwesend war, meinte, sie sollten das Geld ruhig nehmen, denn das hätten sie ja den Unternehmern abgeknöpft. Wenn sie das Geld nicht für sich verwenden wollten, sollten sie es an die Gewerkvereinskasse abführen.

## Streikwirkungen.

Die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ schreibt:

Die Förderung an Ruhrkohlen, die bisher im Durchschnitt 200 000 Tonnen pro Arbeitstag betrug, ist am ersten Streiktag auf ca. 100 000 Tonnen und am zweiten auf ca. 120 000 Tonnen gesunken. Diese Mengen müssen ausschließlich zur Verfügung des Syndikats bleiben, damit es dem dringendsten Bedarf befriedigen kann, der in dem ausschließlich auf die Ruhrkohle angewiesenen engeren Verbrauchsbezirk auftritt. . . . Aus der Fördermenge in den beiden verflorenen Streiktagen läßt sich auch ein Schluß auf die Zahl der Streikenden ziehen. Das Ausbringen pro Mann und Schicht beträgt nicht ganz eine Tonne, etwa 0,90. Zur Förderung von 100 000 Tonnen wären demnach 108 000 Arbeiter und demgleichen von 120 000 Tonnen etwa 133 000 Arbeiter erforderlich. Da die Gesamtbelegschaft im Durchschnitt 360 000 Mann beträgt, so hätten demnach am Montag 182 000 und am Dienstag 227 000 Mann gestreikt; das sind 50,5 bzw. 63,1 Proz. der Belegschaft. Der Förderausfall an diesen beiden Tagen beträgt etwa 290 000 Tonnen im Werte von 2,8 Millionen Mark. Nimmt man an, daß der Streik nicht weiter um sich greift und daß weiter durchschnittlich 100 000 bis 120 000 Tonnen pro Tag gefördert werden, so dürfte der Förderausfall pro Woche etwa 600 000 Tonnen im Werte von 9,6 Millionen Mark betragen.“

Unterdessen steigt die Zahl der Streikenden und die Förderung mindert sich derartig, daß eine große Anzahl Werke nur noch daran denken kann, ihren eigenen Bedarf an Kohlen zutage zu schaffen. Es gibt sogar viele Gruben, wo der Ausstand so allgemein ist, daß sie an die eigene Deckung des Selbstverbrauches gar nicht mehr denken können.

## Bringt der Streik den Zechen Schaden?

Das rheinisch-westfälische Kohlen Syndikat hat den Streik benutzt, um sofort einen Preisaufschlag auf Koks zu erheben. Zwar vermehrt es sich dagegen, daß der Kockschlag gerade 30 R. pro Doppelwagen beträgt, gibt aber gleichzeitig zu, daß ein tatsächlicher, von ihm allerdings anders motivierter, Zuschlag berechnet wird, der kaum viel geringer sein dürfte.

Auch aus Belgien wird gemeldet, daß dort die Tonne Kohle um 1,50 Frank erhöht worden ist. Das Koks Syndikat kündigte eine Preiserhöhung von ebenfalls 1,50 Frank an.

Die deutschen Zechen räumen jetzt während des Streiks ihre Halben mit länger lagernden Kohlen und Koks, deren Wert zum größten Teil in den Büchern vollständig abgeschrieben (gestrichen) worden ist. Auch dadurch erwächst den Kohlenherren ein großer Gewinn. Das Kohlen Syndikat will weiter die Förderung einschränken für seine Mitglieder ganz aufheben. Das Kohlen Syndikat schadet inzwischen mit den Hochöfen- und Hüttenbesitzern, um seine in Aachen, Dortmund, Düsseldorf und anderen Orten befindlichen Lager an Kohlen und Koks zu möglichst hochgetriebenen Preisen loszuschlagen.

Ferner wird gemeldet, daß auch die königliche Eisenbahndirektion, also die preussische Regierung, durch eine neue Maßnahme den Unternehmern zu Hilfe kommen will. Für den Versand von Kohlen, Koks und Erzkohle (mit Ausnahme von Gasfoks) aus den Lagern des Syndikats wird ein billigerer Ausnahmetarif (gültig vom 30. März bis 30. April) eingeführt. Der Zeitpunkt für den Beginn des Ausnahmetarifs ist so spät festgesetzt worden, weil man glaubt, daß bis zum 1. April der Streik beendet sein wird. Die stark einsetzende Förderung und Versendung soll dann erleichtert und verbilligt werden, damit der „Verlust“ der Grubenbesitzer ausgeglichen wird und sie in Erwartung dessen bis dahin aushalten können.

Die preussische Regierung ergreift also offene Partei für die Unternehmer!

Bei dieser Sachlage ist es natürlich kein Wunder, daß die Kohlenpapiere an der Börse seit Ausbruch des Streiks täglich steigen. Vorläufig wenigstens hat die Börse mit ihrer Witterung recht; den bestreikten Unternehmern geht es noch nicht schlecht. Die Solidarität und Beharrlichkeit der Arbeiter werden aber hoffentlich das Bild sehr bald ändern.

## Der Streik in Merlenbach auf Saar und Mosel.

Saarbrücken, 14. März. (Fig. Ver.)

Wenn je ein Streik bedrohlich war, so ist es der auf der Stinnes-Grube in Merlenbach. Trotz der steigenden Lebensmittelpreise ging der Lohn von Jahr zu Jahr zurück. Während der Durchschnittslohn der Hauer und Schleppler in Rheinland-Westfalen im 4. Quartal 1907 6,14 R. betrug, war derselbe im Saargemündener Revier 5,12 R. Natürlich konnte man den so niedrig entlohnenden Kumpeln von 1907 ab nicht so viel abhalten oder das Bedinge nach unten regeln, wie im Ruhrgebiet, wo der Lohn von 6,14 R. im Jahre 1907 auf 5,63 R. im Jahre 1911 fiel. Hätte man den Lothringer Kohlengräbern solch hohen Abzug machen wollen, hätten sie am Lohtag noch etwas auf die Grube bringen müssen. Doch nach dem Bericht des Bergmeisters von Saargemünd vom Jahre 1910 — der Bericht erscheint immer erst im Monat Juli oder August — betrug der Lohn für Hauer und Schleppler 5,63 R. Seit 1910 wurde das Bedinge immer mehr nach unten reguliert und das nackte Elend ist es, das die Bergarbeiter in Merlenbach zum Streik trieb. Auch sonst herrschen mancherlei Klagen, so beträgt die Schichtzeit 9½ Stunden mit Ein- und Ausfahrt. Dabei ein Wochnen mancher Beamten den Bergarbeitern gegenüber, wo Ausbrüche wie A. . . . über den alten Bergarbeitern gegenüber fallen, daß es ein Lohn und Spott auf die Geistesbildung dieser Herren ist. Doch nicht genug mit Schimpfwörtern, auch Liebe und Rippentöße setzt es ab. So am 12. dieses Monats, wo Herr Inspektor Raach, der Name trifft zu, dem Reichsmeister Engler so gegen einen Stempel schubste, daß er die Streikversammlung mit blauen Augen aufsuchte. Alle Lust, weiter anzufahren, war ihm vergangen. Ein alter Kamerad erzählte mit Tränen in den Augen, daß er als Verbauer erst einen Lohn von 4,80 R. pro Schicht verdiente und man ihm dann seinen Lohn auf 4,90 R. reduzierte.

Da er als Familienvater mit 7 Kindern nicht mit diesem Lohn auskommen konnte, ging er vor die Kohle. Doch wenn er gläubig, als Kohlenhauer für seine Familie besser sorgen zu können, so hatte er sich getäuscht. Sein Verdienst stellte sich nun auf die „Reifensumme“ von 3,40 M. pro Schicht. Ein anderer Familienvater klagte, daß er wohl 5 M. pro Schicht habe, aber mit Frau und 9 Kindern kaum wisse, sein Leben bei dieser teuren Zeit zu fristen. So die Elendslagen der Bergarbeiter, während die Kohlenbarone von Jahr zu Jahr ihre Millionengewinne steigern. Die Belegschaftsversammlung stellte nun folgende Forderungen:

1. Die Löhne aller Arbeiter sind um 15 Proz. zu erhöhen.
2. Einführung der Achtstundenschicht mit Ein- und Ausfahrt.
3. Auszahlung und Abschlag am 25. und 10. eines jeden Monats.

Ferner wurde die Direktion ersucht, ihren Einfluß beim Kartinger Knappschaftsverein geltend zu machen, daß über 14 Tage Krankfeiern vom ersten Tage ab Krankengeld erhalten sowie auch die Unfallverletzten vom ersten Tage ab. Die gewählte Kommission wurde abgewiesen und betont, der Arbeiterschuß solle vorgehen, mit dem werde in Verhandlung eingetreten. Die Direktion erklärte, daß auf die Forderung der Achtstundenschicht nicht eingegangen werden könne, da diese noch auf keiner Stufe eingeführt sei. Eine 10prozentige Lohnerhöhung sei man bereit im Verlaufe mehrerer (!) Monate einzutreten zu lassen. Lohn und Abschlagzahlung solle, wenn man genügend Bureaubeamte zur Verwaltung der Reparatur habe, am 1. und 3. Samstag im Monat stattfinden. Die Belegschaftsversammlung, etwa 3000 Mann, beschloß darauf einstimmig, im Streik zu verharren, bis die 10prozentige Lohnerhöhung bewilligt ist. In den nächsten Tagen werden wohl noch benachbarte Schächte zum Stilllegen kommen, da die dort beschäftigten Kameraden dieselben Wünsche haben und unter derselben Misere leiden wie ihre Brüder auf Schacht V. Auch in Klein-Roslein auf den De Wendel-Schächten sowie auf verschiedenen königlichen Gruben gärt es bedenklich. Die Mitglieder des M.-Gladbacher Arbeiterschußvereins sagen ihren Führern auch hier Vales, und alle Mitglieder treten dem Verbands bei. Die Bergarbeiter erwachen! Germinalzeit ist es!

## Die Bewegung im Wurmrevier.

Nachen, 14. März. (Fig. Ver.)

In dem im Regierungsbezirk Aachen gelegenen Wurmrevier haben die christlichen Gewerksvereine ihre uralteste Domäne und ihren festen Sitz. Und doch beginnt es in diesem sicheren Lande der Schwarzen zu rumoren. Dererrat der Christlichen im Ruhrkohlenrevier hat auch hier starke Erregung unter dem eigenen Leuten der Christen hervorgerufen. Zur Dämpfung dieser Erregung, die dem Gewerksverein anfangs Mitglieder zu kosten, hatte der Bezirksleiter der Christen für Mittwochabend in den Bergarbeiterdörfern Alsdorf und Höngen Versammlungen einberufen, in denen er die Leute mit der Taktik der Schwarzen im Ruhrgebiet versöhnen wollte. Vom Deutschen Bergarbeiterverband war Genosse Stupp erschienen, der zunächst in Alsdorf nicht zu Worte kam. Das schlechte Gewissen verbot dem Wächter des Gewerksvereins, den Vertreter der kämpfenden Kameraden reden zu lassen. Stupp begab sich nun nach Höngen, wo die christliche Versammlung von 800 Mann besucht war. Hier wollten die Christen das Mandat von Alsdorf wiederholen, aber die eigenen Mitglieder des christlichen Gewerksvereins erzwangen dem Vertreter des freien Verbandes das Wort. Stupp ging unter lebhaftem Beifall der Gewerksvereine mit dem Vertrat im Ruhrrevier scharf ins Gericht. Der Erfolg des Auftretens des Vertreters des freien Verbandes war, daß die Vertrauensresolution für den Gewerksverein gegen 25 von den 800 Stimmen abgelehnt wurde.

## Der Streik in Großbritannien.

London, 14. März. (Fig. Ver.)

Nach der Ansicht der Bergarbeitervertreter, die augenblicklich in London weilen, sind die Aussichten auf eine frühe Beendigung des Kampfes heute noch geringer als zu Anfang der Woche. Eine Konferenz folgt der anderen. Ein Ergebnis ist nicht erreicht worden. Keine der beiden Parteien hat seit dem Anfang des Kampfes ihre Position verändert, obwohl man hier und da eine Modifizierung der Forderungen der Bergarbeiter entdecken will. Die Regierung hält nur an den gemeinschaftlichen Konferenzen fest, weil sie sich sonst keinen Rat weiß. Falls diese Verhandlungen endgültig fehlschlagen, muß die Regierung die ganze Streikfrage im Parlament zur Sprache bringen und dort wird man sie jedenfalls zwingen, Schritte zu tun, um dem Kampf, der in den Industrien des Landes immer größere Verheerungen anrichtet, auf dem Wege der Befehgebung ein Ziel zu setzen. Wird dies die liberale Regierung tun können, ohne die Unterstützung der Arbeiterpartei auf der einen Seite und die der liberalen Unternehmer auf der anderen Seite zu verlieren? Die augenblickliche Situation schließt nicht nur die Möglichkeit einer wirtschaftlichen, sondern auch einer politischen Krise in sich. Daher ist auch heute alles Interesse für andere politische Fragen verschwunden.

In den Industriebezirken ist die Not unter den arbeitslos gewordenen unorganisierten Arbeitern schon sehr groß. In vielen Städten sammelt man Unterstützungsfonds. Auch schickt man sich an, Notstandsarbeiten in Angriff zu nehmen. Es ist zu befürchten, daß es bei der Menge notleidender arbeitsloser Unorganisierter zu Ruhestörungen kommen wird.

## Die neuen Wehrforderungen und ihre Deckung.

Das offiziöse Depeschensbureau meldet: In der Besprechung, die der Reichskanzler gestern mit den leitenden Ministern der Einzelstaaten hatte, wurde einstimmig das grundsätzliche Einverständnis mit der Wehrvorlage ausgesprochen und die Notwendigkeit ihrer baldigen Durchführung betont. Ferner herrschte Einmütigkeit darüber, daß die geltenden Grundsätze für die Finanzgebarung des Reiches aufrecht zu erhalten seien und daß daher die Deckung der neuen Kosten auch neue Einnahmen erforderten. Endlich war man sich allerseits darüber einig, daß neue Steuern auf den Verbrauch und Verkehr nicht vorgeschlagen werden sollen. Die danach sich ergebenden Möglichkeiten wurden eingehend durchgesprochen und ein Plan einstimmig gutgeheißen, der auf Grund der bereits vorbereiteten Unterlagen nimmehr seine endgültige Gestalt erhalten kann.

Sobiel steht also fest, daß die neuen Wehrforderungen die Zustimmung der Bundesregierungen gefunden haben. Da man gleichfalls darüber einmütig war, daß die neuen Forderungen nicht ohne die Schaffung neuer Einnahmen durchgeführt werden könnten, läßt sich annehmen, daß die Ansprüche des Militarismus zu Land, zu Wasser und in der Luft höchst beträchtliche sein werden, und die Besart, daß sie sich innerhalb der nächsten sechs Jahre auf mindestens eine Milliarde belaufen werden, eine annähernd richtige sein wird. Das wären für das Jahr 170 bis 180 Millionen, ein Betrag, der allerdings ohne neue Einnahmen nicht gedeckt zu werden vermag.

Fraglich nur bleibt es, welche der „Plan“ ist, der von den Ministern einstimmig gutgeheißen worden ist. Hat man sich für irgendeine Form der Erbschaftsteuer ausgesprochen? Die Freikonserverativen wären für eine solche ja zu haben und sicherlich auch ein Teil des Zentrums, wie ja die kirchlich von uns erwähnte Anklage des Abgeordneten Wiesberts bewiesen hat. Da neue Steuern auf den Verbrauch und den Verkehr nicht vorgeschlagen werden sollen, könnte es sich nur um eine Besteuerung des Besitzes handeln, sofern man überhaupt an eine neue Steuer denkt. Oder sollten sich die Absichten der verbündeten Regierungen etwa auf die Schaffung eines Monopols richten, um den Agrariern, auch denen des Zentrums, die unangenehme Erbschaftsteuer zu ersparen?

Jedenfalls wird es höchste Zeit, mit den entsprechenden Vorlagen an den Reichstag heranzutreten, wenn die Regierung sie nicht bis zum Herbst zurückzuschieben beabsichtigt. Da aber in dem offiziellen Telegramm auch die Notwendigkeit der baldigen Durchführung der Wehrvorlage betont wird, ist ja eine Verschiebung bis zum Herbst kaum anzunehmen. Da die Vorlagen dem Reichstag aber bestenfalls noch Ostern zugehen könnten und dann bis zu den Pfingstferien nur noch etwa dreißig Arbeitstage zur Verfügung ständen, so müßte die Tagung bis tief in den Sommer hinein ausgedehnt werden, da so bedeutsame Militär-, Marine- und Steuervorlagen doch nicht einfach durchgepeitscht werden können!

Die „National-Zeitung“ zieht aus der offiziellen Meldung die Folgerung, daß Herr Bermuth Sieger geblieben ist und seine blauschwarzen Gegner die Unterlegenen. Denn obwohl nicht ausdrücklich gesagt wurde, welche Steuern geplant seien, lasse doch die negative Form den Schluss zu, daß nur eine Vermögenssteuer, in erster Linie die Erbschaftsteuer, in Frage kommen könne. Dem Verlaufe nach würden die Wehrvorlagen dem Reichstage nach Ostern zugehen.

Auch die „Freisinnige Zeitung“ ist gleich dem national-liberalen Blatte der Ansicht, daß als Deckungsmittel lediglich eine Erbschaftsteuer in Betracht kommen könne. Das sei nach den Erklärungen des Reichskanzlers so gut wie zweifellos, habe Herr Bermuth doch am 17. Februar im Reichstag wörtlich ausgesprochen:

„Wir dürfen wohl mit einiger Sicherheit voraussehen, daß eine große Beseitigung in diesem Moment für die Verwirklichung neuer indirekter Steuern in diesem hohen Hause nicht vorhanden ist. (Lebhafteste Zustimmung im Zentrum und links.) Auf der anderen Seite steht es unzweifelhaft fest — und der Herr Abg. Gröber hat es wiederholt betont —, daß die sämtlichen Bundesregierungen sich einig sind und mit Recht gegen eine Inanspruchnahme der Einkommens- und der Vermögenssteuer durch das Reich wenden. Wenn wir nun aber das Gebiet beschränken wollen, was in der Mitte liegt, und bevor wir überhaupt unseren Fuß auf dieses Gebiet gesetzt haben, wird am Eingange die Warnungstafel aufgestellt: „Retreten strengstens untersagt!“ (Sehr laut und Heiterkeit links.) Soll denn wirklich die Erbschaftsteuer für immer und ewig als tiefer Schatten über unserem ganzen politischen Leben liegen? (Sehr richtig rechts.) Soll die Klust, die dieses Wort eröffnet hat, fernern sich erweitern und vertieft werden? und sollen ihre Wunden auch die Grundsätze aufgegeben werden, die Sie selbst, meine Herren, haben bauen und festlegen helfen? Soll denn nun — und das kann gar nicht anders kommen, darauf verlassen Sie sich auf das Wort eines, der jetzt schon seit einiger Zeit das Wohl der Reichsfinanzen auf besorgtem Herzen getragen hat — soll denn nun das ganze Ansehen aus diesem Anlaß neu eröffnet werden? Meine Herren, es ist früher hier gesagt worden, daß eine Aktion alles an ihre Ehre zu setzen hat. Ich bin fest überzeugt, daß Sie nicht hinter dieses Wort „alles“ ein Fragezeichen setzen lassen wollen, indem Sie die Bereitschaft zum Opfer von der gesetzlichen Form abhängig machen, in welche sich diese Opfer zu stellen haben.“

Die „Freisinnige Zeitung“ erklärt schließlich, daß die fortschrittliche Volkspartei, sofern ihr der Beweis für die Notwendigkeit einer neuen Steuer einwandfrei erbracht werde, für eine solche Erbschaftsteuer stimmen werde. Die Notwendigkeit der Heeres- und Marineforderungen seit das Blatt also ohne weiteres als selbstverständlich voraus!

Den Kampf gegen den Rüstungswahnsinn, gegen die gemeingefährliche weltpolitische Rivalität und gegen die verbrecherische Völkerverheerung mit ihren fürchterlichen Gefahren führt eben einzig noch die Sozialdemokratie!

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 15. März 1912.

### Kultusetat.

Auch wenn man mit seinen Anforderungen an das Dreiklassenparlament noch so bescheiden ist, wird man doch durch den bisherigen Verlauf der Generaldebatte zum Kultusetat, dessen zweite Lesung am Freitag begann, schwer enttäuscht worden sein. Keine Rede, die sich über das Maß des Alltäglichen hinaus hob! Alle Kamellen, die schon hundertmal vorgelesen sind, in neuer, aber nicht verbesserter Auflage! Das war das Zeichen, unter dem die Beratung vor sich ging, das war die „geistige“ Höhe, auf der die Debatte sich bewegte.

Gleich der erste Redner, Abg. Dietrich vom Zentrum, wiegte das Haus durch sein Klagedied über die zu geringe Rücksicht auf die Kirche, womit er natürlich nur die katholische meinte, in einen sanften Schlummer hinüber. Wer heute noch zu behaupten wagt, daß die Kirche in Preußen keine volle Freiheit genießt, oder wenn heute die Volksschule noch nicht konfessionell gestaltet ist, weil die geistliche Schulaufsicht nicht voll durchgeführt ist, dem ist beim besten Willen nicht zu helfen. Gegen einen solchen — Fanatismus kämpfen Götter selbst vergebens. Man kann es daher dem Abg. v. Campe (natl.), der sich im übrigen für die Uebernahme der Schule auf die Kirche aussprach, nicht verdenken, daß er diese kirchlichen Uebertragungen auf das richtige Maß zurückführte.

Auch was Abg. Freiberger v. Badlich über das wissenschaftliche Proletariat, aus dem seiner Ansicht nach die Sozial-

demokratie ihre besten Kräfte nimmt, und was er über den Zweck der Volksschule in hurraypatriotischem Eifer vorbrachte, haben wir aus seinem Munde schon des öfteren vernommen. Da selbst die Ausführungen des Fortschrittlers Kopisch boten, obwohl er eine Reihe von Einzelheiten anführt, die da zeigen, wie das Kultusministerium und wie die Konserverativen über die Gewissensfreiheit denken, doch im großen ganzen nicht viel Neues. Nicht einmal die Art und Weise, wie er die Lehrer gegen die „Verdächtigung“, daß 10 Proz. von ihnen Sozialdemokraten seien, in Schutz nahm, war neu. Höchstens könnte man die mehr als ungehörige Art seines Auftretens als etwas Ungeohntes bezeichnen, wenn wir nicht gerade bei Herrn Kopisch schon ganz andere Seiten-sprünge gewohnt wären.

Vor Beratung des Kultusetats führte das Haus die am Donnerstag abgebrochene Besprechung des Etats der Zentralgenossenschaftskasse zu Ende, wobei es zu heftigen Auseinandersetzungen über die Preussenkasse und die Landwirtschaftliche Zentraldarlehenskasse kam.

Am Sonnabend stehen zunächst kleinere Vorlagen, darunter die betr. Erweiterung des Stadtkreises Nauenberg, auf der Tagesordnung. Dann soll der Kultusetat weiter beraten werden.

Die Interpellationen über den Bergarbeiterstreik kommen voraussichtlich am Montag zur Besprechung.

### Aus dem Seniorenkonvent des Reichstages.

Die Reichspartei hat erneut das Ersuchen um Vertretung im Seniorenkonvent und in den Kommissionen an den Seniorenkonvent gerichtet. Sie teilte mit, daß die Abg. Warmuth und Graf Kosadowitsch sich den 13 Mitgliedern der Reichspartei haben zugesellen lassen. Aus den Akten des Reichstages veruchten sie nachzuweisen, daß auch frühere Fraktionen, die weniger als 15 Mitglieder besaßen, nach Zuzählung einiger anderer Abgeordneter zum Seniorenkonvent und zu den Kommissionen zugelassen worden sind. Der Seniorenkonvent kam überein, daß dies nach den Akten nachgeprüft und den Fraktionen mitgeteilt werden soll, die dann noch einmal darüber Rücksprache nehmen können. Dann wurde über die Einteilung der Geschäfte verhandelt. Bis zu den Osterferien sind noch 11 Sitzungstage zur Verfügung. Bis dahin soll das Reichsamt des Innern, das Reichsamt der Post und der Etat der Reichsdruckerei erledigt werden. Früher sollten die Osterferien nach Vorschlag des Abg. Seyer nicht beginnen.

Zwischen Ostern und Pfingsten stehen dem Reichstag noch 28 Tage zur Beratung zur Verfügung. Für diese Zeit ist vorgesehen die erste Beratung der Militärvorlage, der Flottenvorlage, der Steuergesetze und Unvorhergesehenes, für welches vorläufig sechs Tage in Ansatz gebracht wurden. Für die zweite Lesung des Etats sind 19 Tage, für die dritte Lesung des Etats drei Tage in Ansatz gebracht, obgleich früher im Durchschnitt auf die Erledigung 25 1/2 Tage gekommen sind. Es würden also zwischen Ostern und Pfingsten nur die vorher bezeichneten Vorlagen und der Etat fertiggestellt werden können.

### Herrn Paasches Geschäftsführung.

Als vorgestern der Genosse Sachse unter Paasches Geschäftsführung im Reichstag die Sache der Bergarbeiter verfocht, sah man Herrn Dr. Viertel unmutig die Brauen runzeln — der nationalliberale Heus auf dem Präsidentenstuhl ging ihm mit den Donnerkeilen des Ordnungsrufes zu paratam um, und richtig im Morgenblatt der „Deutschen Tageszeitung“ vom 15. März wurde Herr Paasche wegen angeblich lindenahmer Geschäftsführung zur Ordnung gerufen und von dem praepceptor germaniae, als den sich der Dicke mit der weißen Weste so gern aufspielt, an den Ohrwächeln genommen. Die Züchtigung hatte gewirkt. Denn als heute wieder der nationalliberale Heuskopf Paasches über dem Reichstag leuchtete, kam alsbald die Gelegenheit, wo er die nationalen Farben herausstrecken konnte. Als der Pole Sosinski mit Recht das Verbot der polnischen Versammlungssprache im Ruhrrevier rügte, das geradezu den Anschein habe, als wolle die Regierung Blut vergießen, fuhr nicht nur ein Ordnungsruf auf das Haupt des Redners nieder, sondern Herr Paasche fügte aus eigenem hinzu: „Deutsche Bürger können doch überall Deutsch sprechen!“ Das war wohl halb als Plaidoyer für den Sprachenparagrafen ein spontaner Ausbruch seines ehrlich-hofatistischen Herzens, halb aber auch eine „nationale“ Verbeugung vor der Reden, auf jeden Fall aber eine ganz gräßliche Ueberhebung der Präsidialbefugnis.

Wenn Herr Paasche so weiter amtiert, wird er auf der Linken des Hauses bald recht beliebt sein.

### Der Streit im Zentrum.

Die Angriffe der Richtung Noeren-Oppersdorf auf die „Wachemiten“ und M.-Gladbacher werden täglich intensiver. Es erscheinen jetzt Blätter der letzteren Richtung in Köln, Berlin, Breslau und Trier. Die Herausgabe eines fünften Wochenblattes in Rain ist beabsichtigt. Die von einem Herrn Albert Jansen herausgegebene antibadensische „Kölner Korrespondenz“ präzisiert den Kern des Streites der beiden Richtungen wie folgt:

Rüssen die Weltanschauungsorganisationen der deutschen Katholiken im grundsätzlichen Einklang mit der katholischen Weltanschauung stehen? Die Osterkonferenz antwortet: Ja, die Richtung Wachen: Nein. Wer sich vor Augen hält, daß diese Frage allein den archimedischen Punkt aller Streitigkeiten bildet, der muß sagen: Rom kann gar nicht anders als der Osterkonferenz rechtgeben! Die Zentralregierung der katholischen Gesamtkirche könnte erklären, daß es nicht opportun oder nötig sei, die hier genau präziserte Streitfrage zu erörtern, sie könnte ferner den Vertretern der beiden Lager Vermittelnde erteilen, weil sie taktlos vorgegangen seien oder die Richtungsfrage verletzten hätten. Nimmt aber die Kirche zu der Frage selbst prinzipiell Stellung, so muß und wird sie erklären, daß die Osterkonferenz Recht und die Richtung Wachen Unrecht hat, daß also die Weltanschauungsorganisationen der Katholiken im grundsätzlichen Einklang mit der katholischen Weltanschauung bleiben müssen. Dies ist so sonnenklar, daß man sich doch wundern muß, wie die Position der Osterkonferenz von Katholiken überhaupt bekämpft werden kann.

Man sieht, daß die Osterdienstagsskizze sich der Zentralregierung in Rom völlig sicher sind; und in der Tat ist nicht daran zu zweifeln, daß die Kurie auf Seiten der durch Bischof Noeren, Noeren, Dr. Kauffmann, Oppersdorf usw. repräsentierten Gruppe steht. Wenn das nicht stets mit der von der letzteren gewünschten Klarheit in die Erscheinung tritt, so deutet das eben wiedergebene Bild den Grund zutreffend an: es ist zurzeit „nicht opportun“. Und dann, so schreibt die „Kölner Korrespondenz“ an anderer Stelle: „Die Kirche verurteilt alle, die sich zu äußern entschließen“. Die Frage, ob sie noch weitergehe, beantwortet die „Kölner Korrespondenz“ dahin: „Gewiß, denn die Verhältnisse, die sich bedenklich zuspitzen, drängen zur Entscheidung.“ Außerordentlich interessant ist ein Artikel der „Köln. Korr.“, der sich mit den christlichen Gewerkschaften befaßt. Der

**Gewerkschaftssekretär** der Zentrums-Gewerkschaften, Herr **Adam Stegerwald**, hat sich kürzlich in Köln in einer Rede über das Verhältnis der christlichen Gewerkschaften zur katholischen Glaubens- und Sittenlehre geäußert. Auf die Ausführungen Stegerwalds schreibt die „Köln. Corr.“:

Die kirchliche Autorität hat die interkonfessionellen christlichen Gewerkschaften als solche nicht verworfen, und in informierten katholischen Kreisen weiß man auch warum. Aber die christlichen Gewerkschaften sollten sich hüten, daraus eine prinzipielle Billigung des interkonfessionellen Standpunktes herzuleiten. Sie sollten sich überhaupt nicht der praktischen Arbeit begeben und das Philosophieren lassen. Besonders sollte Adam Stegerwald bei seinen Leisten bleiben und nicht versuchen, eine Position theoretisch zu verteidigen, die nicht haltbar ist! Warum nehmen sich die christlichen Gewerkschaften kein Beispiel an den Katholiken auf dem Gebiete des Zentrumsfreis? Die Katholiken wissen, daß ihre Idee eines Reformzentrums zusammenbricht, sobald man sie näher betrachtet. Darum lassen sie sich auf prinzipielle Erörterungen wohlweislich nicht ein. Wir raten den Gewerkschaftlern der R.-Kl. Arbeiter-Schule, es ebenso zu machen. Sie mögen froh sein, daß sie das Leben haben!

Das ist deutlich! Die christlichen Gewerkschaften werden nur geduldet, weil man sie gegen die moderne Arbeiterbewegung gebraucht, zu deren Abwehr sie ausgesprochenemmaßen von den Zentrumsführern (Nackem, Trimborn, Pieper, Wiesberts usw.) geschaffen worden sind. Sie mögen froh sein, daß sie das Leben haben! Eine solche Sprache redet die „Köln. Corr.“ nicht von ungefähr. Sie weiß, daß die Kirche hinter ihr steht. Sie weiß, daß die Zentrums-Gewerkschaften nur von Roms Gnaden existieren. Und die Herren Krupp, Stegerwald usw. wissen das auch. Merkantilismus und Zentrumsinteresse haben ihnen stets höher gestanden als die Sache des arbeitenden Volkes; und wenn die christlichen Gewerkschaftsführer jetzt im Ruhrgebiet wieder einmal Klugheit und Selbsterhaltungstrieb außer acht lassend, die Arbeiterfrage verraten, so zeigt das, wie sehr sie von anderen Mächten abhängig sind.

### Preußen ist ein ganz besonderer Staat.

Preußen charakterisiert sich in der Praxis durch einen Browning-bekehrten Säugmann, der nach dem Dreiklassenwahlrecht wählt, in der Theorie ist es eine Idealmonarchie. Die in der preußischen Verfassung garantierten Rechte der Preußen — Titel II, Art. 3 bis 42 — haben als Vorbild die von der französischen Revolution proklamierten droits de l'homme et de citoyen und die Grundrechte, welche die Frankfurter Nationalversammlung vom 21. Dezember 1848 beschloß. Die Väter der preußischen Verfassung, was die Rechte der Preußen betrifft, sind also durchaus ehrenwert und geschichtlich bedeutend. Dem entspricht auch die Formulierung jedes Preußenrechtes. Das ist u. a.:

„Alle Preußen sind vor dem Gesetze gleich. Ständeborrechte finden nicht statt. Die öffentlichen Ämter sind, unter Einhaltung der von den Gesetzen festgestellten Bedingungen, für alle dazu Befähigten gleich zugänglich.“

„Die Freiheit des religiösen Bekenntnisses, der Vereinigung zu Religionsgesellschaften und der gemeinsamen häuslichen und öffentlichen Religionsübung wird gewährleistet. Den bürgerlichen und staatsbürgerlichen Pflichten darf durch die Ausübung der Religionsfreiheit kein Abbruch geschehen.“

„Die Wissenschaft und ihre Lehre ist frei.“

„Für die Bildung der Jugend soll durch öffentliche Schulen genügend gesorgt werden.“

„Jeder Preuße hat das Recht, durch Schrift, Druck und bildliche Darstellung seine Meinung frei zu äußern.“

„Das Petitionsrecht steht allen Preußen zu.“

Eine schöne Auswahl vernünftiger Staatsartikel! Nur möchten wir fragen:

Sind heute alle Preußen vor dem Gesetze gleich?

Finden heute in Preußen Ständeborrechte nicht statt?

Ist heute die Freiheit des Religionsbekenntnisses in Preußen gewährleistet?

Sind heute die öffentlichen Ämter in Preußen jedem Befähigten gleich offen?

Ist heute in Preußen die Wissenschaft und ihre Lehre frei?

Ist heute in Preußen für die Jugendbildung durch öffentliche Schulen genügend gesorgt?

Darf heute jeder Preuße seine Meinung in jeder Form frei äußern?

Wird heute das Petitionsrecht allen Preußen — auch den Beamten — zugewilligt?

Die Fragen sind in der Staatsverfassung Preußens theoretisch mit „Ja“ beantwortet, die Praxis beantwortet sie mit Nein!

In einem Klassenstaate kann es keine Gleichberechtigung geben, sie ist so lange Verfassungstheorie als sie nicht durch das Volk zur Praxis gemacht worden ist!

### Landräthlicher Wahlzwang.

Wie die „Preuß. Lehrzeitg.“ meldet, ist versäuernden Lehrern des Wahlkreises Kalau-Ludau folgendes Schreiben aus dem Landratsamte zugegangen:

Kalau, den 1. März 1912.

Durch Mundverfügung vom 22. Dezember v. J. — 2 A 5035 — an die Kreis- und Ortschulinspektoren hat die königl. Regierung sämtliche Lehrer darauf hingewiesen und zwar ausdrücklich, daß es patriotische Pflicht aller staats-treuen Bürger, insbesondere aber aller wahlberechtigten Beamten und Lehrer sei, von ihrem Wahlrecht bei den Neuwahlen zum Reichstag Gebrauch zu machen. Zugleich hatte die königl. Regierung angeordnet, daß den Beamten die nötige dienstfreie Zeit an den Tagen der Haupt-, Stich- und Nachwahlen gewährt und ihnen die Kontrolle der Wählerlisten erleichtert werde. Trotzdem haben Sie bei der Stichwahl Ihre Stimme nicht abgegeben.

Im Namen der königlichen Regierung, Abteilung für Kirchen- und Schulwesen, veranlasse ich Sie, sich darüber binnen fünf Tagen zu äußern, warum Sie der ausdrücklichen Weisung der königlichen Regierung nicht nachgekommen sind.

J. B.: Heintze, Kreissekretär.

Allen Anschein nach will das Landratsamt dafür Rache nehmen, daß im Wahlkreis Kalau-Ludau bei der letzten Reichstagswahl vom ersten Male der sozialdemokratische Kandidat, der Genosse Bels-Werlin, gestiegt hat, und da man an jene Wähler, die wirtschaftlich von der Regierungsverwaltung unabhängig sind, schwer heran kann, geht man zunächst gegen die Volksschullehrer vor. Was man von ihnen will, bleibt freilich rätselhaft, denn bisher besteht noch keine Wahlpflicht zum Reichstag. Dem keiner der aufgestellten Kandidaten zuzugestimmt, darf zu Hause bleiben, auch wenn er Staats- oder Kommunalbeamter ist. Hoffentlich lassen sich aber die Lehrer den widerrechtlichen Verzicht des Landratsamtes, sie zum Wählen zu zwingen, zur Lehre dienen und stimmen das nächste Mal mit ab, und zwar in richtiger Erkenntnis ihrer Stellung im heutigen preußischen Junkerstaat — sozialdemokratisch.

### Sieber Zuchthaus als Festungsgefängnis.

Daß sich jemand der Wahrheit zuwider selbst einer strafbaren Handlung bezieht, um ins Zuchthaus zu kommen, dürfte wohl zu den Seltenheiten gehören. Mit einem solchen eigenartigen Fall hatte Berantw. Redakteur: Albert Bachs, Berlin. Inseratenteil verantw.:

sich dieser Tage das Kriegsgericht in Dresden zu beschäftigen. Der 24 Jahre alte Maler, jetzige Militärfestungsangehörige Karl Alfred Schurz wurde im Herbst 1909 beim Infanterieregiment Nr. 179 eingezogen. In der Absicht, sich dauernd der Dienstpflicht zu entziehen, entfernte er sich aber bald von seiner Truppe, weil es ihm nach seiner Angabe nicht gut gegangen sei. Nach sieben Monaten wurde er wieder aufgegriffen und wegen Fahnenflucht und Diebstahls zu ein Jahr sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Zur Strafverbüßung brachte man ihn in das Dresdener Festungsgefängnis, wo die Militärfestungsangehörigen bekanntlich unter den Militärgefangenen stehen. Hier will Schurz mehrfach schikaniert und zu Unrecht bestraft worden sein. Der Aufenthalt wurde ihm deshalb unerträglich; an manchen Tagen war er so erregt, daß er am ganzen Körper zitterte. Schurz war deshalb bestraft, aus dem Festungsgefängnis herauszukommen; er wollte in eine Zivilanstalt oder ins Zuchthaus. Er hat darüber mehrfach mit einem Leidensgenossen gesprochen und dieser soll Schurz den Rat gegeben haben, etwas zu begehnen oder sich einer Straftat zu bezichtigen, dann käme er raus. Anfang Oktober v. J. erhielt Schurz auf Meldung eines Unteroffiziers wieder — nach seiner Ansicht zu Unrecht — eine dreitägige strenge Arreststrafe. Als er aus dem Arrest kam, ist er von einem Unteroffizier schwer „herangegenommen“ worden. Das brachte Schurz in eine derartige Erregung, daß er sich gleich darauf zu einer mit schwerer Strafe bedachten Handlung hinreißen ließ; er warf einen Gegenstand nach dem Unteroffizier und der tätliche Angriff war fertig. „Zusatzstrafe von 2 Jahren und einem Monat Gefängnis“ lautete der Richterspruch der Militärjustiz. Schon damals hatte Schurz den Richtern zugeführt: „Ich will ins Zuchthaus, im Festungsgefängnis mache ich mich immer unglücklicher!“ Das Gericht tat ihm jedoch nicht den Gefallen, auf Zuchthaus zu erkennen. Er sann deshalb (ein Ende der Strafzeit im Festungsgefängnis war nicht abzusehen) darüber nach, wie er diesen Weg am besten erreichen könne. Schließlich kam er zur Selbstbezichtigung. Am 21. November ließ sich Schurz verführen und gab der Wahrheit zuwider an, er habe auf seiner Fahnenflucht in Berlin auf der Invalidenstr. aus einem Schuhwarenladen ein Paar Schuhe entwendet. Schurz war der Annahme, daß er nun — er ist zweimal wegen Diebstahls bestraft — wegen Rückfalldiebstahls mit Gefängnis und mehrjährigem Ehrverlust oder Zuchthaus bestraft werden würde.

Die Untersuchungsbehörde stand dieser Selbstbezichtigung anfangs sehr mißtrauisch gegenüber, Schurz blieb aber immer wieder dabei, den Diebstahl begangen zu haben. Durch die angeführten Erörterungen wurden die Angaben des Schurz zum Teil bestätigt, worauf eine Anklage wegen einfachen Diebstahls erfolgte. Rückfall kam nicht in Frage, weil der angebliche Diebstahl vor der Aburteilung des zweiten Diebstahls liegt. Darauf wurde Schurz in der jetzigen Verhandlung ausdrücklich hingewiesen und ermahnt, der Wahrheit die Ehre zu geben. Und nun ereignete sich etwas Verwunderliches: Schurz erklärte auf einmal, daß er den Diebstahl nicht begangen habe; es sei ihm lediglich darauf angekommen, eine recht harte Strafe zu erhalten — am liebsten Zuchthaus! Da aber nur einfacher Diebstahl in Frage komme, habe es seinen Zweck, die Selbstbezichtigung noch aufrecht zu erhalten! Auf eine weitere Frage erklärte Schurz: „Ich wollte weg aus dem Festungsgefängnis, weil ich glaube, dort nie wieder herauszukommen, ich mache mich immer wieder unglücklich, denn das Personal ist zu jung und alles wird bestraft!“ (Was liegt nicht alles in diesen Worten — eine gelinde Anklage gegen das System.) Auch als ihm vorgehalten wurde, daß er sich durch eine falsche Selbstbezichtigung einer schweren Achtungsverletzung schuldig gemacht haben würde, blieb Schurz dabei, den Diebstahl nicht begangen zu haben. Trotz des Widerrufs beantragte der Anklagevertreter wegen einfachen Diebstahls mehrere Monate Gefängnis. Das Urteil lautete auf Freisprechung.

Die Angelegenheit wird aber für Schurz noch ein trauriges Nachspiel haben.

### Zwei Kriegsgerichtsurteile.

Wegen einer grenzenlosen Hobeit hatte sich der Sergeant Regold vom Infanterieregiment Nr. 177 vor dem Dresdener Kriegsgericht zu verantworten. Dem Angeklagten war im Herbst vorigen Jahres eine Rekrutenkorporalstelle zur Ausbildung übergeben worden, in der sich auch ein schwerhöriger und schief gebauter Soldat namens Richter befand. Eines Tages während des Dienstes soll Richter wieder eine ganz unmitelbare Stellung eingenommen haben; dafür wurde er mit toden Rißhandlungen gestraft. Der als „braunbarter“ und „stammer“ Vorgesetzter geschilderte Angeklagte schlug den Soldaten mit der Faust auf den Helm, versetzte ihm einen Fußtritt gegen den Arm und schließlich noch einige Schläge mit dem Seitengewehr auf den Hinterkopf! Die Rißhandlungen waren so erheblich, daß sich Richter in ärztliche Behandlung begeben mußte, wobei Verletzungen des Nasenbeins, eine Geschwulst am Arm und Beulen und blutunterlaufene Stellen am Hinterkopf festgestellt wurden! Vor Gericht entschuldigte sich der Sergeant damit, daß er nur Korrekturen habe vornehmen wollen, die aber härter ausgefallen seien, als er beabsichtigt habe! Das Gericht verfuhr mit dem „Soldatenerzieher“ sehr mild; es verurteilte ihn wegen Rißhandlung eines Untergebenen in Tateinheit mit vorchriftswidriger Behandlung begangen während der Ausübung des Dienstes und unter Mißbrauch der Waffe zu — 3 Wochen mittleren Arrest!

Ein Gegenstück! Wie schwer dagegen oft ein Soldat wegen einer Lappalie bestraft wird, zeigt folgender Fall. Der Soldat Bätschke hatte eines Tages sein Gewehr gereinigt, aber nicht in die Stange gestellt, weil diese mit seinem neuen Gewehr besetzt war. Er erhielt aber vom Sergeanten den Befehl, das Gewehr auch in die Stänge zu stellen. Das konnte er nicht, weshalb er sagte: „Ich bitte melden zu dürfen, daß meine Gewehrsänge besetzt ist!“ Trotzdem wiederholte der Sergeant den Befehl, worauf B. dieselbe Aeußerung tat. Darin wurde Achtungsverletzung, Gehorsamsverweigerung und Beharren im Ungehorsam erblickt. Vom Gericht erhielt B. die erorbitante Strafe von 22 Tagen strengen Arrest! Auf die eingewendete Berufung hob das Dresdener Kriegsgericht das Urteil auf, weil dem Standgericht bei Bildung der Gesamtstrafe ein Verstum unterlaufen war. Es hielt die Anklage für gedeckt und warf 21 Tage strengen Arrest aus!

### Frankreich.

#### Die Marokkopolitik.

Paris, 15. März. Die Kammer setzte die Interpellation über die auswärtige Politik fort. Ministerpräsident Poincaré führte aus, die Regierung sei bereit, die volle Verantwortung für ihre Politik zu übernehmen und Erklärungen abzugeben. Doch dürfe man die auswärtige Politik nicht schwächen, indem man Mißverständnisse fortbestehen lasse zwischen Männern, die mit verschiedenen Mitteln, aber mit demselben Ideal ihre Pflicht als gute Franzosen getan hätten. Poincaré hat seine Freunde Caillaux, Cruppi, Messimy und Briand, dem höheren Interesse ihren Wunsch, sich auszusprechen, zu opfern. Uebrigens könne kein ehemaliger Minister Depeschen und Telegramme, die er erhalten habe, ohne Zustimmung der fremden Mächte veröffentlichen, noch Einzelheiten der Verhandlungen enthüllen. (Lärm.) Poincaré fügte hinzu, in der marokkanischen Frage fühle die Regierung sich solidarisch mit den früheren Kabinetten; das Protektorat über Marokko sei das rechtmäßige Ergebnis ihrer Bemühungen.

Am Schluß der Sitzung beharrte Jaurès dabei, von den ehemaligen Ministern Rechenschaft zu fordern. Er sagte: „Es gibt keine Republik mehr, wenn wir nicht das Recht haben, die Wahrheit zu erfahren. Er griff dann Pichon und Caillaux an und warf Cruppi vor, daß er mit Pichon und dem Reichstagsabgeordneten Semler verhandelt habe. Er verbot sich auf sein Ehrenwort, Cruppi habe ihm im wesentlichen erklärt: „Ich brauche Euch wegen des Marokkos auf Jes nicht zu beunruhigen. Von Deutschland ist nichts zu befürchten. Wir bereiten etwas großes vor.“ Die äußerste Linke verlangte von Caillaux eine Erklärung. (Lärm.) Caillaux rührte sich nicht. Jaurès rief: Wenn Caillaux schweigt, muß er vom Parlament disqualifiziert werden. (Weiß auf der äußersten Linken.) Er forderte dann das Gelbbuch. Poincaré erwiderte, das Gelbbuch befände sich in der Staatsdruckerei. Zum Schluß wies Jaurès auf die Gefahr von Geheimverträgen hin.

### Wahlkuberts und Wahlkabinen.

Paris, 15. März. Die Deputiertenkammer hat mit 524 gegen zwei Stimmen eine Bestimmung zum Wahlgesetz angenommen, durch welche kubertierte Stimmzettel und besondere Wahlkabinen eingeführt werden.

### Italien.

#### Giolitti über Reaktion und Sozialismus.

Rom, 11. März. (Eig. Ber.) Der Abgeordnete Genosse Ben-tini hat bei der Diskussion des Budgets des Innern im Auftrag der Parteifraktion dem Minister die stetig wachsende Schärfe vorgehalten, mit der Gerichte und Polizei seit Beginn des Krieges gegen Sozialisten und Gewerkschaftler vorgehen. Er hat darauf hingewiesen, daß in den letzten Monaten wegen politischer Vergehen 245 Jahre Gefängnis verteilt worden sind und hat hervorgehoben, daß man heute, wie zur Zeit der schwarzen Reaktion, den Paragrafen über die Bildung verbrecherischer Vereinigungen auf Sozialisten und Gewerkschaftler anwendet. Als Ventini sagte, daß die Gerichte dabei vielleicht einer von oben ausgegebenen Parole gehorchten, unterbrach ihn Giolitti sehr lebhaft, um dies mit der größten Energie in Abrede zu stellen. In seinem Schlusswort hat dann Giolitti zugegeben, daß von der Polizei Irrtümer begangen sein könnten. Er habe nichts dagegen, einen Teil der Prozesse einer Durchsicht zu unterziehen und eine mögliche Amnestie ins Auge zu fassen. Der Ministerpräsident hat sich dann noch über den Sozialismus ausgelassen und hat gemeint, daß die Sozialisten einen Teil ihres Einflusses auf die Massen verloren hätten. Nach seiner Ansicht liegt das daran, weil früher die Regierung ein Werkzeug in der Hand einer Klasse war, um die andere zu unterdrücken, während sie heute die Pflicht fühlt, für die Befriedigung der beherrschten Klassen zu sorgen, um somit einen Teil des sozialistischen Programms zu verwirklichen. Natürlich könnte diese Politik wegen ihrer politischen Resultate die sozialistische Partei nicht zufriedenstellen; sie hätte aber dazu geführt, die Sozialisten vernünftiger zu machen. Man könne nicht sagen, daß der Sozialismus tot sei, sondern müsse nur anerkennen, daß er weniger heftig ist als früher. Im übrigen bliebe den Sozialisten immer die Aufgabe, die Vorhut für alle Forderungen der Arbeiterschaft zu bilden, welche Forderungen die Regierung, die die Verantwortlichkeit der Macht hat, je nach der sozialen Lage allmählich verwirklichte.

Wir wissen also jetzt aus dem Munde Giolittis, daß die Regierung heute eine Art Monarchenunternehmen für die sozialistische Partei darstellt. Öffentlich merken die Massen bald etwas davon. Bis jetzt bilden nur die 245 Jahre Gefängnis den ersten Vorgeschmack.

### Letzte Nachrichten.

#### Der Leutnant mit 60 Mann.

Bohum, 15. März. (Eig. Tel. d. „Vorwärts“.) In der heute nachmittag in Massen bei Unna stattgefundenen Bergarbeiterversammlung erließen, als das Referat beendet und die Versammlung bald zu Ende war, ein sehr junger Leutnant mit etwa 60 Soldaten des 16. Infanterieregiments und forderte im Namen Sr. Majestät auf, das Lokal zu verlassen, andernfalls er von der Waffe Gebrauch machen lasse. Der Leutnant hatte in der rechten Hand einen Revolver und in der linken den blanken Säbel. Es entstand eine Panik.

Der Referent und der Versammlungsleiter forderten die Versammelten auf ruhig zu bleiben und sich langsam zu entfernen, damit an den Ausgängen kein Gedränge entstehe, was auch befolgt wurde. Dafür wurden die Personalien der beiden Auffordernden von dem Leutnant festgestellt. Obwohl dem Wirt wie den Versammlungsleitern wurde vom Leutnant erklärt, sie dürften unter keinen Umständen mehr eine Versammlung abhalten.

#### Weitere Polizeitaten.

Bohum, 15. März. (B. L. B.) Die gestrigen Vorgänge an den Präsidentenschächten gaben der Polizei Veranlassung zu einer sehr stärkeren Besetzung der Straßen und zu schärferem Vorgehen. In verschiedenen Straßen, wo junge Burken schossen, wurden starke Ansammlungen mit Kolbenköpfen, mit blanker Waffe und Schußwaffen zerstreut. Eine Person erhielt einen Schuß ins Bein.

#### Die Verhandlungen in England gescheitert.

London, 15. März. (B. C.) Die mit Spannung erwartete heutige Konferenz zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern, in der die Entscheidung fallen sollte, ist ergebnislos verlaufen. Die Verhandlungen wurden abgebrochen, und es ist noch nicht zu sehen, ob sie wieder aufgenommen werden. Die Regierung beschäftigt nunmehr, wie angekündigt, die Frage des Mindestlohnes auf gesetzlichem Wege zu regeln.

#### Ein Ketzerprozess.

Dresden, 15. März. (B. L. B.) In dem Disziplinarverfahren gegen den Pfarrer H. Traub-Dortmund wurde heute abend nach vierstündiger Verhandlung das Urteil verkündet. Es lautet auf Strafverfehung.

#### Gibt russisch.

Darshan, 15. März. (B. C.) Die Gerüchte über die Flucht des verurteilten Paulanermonchs Damozh Ragozh scheinen sich zu bewahrheiten. Die Polizei gibt sich alle Mühe, die Angelegenheit aus der Welt zu schaffen, da eine Anzahl höherer Polizeibeamten in der Angelegenheit aufs schwerste kompromittiert sein sollen. Ferner heißt es, die russischen Behörden hätten Ragozh in das Kloster hineingeschmuggelt, um durch ihn die Verwaltung der Klosterküche in die Hand zu bekommen.

#### Wer meldet, siegt.

Konstantinopel, 15. März. (B. L. B.) Der Kommandant der türkischen Streitkräfte bei Benghasi meldet dem Kriegsministerium, daß am 15. März eine türkische Abteilung aus den Befestigungen von Fojat austrückte und die Italiener angriff, welche ihr Lager verließen. Die Italiener hatten ziemlich erhebliche Verluste. Auf türkischer Seite waren zwei Verwundete. Die Türken erbeuteten viele Pferde und Kamel.

Reichstag.

27. Sitzung, Freitag, den 15. März, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: Dr. Delbrück.

Präs. Kaempf verliest das Danktelegramm des Präsidenten der italienischen Kammer für die gestrige Depesche des Reichstags aus Anlaß des Attentats.

Ferner gelangt zur Verlesung ein Schreiben des Kriegsministers, worin er feststellt, daß nach seinen Ermittlungen die neulich von dem Abg. Südekum (Soz.) aufgestellte Behauptung, der Präses der Artillerieprüfungskommission habe einen Sohn in leitender Stellung bei einer Firma, mit der er das ganze Jahr zu tun habe, weder auf den jetzigen Präses Generalmajor v. Siegel, noch auf dessen Vorgänger zutrefte. (Hört! hört! rechts.)

Abg. Südekum (Soz.): Es bedarf wohl keiner Versicherung, daß ich es sehr bedauern würde, wenn meine Bemerkung über den Präses der Artillerieprüfungskommission auf falscher Information oder auf einer Personenverwechslung beruhte. Es wird möglich sein, den Sachverhalt bis zur Beratung des Militäretats festzustellen und ich werde dann auf die Angelegenheit zurückkommen.

Das Haus tritt in die Tagesordnung ein.

Ein Antrag Senstadt (L.) und Genossen betreffend Einstellung eines schwebenden Strafverfahrens gegen den Abg. Graf Oppersdorf für die Dauer der Session wird ohne Debatte angenommen.

Hierauf wird in dritter Lesung der Nachtragsetz betr. Errichtung des Direktoriums der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte genehmigt.

Es folgt die Fortsetzung der Besprechung der Zentrum-Interpellation über den

Bergarbeiterstreik im Ruhrrevier.

Abg. Gothein (Sp.): Herr Schiffer hat gestern eigentlich gar nicht zur Interpellation gesprochen. Nach dem Wortlaut seiner Rede hätte die Interpellation lauten müssen: Was gebietet der Reichskanzler zum Schutze des arbeitslosen Bergarbeiters zu tun? (Sehr gut! links.) Die Rede des Herrn Schiffer hat das Parteigebiet in diese ernste Frage hineingebbracht und da machen wir nicht mit. Die Debatte hat durch diese Rede wahrlich nicht gewonnen. Für uns handelt es sich bei der gegenwärtigen Lohnbewegung, von der der Streik nur ein Teil ist, um die grundsätzliche Frage des Mitbestimmungsrechtes der Arbeiter

und diese Entwicklung kann der Streik, selbst wenn er wirklich verfehlt sein sollte, nicht aufhalten. Herr Hue selbst soll den Streik als einen Sympathiestreik für die englischen Bergarbeiter genannt haben. Wie kann man sich abfürlich Zeug behaupten! Auch Herr Hue weiß natürlich, daß ein solcher Sympathiestreik im Augenblick nur den englischen Grubenbesitzern zugute kommen würde. Nach Herrn Schiffer handelt es sich um einen Antipathiestreik gegen die Christlichen und ganz allgemein um politische Motive bei der Lohnbewegung. Dabei wird übersehen, daß neben den Sozialdemokraten auch die Mitglieder des Reichs-Dunckerischen Gewerksvereins und die Polen streiken. (Sehr richtig! links.) Der Staatssekretär hat sich auf die Protokolle der Arbeitsausschüsse bezogen. Ich warne ihn davon, darauf ein zu großes Gewicht zu legen. Ein Grubenbesitzer aus Saarbrücken hat gesagt, jede Grube habe den Arbeiterauschutz, den sie sich wünsche. (Hört! hört! links.) Unangenehme Leute brauchen ja nur vorlegt zu werden. (Hört! hört! links.) Nach diesem Rezept verfährt man wohl nicht nur in Saarbrücken.

Man kann nicht sagen, daß die Bergarbeiter etwas Unbilliges verlangen. Höchstens die Fülle der Forderungen auf einmal könnte gewisse Bedenken erregen. Troy wiederholter Jurufe ist gestern der Staatssekretär nicht auf die Steigerung der Lebensmittelpreise bei der Verlesung seiner Lohnzahlen eingegangen. Es ist durchaus verständlich, wenn die Bergleute auch dafür eine Lohnsteigerung verlangen. (Beifall links.) Nun sagt man, die Forderungen könnten die Forderungen der Arbeiter nicht bewilligen aus Gründen der Rentabilität. Damit kommt man aber nicht weiter. In solchen

Fällen muß gehandelt werden. Die Arbeiter werden auf den 15 Proz. nicht bestehen, sondern mit sich reden lassen. Sie werden auch mit 10 Proz. zufrieden sein und das läßt sich bei unserem Dezimalsystem ja auch sehr leicht berechnen. (Weiterkeit.) Eine Verkürzung der Schichtzeit, gegen die auch Rentabilitätsgründe sprechen sollen, bedeutet noch lange nicht auch eine Verkürzung der Arbeitsleistung. Der Bergarbeiter kann 8 Stunden nicht hintereinander arbeiten, sondern muß Ruhepausen einlegen. Die bisherigen Erfahrungen zeigen im Gegenteil bei verkürzter Schichtzeit eine Erhöhung der Förderung. Die Zechenherren sagen, wir könnten bei Erfüllung der Bergarbeiterforderungen auf dem Weltmarkt nicht mehr konkurrieren.

Nur nicht solche Schauermärchen!

So gefährlich ist die Sache wirklich nicht. Die Abschaffung der Ueberfrachten halten wir für durchaus gerechtfertigt, dadurch wird die allgemeine Leistungsfähigkeit herabgedrückt. Der Reich ist eben keine Maschine und kann nicht dauernd lätig sein.

Bei den Arbeiterwohnungen verlangt man eine einmonatige Kündigung, damit der Arbeiter nicht ohne weiteres mit Familie auf die Straße gesetzt werden kann. Das ist eine sehr berechtigte Forderung, die der Reichstag schon früher mit großer Mehrheit erhoben hat. Auch das Verlangen, daß die Arbeiter in den Zechenwohnungen Kolporteurs ihrer Zeitung, Abgesandte ihrer Organisation empfangen dürfen, ist ganz selbstverständlich. Ihnen das zu verbieten, bedeutet eine

ganz unwürdige Bevormundung erwachsener Menschen

die dem Grubenbesitzer doch nichts als ihre Arbeitskraft verkauft haben. (Sehr gut! links.) Eine unbedingt notwendige Forderung ist weiter die Umwandlung des einseitigen Arbeitsnachweises der Zechenbesitzer in einen paritätischen Nachweis. Die einseitige Nachweis ausgenutzt wird zur Herbeiführung eines modernen Sklaventums hat Herr Schiffer und ja gestern wieder an trassen Beispielen gezeigt. Diese Forderung sollte recht bald erfüllt werden, ebenso wie die Beseitigung des jetzigen Strafanweises. Verständig ist auch die Forderung nach einem paritätischen Schiedsgericht. All das sind Sachen, über die sich verhandeln lassen müßte und die auch den Zechen so gut wie keine Kosten auferlegen. Aber es sind eben lauter

Eingriffe in das Herrenrecht

der Unternehmer, auf das sie bedauerlicherweise bestehen. Ich komme nun darauf, daß man diese Forderung durch den Streik zu erzwingen sucht. Den Kontraktbruch, unter dem der Streik begonnen ist, werden wir sicher alle bedauern. Freilich ist eine Kündigung durch den einzelnen Arbeiter nicht leicht durchführbar; es müßte eine Instanz geben, die berechtigt ist, eine gemeinsame Kündigung vorzunehmen. Im Auslande ist das, z. B. in England, Sache der Organisation. Man sollte bei uns eine Kollektivkündigung durch Beauftragte gesetzlich einführen. Für Einzelkündigungen ist der Arbeiterauschutz zuständig, in großen, allgemeinen Fragen aber die Organisation. (Sehr richtig! links.) Bei den Sozialdemokraten.) Ich halte den Tarifvertrag auch im Bergbau für die meisten Arbeiter für durchaus möglich. Die Einführung eines Minimallohnes im Bergbau ist gar nicht so etwas Utopisches. Im Baugewerbe, im Buchdruckgewerbe ist der Mindestlohn eingeführt und die Konservativen verlangen ja selbst im § 100 g für die Handwerker etwas ganz Ähnliches. (Sehr richtig! links.) Auch im Bergbau werden, wie gesagt, Tarifverträge möglich sein, wenn nur der gute Wille zum Verhandeln da wäre. Aber daran fehlt es ja eben; die Grubenbesitzer fühlen sich als Herren, die nicht verhandeln, sondern dekretieren. (Sehr wahr! bei den Sozialdem.) Auch die von ihnen schließlich gegebenen Versprechungen genügen bei der jetzigen Situation nicht mehr. Versprechen kann jeder, hier müßte eine greifbare, bestimmte Zusage gegeben werden. (Sehr richtig! links.) Der Staatssekretär meinte, die Zeit zur Vermittelung sei noch nicht reif gewesen. Ich finde, es war eher schon zu spät. (Sehr richtig!) Die richtige Zeit zur Vermittelung wäre der Moment gewesen, als die Forderungen abgelehnt wurden. Aber man hat bei uns kein Verständnis für die Volkspsyche. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Hätte man beizeiten eingegriffen, ehe die Erregung unter den Bergarbeitern soweit gestiegen war, hätte der Streik sicher vermieden werden können. Wenn der

Staatssekretär den nötigen ersten Druck ausgeübt hätte, wären die Zechenherren und ihre Organisationen sehr wohl zu Verhandlungen zu veranlassen gewesen. (Sehr richtig! links.) Hier zeigt sich der Mangel an einer gesetzlichen Vertretung der Arbeiter in Arbeitskammern. Im übrigen ist es niemals zu spät

solche Verhandlungen herbeizuführen. Gewiß, man kann sich ja auf den Standpunkt stellen, daß der Streik ohnehin zusammenbrechen wird. Aber das ist kein staatsmännischer Standpunkt, sondern entspringt mehr dem Druck der Scharfmader im Herrenhaus. (Sehr richtig! links.) Auch die berühmte Geheimkonferenz im Palais-Hotel hat an das Herrenhaus appelliert. (Hört! hört! links.) Gewiß haben wir auch sozial denkende Männer als preussische Handelsminister gehabt. Aber das waren pluriäre Erscheinungen. Der ruhende Pol in der Erscheinungen steht ist die Bergwerksabteilung im Handelsministerium, die als größte Arbeitgeberin möglichst viel aus den fiskalischen Werken herauswirft. Herr Delbrück konnte gestern die Grubenbesitzer des früheren preussischen Handelsministers nicht abstreifen. Besonders der Schluß seiner Rede müßte bei den Arbeitern Misstrauen hervorrufen. (Sehr richtig! links.) Aber die preussischen Handelsminister waren noch immer besser als das Abgeordnetenhaus oder gar das Herrenhaus. Selbst nach der beschriebenen Vorlage von 1906 wurde von den Zechenherren dem damaligen Handelsminister vorgeworfen, daß er

Arm in Arm mit der Sozialdemokratie

marшиerte. (Hört! hört! links.) Handelsminister war damals Herr Delbrück. (Weiterkeit.) Es wurde ihm im Palais-Hotel nachgesagt, daß er ein scharfer Wegener des damaligen Staatssekretärs v. Weismann Hollweg war. (Große Weiterkeit.) Der Vorsitzende aber stellte fest, daß Herr Delbrück der beste Mann sei, den die Herren seit Bismarck gehabt hätten. (Hört! hört! links.)

Obwohl wir kein Faible für die Arbeitswilligen haben, wollen wir, daß sie geschützt werden. Aber die Beamten, vor allem die Vorgesetzten, dürfen nicht nervös werden. Man glaube doch nicht alle Zaturnachrichten. Man überlasse den Organisationen, durch Ordnungsmänner für Ordnung zu sorgen. Das hat sich vielfach bewährt. Aber durch Schnelligkeit erweckt man den Eindruck der Parteilichkeit, der noch verstärkt wird durch Reden, wie sie im Herrenhaus und gestern hier durch Herrn v. Bieberstein gehalten worden sind. (Sehr richtig! links.) Es stehen große Interessen auf dem Spiel. Die Regierung muß die Initiative ergreifen, denn unser ganzes Erwerbsleben wird von diesem Streik betroffen. Es liegt aber auch im Interesse des sozialen Friedens, daß der Herrenstandpunkt bald beseitigt wird. Ueber dem gegenwärtigen Streik steht uns das Ziel der Gleichberechtigung des Arbeiters im Arbeitsverhältnis. Daran müssen alle mitarbeiten, auch die Regierung. (Beifall links.)

Abg. Esinski (Pole): Es handelt sich nicht um einen Sympathiestreik für die englischen Bergarbeiter, sondern um eine seit langem vorbereitete Bewegung. Die Unzufriedenheit unter den Bergarbeitern war immer größer geworden. Seit der geforderten Grubenkontrollen hat man ihnen 1909

die weiße Salbe der Sicherheitsmänner

gegeben. Dazu kam, daß die Löhne immer mehr sanken, die Gewinne der Zechen stiegen. Der jetzige Zeitpunkt ist für die Bergarbeiter zweifellos der günstigste, da nicht zu befürchten ist, daß der deutsche Markt mit englischer Kohle überflutet wird. Zuerst machten auch die Christlichen mit, sie zogen sich erst zurück, als sie glaubten, daß die Zechenherren ihre Versprechungen auf Lohnherabsetzungen erfüllen würden. Davon ist aber offenbar keine Rede. Die geringen inzwischen erfolgten Lohnherabsetzungen machen wenig aus gegenüber den gestiegenen Lebensmitteln- und Kleidungspreisen. Hätten die Christlichen weiter mitgemacht, hätten es die Zechenherren kaum auf den Streik ankommen lassen. (Sehr richtig! links.) Ich will mich nicht in den Streit zwischen dem Seinerverein und dem alten Verband einmischen, jedenfalls haben den Nutzen von dieser gegenseitigen Bekämpfung der deutschen Verbände nur die Arbeitgeber. (Sehr wahr! links.) Die Beteiligung am Streik beweist, daß die große Mehrheit der Bergarbeiter die Forderungen als berechtigt ansieht und den Streik als einziges Mittel zur Erreichung der Forderungen betrachtet. (Sehr wahr! h. d. Soz.) In den Zusammenrottungen hat nach meinen Ermittlungen die Polizei vielfach selbst Anlaß ge-

Kleines feuilleton.

Ein Volksdichter? Der in München ansässige „Volksdichter“ Maximilian Schmidt, genannt Waldschmidt, hat vor einiger Zeit unter heftigen Applaus aller idealistisch gesinnten Lesefreundlichen seinen 80. Geburtstag in der bekannten „geistigen Frische und Rüstigkeit“ feiern dürfen. Schmidt gilt in den Kleinstädter-Beobachtungen als der privilegierte Sänger und Lobredner des Bayerischen Waldes, so sich von den fränkischen Höhen bis zum Wälderwald hinzieht. Er hat seine durchaus berechtigte Heimatliebe zum Bayerwald, der mittleren Höhe dieser zahlreichen Bergzüge entsprechend, in zahlreichen Erzählungen, Romanen, Humoresken, Gedichten von mittlerer Güte unablässig zum Ausdruck gebracht. Diese Schriften sind Zeugnisse unendlicher Geschwätzigkeit und einer seltenen Kunst des Wiederholens, Zeugnisse eines engen geistigen Horizonts, einer Kleinbürgerlichkeit, anphisch allem Großen, Kraftvollen, Elementaren oder menschlich Abstoßenden aus dem Weltgegenden Daseinsbetrachtung und fanden deshalb bald im Kleinbürgerlichen deutschen Lesepublikum so viele geistige Wähler, daß Herr Hofrat Schmidt bald eine einträgliche Gesamtausgabe seiner Goldschmittbände veranstalten durfte.

In verschwommenen, akademischen Optimismus übertrifft der Jgl. bayr. Waldschmidt womöglich seinen blondgelockten Kollegen in Waldler-Romanen und Lederhosen-Dramatik, den Hofgänger Ganghofer. „Ich habe bei der großen Auswahl meiner Stoffe mich mehr der menschlichen Liebe als dem moralischen Defekt zugewandt. Ich wollte mich in meinen glücklichen Arbeitsstunden mit heiteren Bildern müß mit der Niedertucht befassen, welche gottlob doch nur in der Wälderwelt ist.“ Seine Popularität zu erhöhen, trägt R. Schmidt auch auf die Bühne und verfasste einige von schwärzlicher Güte trübende sogenannte Volksstücke wie: „Das Austragsstückel“ und „Der Dorfparter“, deren gütige Milde niemandem wehe tat.

In jüngeren Jahren hat Herr R. Schmidt das Wehbetum freilich besser verstanden. Das war, als er des längst vergessenen Münchener Dichters und des wahren Sängers des schönen Bayerwaldes Heinrich von Keder Bücher so intensiv nachempfand, daß er in der Contradixen „Gesellschaft“ als offenkundiger Plagiator festgenagelt wurde. Jedoch, die Contradixen und die Schmidtische Gesellschaft trennten damals wie heute Welten. Und so steht der ordnungsbefragte Persönlichkeit mit 30 Goldschmittbänden und Popularität vor der einen Gesellschaft da, während die andere die arten Uebersichten „Federzeichnungen“ und die kraftvollen Schilderungen und seinen Naturbilder des in verbitterter Einfachheit unbedeutet geforderten, zeitlebend aufrechten Heinrich v. Keder lieb zu behalten sucht.

100 Jahre Gasbeleuchtung. Im Frühjahr 1812 hatte der Hüttenfachmann Professor Lampadius in Freiberg den Rat, trotz der energischen Gegenutachten und Gegenratschläge anderer Fachleute, sein Haus und seine Arbeitsräume als erster in Deutschland durch Gas zu erleuchten. Vier Jahre lang blieb sein Beispiel ohne

Nachahmung; erst als England Versuche größeren Umfangs gemacht hatte, wurde das Interesse in Deutschland allgemein. Durch den Großherzog Karl August angeregt, besaßte sich auch Goethe damit. Im Jahre 1815 entstand auch die erste Gasanstalt in Deutschland. Eine alte Amalgamierwerkstatt wurde, so erzählt „Die Welt der Technik“, in eine Gasanstalt umgewandelt.

In dieser Zeit wurden in London die Hauptstraßen bereits durch Gas erleuchtet. Dort hatte schon in den Jahren 1804—1809 Mr. Friedrich Albert Windfor, der eigentlich Wäzger hieß und Deutsch-Ceisterreicher war, Patente für die Erzeugung und Verwendung von Leuchtgas erworben und mit Erfolg den Versuch gemacht, die eine Seite der Pall Mall, eine der elegantesten Londoner Straßen, mit Gas zu beleuchten. Damit war die Geschichte der Gasbeleuchtung aus dem Stadium der Spielerei in das der industriellen Verwertung getreten. Natürlich konnte man sich im Publikum nicht so ohne weiteres denken, wie ein Licht ohne Docht brennen könne und wie Luft entzündet werden kann. Der berühmte Romanschriftsteller Walter Scott behandelte mit der schärfsten Satire diese „lächerliche Neuerung“, aber selbst der große englische Physiker Davy erwies sich als entschiedener Gegner der neuen Beleuchtung. Ihre rasche Entwicklung war auch durch den geradezu unelldlichen Versuch verzögert worden, der zunächst damit verbunden war und der sie für Zimmerbeleuchtung anfangs fast unbenutzbar machte: es war das Verdienst Clegg und Windfors, eine rationale Gasreinigung zuerst eingeführt zu haben. Auch in Deutschland war der Widerstand der öffentlichen Meinung zuerst recht groß. Die „kölnische Zeitung“ führte sieben Gründe gegen die Neuerung an, darunter einen theologischen, juristischen und medizinischen.

Aber diese „Gründe“ konnten doch nicht hindern, daß die Gasbeleuchtung, wie überall in der Welt, auch in Deutschland immer mehr an Boden gewann. Die Stadt Freiberg richtete sich Gasbeleuchtung ein, hierauf Hannover, dann folgte Berlin. „Unter den Linden“ war die erste Straße in der Stadt mit Gasbeleuchtung, wie sie Jahrzehnte später die erste Straße mit elektrischer Beleuchtung war. Und dann begann der Siegeslauf der Gasbeleuchtung in Deutschland.

Die Ethik des Selbstmordes. Der Präsident der Muschu-Universität Dr. Yamakawa hat, wie aus Tokio berichtet wird, sein Amt niedergelegt, und zwar steht sein Juridiktoren mit einem merkwürdigen Vorfall in Zusammenhang. Als der Mikado im vergangenen November die großen Mäander besuchte, erlitt der Hofzug während des Rangierens durch einen unvorhergesehenen Zwischenfall einen Aufenthalt von 40 Minuten auf der Station Kofu. Der Stationsvorsteher, der für diesen Vorfall gar nichts konnte, beging daraufhin Selbstmord, indem er sich vor die Schienen des Hofzuges warf. Der Kaiser, der von dem tragischen Vorfall bewegt war, stiftete eine Beerdigung zur Beerdigung des Unglücklichen. Aus dem Volke heraus, das in diesem Selbstmord ein Opfer treuer Pflichterfüllung sieht, entstand nun der Gedanke, dem bis zum Tode Getreuen eine Statue zu errichten, um auf diese Weise sein Andenken zu erhalten. Dagegen wandte sich nun Dr. Yamakawa in einem offenen Schreiben an die Zeitungen. Er wies dabei darauf hin, daß häufig bei Schulhausbränden die Lehrer den Flammentod erleiden, weil sie, nachdem alle Kinder gerettet sind, freisich noch den

Versuch unternehmen, das im Schulzimmer hängende Bild des Mikado dem Feuer zu entreißen. Dr. Yamakawa wandte sich gegen diese zwecklosen Auswüchse einer falsch verstandenen Vaterlandsliebe und wies darauf hin, daß selbst das Bild des Kaisers nur ein toter Gegenstand sei und kein Menschenleben wert wäre. Die Erklärung des verdienten Gelehrten entfiel in der Presse einen Sturm der Entrüstung und man verlangte fürmlich den Rücktritt dieses Univeritätspräsidenten, der den ethischen Wert des Selbstmordes zu bezweifeln wagte. Dr. Yamakawa hat nun sein Abschiedsgesuch eingereicht, aber die Frage von der Ethik des Parasitri beschäftigt nun von neuem Japan.

Notizen.

— Einen öffentlichen Wettbewerb für das Opernhaus verlangt die „Vereinigung Berliner Architekten“, die in einer außerordentlichen Mitgliederversammlung zu dem in jedem Sinne beschränkten Opernhauswettbewerb Stellung nahm. In dem bisher erzielten Ergebnis der Wettbewerbe wird nicht ein Resultat erblickt, das der Größe der Aufgabe entspricht. Es wird vielmehr ein Entwurf verlangt, der der lebendige Ausdruck der künstlerischen Kultur unserer Zeit ist. Diesen erwartet die Vereinigung von einem freien Wettbewerb der gelamten deutschen Künstlerchaft. Das von der Regierung beliebte Verfahren erfährt so von sachverständiger Seite eine unzweideutige Ablehnung.

— Das alte Spiel von „Jedermann“ gelang am Freitag, den 22. d. M. mit Alexander Wolff im Fiskus Schumann zum letzten Male in dieser Spielzeit zur Aufführung.

— Die Freie Hochschule Berlin begehrt Sonnabend im Kaisersaal des Zoologischen Gartens abends 8 1/2 Uhr ihr zehnjähriges Stiftungsfest. Karten sind in den bekannten Verkaufsstellen und abends erhältlich.

— Meteorologischer Unterricht in den Volksschulen. Der preussische Kultusminister hat in einem Kundentafel die Einführung des wetterkundlichen Unterrichts an Volksschulen angeordnet. Wegen der Bedeutung der Wetterkunde für die landwirtschaftliche Bevölkerung sollen die Schüler möglichst mit der Einrichtung und Bewertung der Wetterkarte bekannt gemacht werden.

— Automatische Vermittlungsämter für den öffentlichen Telephonverkehr bestehen zurzeit in Deutschland in folgenden Städten: München, Gildesheim, Döllmin, Altenburg, Dürreheim, Aueren, Dornap, Reudietendorf mit zusammen 10 800 Sprechstellen. In Rosen, Dresden und Wiegitz befinden sich gegenwärtig solche Ämter im Bau. Diese werden zusammen 21 800 Sprechstellen haben.

— Der Verbrauch an Kinematographenfilmen. Im Jahre 1905 wurden die ersten kinematographischen Bilder von den Brüdern Lumiere gezeigt. Heute berechnet man den täglichen Verbrauch an Kinematographenfilmen auf 300 000 Meter, das entspricht einem Jahresbedarf von etwa 90 Millionen Meter. Gebrauchsfertige Filme kosten etwa 1 M. das Meter. Die Rohfilme werden hauptsächlich in den Vereinigten Staaten von Nordamerika, in Frankreich und Deutschland erzeugt.

geben. Ein Wursche ist erschossen worden, der nichts getan hatte; er hatte sich eine Zigarre geholt und stand dann in seinem Hause auf der Treppe. (Hört! hört! h. d. Soz.)

Weiter hat die Polizei Arbeitswillige aufgefördert, mit Steinen auf Streikende zu werfen!

(Hört! hört!) Ich kann Zeugen nennen, die das unter Eid bestätigen werden. Nicht die Streikenden, sondern der Heberer der Polizei hat den Anstoß zum Blutvergießen gegeben. (Sehr richtig! h. d. Soz.) Bevor noch der Streik beschlossen wurde, hat man Hunderte von Polizeimannschaften nach dem Ruhrrevier geschickt. Das hat wie eine Propagation auf die Bergarbeiter gewirkt, weil es auf sie den Eindruck machte, als wolle die Regierung den Streik mit Gewalt verhindern. Wir sind aufs äußerste bemüht, die Ruhe im Ruhrrevier aufrecht zu erhalten. Aber die Behörden verbieten in Streikversammlungen den Gebrauch der polnischen Sprache, sogar geschlossene Mitgliederversammlungen des polnischen Berufsvereins werden auseinandergejagt. (Hört! hört! h. d. Soz.) Ich frage den Staatssekretär: Wie sollen wir uns denn mit unseren Arbeitern bei dieser Lohnbewegung verständigen? Willigt der Staatssekretär dies

#### Private Vorgehen der Polizei

das dem Reichsvereinsgesetz widerspricht, und wie gedenkt er solche Uebergriffe für die Zukunft zu verhindern? Man hat uns sogar die Streikbüros auseinandergejagt. Wie sollen wir da unsere Leute auslösen? Das will die Regierung offenbar nicht, sie will das Blutvergießen.

Vizepräsident Dr. Basshe: Das dürfen Sie nicht sagen, ich zusehe es deshalb zur Ordnung.

Abg. Sosinski (fortfahrend): Das die Arbeitgeber wünschen, daß Militär kommt, ist klar, sie erwarten, daß damit ein schnelleres Ende des Streiks herbeigeführt werden wird. Der preussische Bergschluß in Oberschlesien behandelt die Arbeiter ebenso wie die Grubenproben im Ruhrrevier, auch er hat auf eine Eingabe der Bergarbeiterorganisationen nicht geantwortet. Dabei sind in Oberschlesien die Löhne besonders niedrig, sie sind noch um 1 M. bis 1,50 M. niedriger als die Löhne im Ruhrrevier. Bei den Hungerlöhnen müssen die Arbeiter noch dazu 10, 12, ja 16 Stunden arbeiten. (Hört! hört! bei den Polen.) Man behauptet, daß die Arbeiter dort so viel fressen und deshalb weniger verdienen. Aber was ist der Grund? Wenn ein Arbeiter in Oberschlesien auch nur einen Tag krank wird und er meldet sich beim Arzt, so muß er sofort ins Krankenhaus. Am nun nicht immer gleich ins Lazarett zu müssen, bleiben die Leute lieber 3 bis 4 Schichten zu Hause. Die Ueberschüsse der Grubenbesitzer in Oberschlesien sind in den letzten Jahren ungeheuer gestiegen. Der Fiskus ist in Oberschlesien der größte Arbeitgeber, er sollte mit gutem Beispiel vorangehen. — Mäde der preussische Handelsminister, der ja hier ist, die Erklärung abgeben, daß die Löhne der Arbeiter auf den fiskalischen Ecken erhöht werden sollen, dann haben wir wenigstens in Oberschlesien Ruhe. Und wenn die Regierung auch im Ruhrrevier mit gutem Beispiel vorangeht, so werden wir den Frieden in Deutschland haben. — (Beifall bei den Polen und Sozialdemokraten.)

Abg. Mertin (Sp.): Die Antwort des Staatssekretärs hat uns befriedigt, besonders die Entschiedenheit seines Tones. Den haben wir in letzter Zeit wiederholt vernommen. (Beifall rechts.) Regieren heißt vor allem: Ordnung schaffen, die Ordnung aufrecht erhalten. (Bravo! rechts.) — Jurus links: Ein echter Junker! Ich war nie ein Junker und ich weiß nicht, ob ich es je werden werde. (Weiterheit rechts.) Herr Sachse hat es gestern als eine freche Lüge bezeichnet, daß der Streik andere als rein sachliche Gründe habe. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Sie haben nicht das Recht, sich als Richter darüber auszusprechen, was wahr ist und was nicht. (Abg. Dr. Krenndt: Sehr richtig! — Lachen bei den Sozialdemokraten.) Es bleibt dabei, daß der Streik politische Ursachen hatte. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Behandeln Sie doch diese ernste Frage auch ernst. (Jurus bei den Sozialdemokraten: Wir lachen ja über Sie!) Dann sind Ihre Ansprüche auf Heiterkeit und Komik sehr bescheiden. (Stürmische Heiterkeit.) Sie wollen eben die Bergarbeiter wiedergewinnen, die sich von Ihnen abgewendet haben. (Abg. Sachse: Beweisen Sie es doch!) Ich kann hier nur meine Behauptungen vertreten und nichts beweisen. (Weiterheit links.) Wir bestreiten nicht die Berechtigung jeder Arbeiterforderung. Aber die Forderung von 15 Proz. Lohnhöhung geht zu weit. Herr Sachse hat gestern gesagt, die Arbeiter würden sich auch mit weniger zufrieden geben. Deshalb hat er das nicht vor dem Streik gesagt? (Lebhafte Zurufe bei den Sozialdemokraten: Ist längst geschehen!) Das weiß ich nicht, da ich bei den geheimen Verhandlungen nicht dabei war. Jedenfalls ist der Streik frisch vom Zaun gebrochen. (Beifall rechts.) Die Anregung, die Regierung möge vermitteln, ist leicht ausgesprochen. Aber eine solche Vermittelung ist gefährlich. In England schlug die Vermittelung fehl und die Folge war der gefürchtete Minimallohn. Will Herr Gothein diese Konsequenz ziehen? Was die Regierung aber tun kann und soll, ist die Arbeitswilligen zu schützen. (Aha-Rufe bei den Sozialdemokraten.) Meinen Sie denn, daß ich das nicht sagen würde? Nach Herrn Sachse haben die Streikenden jetzt nichts anderes zu tun, als Arbeitswilligen den Revolver abzunehmen. (Weiterheit rechts.) Wir sind den Christlichen dankbar für ihr besonnenes Verhalten. Wenn eine große Organisation aus wohlwollenden Gründen einen Streik nicht mitmacht, so sind ihre Mitglieder deshalb doch nicht Streikbrecher. Bedauerlich sind die scharfen Worte des Abg. Schiffer gegen die sogenannten gelben Gewerkschaften. Diese 34 000 niederländischen Arbeiter, die ohne Speichelleckerei ihre patriotischen Pflichten erfüllen, müssen gegen diese Angriffe in Schutz genommen werden. (Beifall rechts.) Der Streik dehnt sich aus, aber nur weil der Terrorismus zunimmt. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Augenzeugen bemerken die Ruhe und Kaltblütigkeit der Behörden. (Große Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Gesetzgeberische Maßnahmen jetzt während des Streiks können ja nicht mehr getroffen werden. Aber der Streik wird ein Beispiel dafür sein, ob die Behörden mit den jetzigen Mitteln auskommen können. (Beifall rechts.) Wenn Ausschreitungen wirklich vorgekommen sind, dann sind Sie (zu den Sozialdemokraten) daran schuld, die Sie diese maßlose Erregung ins Volk hineingetragen haben. (Unruhe bei den Sozialdemokraten.) Auch wir wünschen eine schnelle und unparteiische Justiz. Es liegt uns gar nichts daran, daß ein paar Leute mehr eingesperrt werden. (Sehr richtig! rechts.) Herr Sachse hat den Grafen Westarp aufgefordert, sich in die Lage eines Bergarbeiters zu versetzen, der mit 5 M. täglich 10 Kinder ernähren muß. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Aber verstehen Sie sich dann auch in die Lage eines Schuhmanns, der von einer Menschenmenge umringt und bedroht wird und nun zur Waffe greift. Dann schreien Sie hier: Blutbände und draußen spielen Sie sich als die Vertreter der Unterbeamten auf. (Sehr gut! rechts.) Also wir sind gegen eine Einmischung der Regierung in den Streik. (Beifall rechts.)

Abg. Behrens (Wirtsch. Bg.): Ueber die Berechtigung der Lohnforderungen der Bergarbeiter gibt es keine Differenzen, und die Mehrheit des Reichstages hat sich ja auch dafür ausgesprochen. Aber Herr Sachse hat maßlos übertrieben. Er kämpfte für eine verlorene Sache, ja für eine die Arbeiterbewegung schädigende Sache. (Sehr richtig! rechts.) Nur dem Streik hatten wir jetzt nicht für richtig. Für uns kommt nur das Wohl der Bergarbeiter in Frage. Politische Fragen spielen im Gewerkschaftlichen Bergarbeiter keine Rolle, es ist eine Unnothwendigkeit, wenn die sozialdemokratischen und liberalen Blätter das behaupten. (Jurus im Centrum: Das Berliner Tageblatt!) Das Berliner Tageblatt wollen wir nicht zu oft erwähnen, sonst bekommen die Herren in der Jerusalemer Straße den Größenwahn. (Weiterheit rechts.) — Redner schildert die Entwicklung des Streiks. Wir haben uns an der Lohnangelegenheit nicht beteiligt, weil sie un-

bedingt zum Streik führen mußte und ein Streik in der jetzigen Situation für die Bergarbeiter aussichtslos war. Da die englischen Bergleute auch streiken, sind die deutschen wie die englischen Bergarbeiter die Sorge um ihre Abnahmämärkte los, sie haben kein Privatinteresse mehr daran, ob der Streik andauert oder nicht. Sie können ruhig zusehen, was die Regierung gegen die schweren Schädigungen der ganzen Erwerbsbevölkerung, die der Streik zur Folge haben muß, tut. Nach unserer Ansicht hat der Streik politische Motive, er ist die Revanche für Bochum. (Abg. Sachse (Soz.): Lüge! Vizepräsident Dove ruft den Zwischenrufer zur Ordnung.) Und zum zweiten kommt es dem alten Verband auf die Vernichtung des christlichen Gewerkschaftsvereins an. Der Ditsch-Dundersche und der polnische Gewerkschaftsverein, die er jetzt als bürgerliches Schild gern mitnimmt, werden dann natürlich auch an die Reihe kommen. (Sehr richtig! rechts.) Daß es dem sozialdemokratischen Verband nicht um den Frieden zu tun war, bewies die Aufstellung von 10 neuen Forderungen, nachdem die Antwort auf die ersten sehr zahmen Forderungen eingelaufen war. Den Minister ersuche ich um eine klare, bestimmte Auskunft, ob nach dem Gehn von 1907 die Arbeiterauschüsse im Bergbau beauftragt sind, in Lohnfragen zu verhandeln. Nach meiner Ansicht ist das der Fall. Das ganze Vorgehen des alten Verbandes in diesem Falle widerspricht aller gewerkschaftlichen Taktik. (Abg. Sachse: Ach, quasseln Sie doch nicht, Sie haben es 1906 ja ebenso gemacht! — Vizepräsident Dove: Ich ersuche Sie, sich hier in dem Formen zu bewegen, die gesellschaftlich üblich sind.) Der sozialdemokratische Verband trägt infolge dieser verkehrten Taktik die Verantwortung für die Not und das Elend, für die Verwundeten und die Toten. (Sehr richtig! rechts.) Der Streik hat erst an Ausbreitung gewonnen, als der Terror einsetzte. (Lachen bei den Soz.) Ich schäme die Zahl derer, die aus Furcht vor dem Terror in den Streik eingetreten sind, auf 30 000 bis 40 000. Daß sich die Christlichen schließlich bewaffnen, kann man verstehen, wenn auch nicht gerade billigen; man kann schließlich nicht von ihnen verlangen, daß sie sich die Knochen kaputt schlagen lassen. (Sehr wahr! rechts.) Wo Herr Effert gesteht hat, ist ja nun aufgefächert. Er war krank und ist, sobald er wieder gesund war, sofort ins Ruhrrevier gefahren, wo er ganz den Standpunkt des christlichen Gewerkschaftsvereins vertritt. Wie die Stimmung im Ruhrrevier gegen uns ist, kann man aus der Haltung und dem Ton schließen, den Herr Sachse gestern hier zur Schau trug. Wie der Herr, so? Geschert. Wenn man hier von christlichen Galunken und Judassen spricht — hier sitzt doch die Elite der sozialdemokratischen Partei (Große Heiterkeit rechts) und wenn die sich so wenig im Bügel halten kann, was wollen Sie dann von den Leuten im Lande verlangen. (Sehr gut! rechts.) Ob Hue zu der Konferenz bei Dr. Velbrück eingeladen oder uneingeladen gekommen ist, das ist ganz gleichgültig. Wir wollen uns nur dagegen wenden, daß es im „Vogelwetter Volksblatt“ so hingestellt worden ist, als ob der Staatssekretär ihn als Vertreter des Wahlkreises Bochum eingeladen hätte und mit dem Unternehmerrecht Hedmann nichts zu tun haben wolle. So wird ein ehrlicher Bergmann, der in seinem Beruf verunglückt ist, von den Sozialdemokraten bedauert. (Pfeiferei im Centrum.) Wir wünschen gewiß nicht, daß das Militär zu Polizeizwecken gebraucht wird, aber das ist Sache des Staates, zu entscheiden, ob der Schutz der Polizei ausreicht oder nicht. Öffentlich braucht das Militär nicht einzugreifen. Als Raschmengenwehrgewehr sind mir auch meine sozialdemokratischen Kameraden zu schade. Es arbeiten mehr Sozialdemokraten, als Christliche streiken. Ich schließe mit dem Wunsch, daß die berechtigten Wünsche der Bergarbeiter bald erfüllt werden. (Beifall rechts und im Centrum.)

Handelsminister Sydow: Auf die Anfrage des Vorredners erwidere ich, daß die preussische Bergverwaltung auf dem Standpunkt steht, daß die Lohnfrage der Zuständigkeit der Arbeiterauschüsse gehört. Sie ist auf den fiskalischen Werken bisher auch stets auf diese Weise verfahren.

#### Abg. Dr. Erdmann (Soz.):

Vor 7 Jahren hat aus Anlaß des Bergarbeiterausstandes von 1905 in diesem Hause eine ähnliche Debatte stattgefunden. Damals konnte der zweite sozialdemokratische Redner feststellen, daß das ganze Haus mit Ausnahme der Konserverativen, des Herrn Weumer und einiger anderer Herren von den Nationalliberalen, darin einig sei, daß es sich bei diesem Streik um

#### eine Volksbewegung

handelte, die nicht von einzelnen Personen oder einer Partei gemacht war, sondern aus den Verhältnissen heraus gewachsen war. Und der zweite Zentrumsredner Dr. Spahn bezeichnete es als die Ueberzeugung der großen Mehrheit des Hauses, daß die Sympathien des deutschen Volkes auf der Seite der Streikenden ständen. (Hört! hört! links.) Ich bedaure, heute eine ebenso günstige Feststellung machen zu können. Und doch liegen die Dinge jetzt nicht anders als 1905. Die Bergarbeiterbewegung von 1905 bildet ein Ehrenblatt in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.) Heute hat sich Herr Behrens bemüht, dieses Ehrenblatt herabzureißen und mit Füßen zu treten. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Was er gegen den jetzigen Bergarbeiterausstand angeführt hat, trifft in gleicher Weise auf den Ausstand von 1905 zu. Er hat gerügt, daß die Arbeiter die Arbeit unter Kontraktbruch niedergelegt haben. War das 1905 nicht der Fall? Er hat die geringe Zahl der Organisierten beklagt. War 1905 die Zahl der Organisierten nicht noch viel geringer? Er hat die Not und das Elend eines Bergarbeiterausstandes geschildert. War denn 1905 die Not nicht in demselben Maße vorhanden? Alles, was Herr Behrens gegen den jetzigen Ausstand gesagt hat, hat er auch gesagt gegen den Ausstand von 1905, an dem die Christlichen mit so großer Entschiedenheit teilgenommen haben. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Was die Stimme im Hause anlangt, so liegen die Dinge zweifellos ungünstiger als 1905. Aber doch nur deshalb, weil das Zentrum, das im Hause räumlich nach rechts gerückt ist, auch in der Beurteilung sozialer Angelegenheiten sich auf die rechte Seite geschlagen und einen Bund geschlossen hat mit den Konserverativen und dem scharfmacherisch gefinnenen Flügel der Nationalliberalen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Die christlichen Gewerkschaften haben verschiedene Gründe für ihre Nichtbeteiligung am Streik angegeben. Der Streik soll zurückzuführen sein auf die Verheerung der Bergarbeiter durch die Sozialdemokraten und Anarchosozialisten. Man fügt dieses Wort aus ganz bestimmten Gründen hinzu, um der Bewegung einen antzughigen Charakter zu geben. In einem Artikel der „Kölnischen Volkszeitung“ wird gesagt, daß viele Tausende von Anarchosozialisten im sozialdemokratischen Verbande säßen, die der Verhandlungsleitung über den Kopf geschworen seien. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Wer die Verhältnisse kennt, weiß, daß das

#### ein ausgemachter Schwindel

ist. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Gewiß gibt es eine Anzahl von Anarchosozialisten im Industriegebiet. Aber sie zeichnen sich höchstens durch ihren großen Mund aus. Die Führer des Bergarbeiterverbandes lassen sich von ein paar Schreihälsen wirklich nicht an der Nase herumführen. Aber es liegt System in der Verbreitung des anarchosozialistischen Märchens. Man will der Bergarbeiterbewegung einen möglichst gefährlichen und unsüßlicheren Anstrich geben. Herr Behrens hat gemeint, der Streik sei die Revanche für unsere Niederlage in Bochum. Mit demselben Recht könnte ich sagen, daß das Verhalten der Christlichen eine Revanche für ihren Reinfall in Köln ist. (Sehr richtig! links.) Sie wollen die Gunst der Nationalliberalen wieder gewinnen. Aber ich sage das nicht. Die „Kölnische Volkszeitung“ geht noch weiter und hat es fertig bekommen, den Ausstand in Zusammenhang zu bringen mit dem gestrigen Attentat in Rom. (Weiterheit bei den Sozialdemokraten.) Sie schreibt: „Eine Kundgebung gegen das

berabsichtigte Attentat auf den König von Italien sollte die heutige Sitzung des Reichstages ein, die posierende Overtüre für die Interpellation über den sozialdemokratischen Streik im Ruhrrevier. Hier gelten die Regeln des Rössen der Politischen, den Hütern der Ordnung und den Arbeitswilligen, dort dem Haupte des Königs. Aber die sie abgeschossen, sind hier wie dort dieselben Elemente: gewissenlose Heher und revolutionäre Fanatiker.“ (Lauter Gelächter bei den Sozialdemokraten.) Wenn man die Attentäter auf ihre Heimat unterjucht, wird man stets auf unethische Wegebenen stoßen. (Sehr richtig! links.) Auch der gestrige Attentäter soll sehr religiös gewesen sein. Doch liegt es mir fern, sein Attentat mit seinem Glauben in Zusammenhang zu bringen. Mit um so größerer Entschiedenheit weisen wir es zurück, daß irgend ein Zusammenhang mit dem Attentat in Rom konstruiert wird. Wer die Verhältnisse im Ruhrrevier kennt, weiß, daß wir dort nicht zu heßen brauchen.

#### Die Verhältnisse heßen für uns.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wenn im Industriegebiet eine einzelne Person, und noch dazu eine Dame, über eine Kapitalmacht von 150 Millionen verfügt und über ein Heer von 100 000 Angestellten gebietet, dann muß das auch den rückständigsten Arbeiter zu einer gewissen Erbitterung über derartige Zustände treiben. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wenn die Bergarbeiter sehen, daß 300 Personen in Deutschland das gesamte Wirtschaftleben beherrschen, dann muß ihnen ein Verhängnis für den Sozialismus, für die Unhaltbarkeit der kapitalistischen Gesellschaftsordnung aufgehen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.) Diese Erbitterung über das elende Dasein der Arbeiterklasse im allgemeinen macht sich bei den Bergarbeitern im besonderen Maße geltend. Die Arbeitsweise des Bergmanns ist mühsamer und härter als die eines jeden anderen Berufes, die Unfallgefahr im Bergbau größer.

#### Hat jeder 7. Bergarbeiter verunglückt einmal im Jahr.

Die Zahl der Schwerverletzten ist doppelt so groß wie durchschnittlich in anderen Berufen. Ein ganzes Heer von Berufskrankheiten tragen die Bergarbeiter mit sich. All dieses Elend und die Rechtslosigkeit der Bergarbeiter muß nochedrungen von Zeit zu Zeit zu einer Entladung durch einen Ausstand führen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Dazu kommt, daß das Verhältnis zwischen Unternehmer und Arbeiter nirgends so unerträglich für den Arbeiter ist als gerade im Bergbau. Der Ausdruck meines Freundes Sachse: die Bergunternehmer behandeln die Arbeiter wie Hunde, war gewiß hart, aber dem Sinne nach richtig er vollständig. Herr von Bieberstein, der sich so darüber aufregte, sollte nur die Bergarbeiter selbst fragen, sie würden ihm wahrscheinlich antworten: Wir werden nicht behandelt wie die Hunde, wir werden schlechter behandelt. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Mander wird sagen, daß er froh wäre, wenn er behandelt würde wie die Hunde und Pferde der großen Millionäre dort. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Dazu kommen die Lehrausgänge und die Teuerung. Der preussische Handelsminister meinte zwar, 6,30 Mark sei doch kein Hungerlohn. Ich glaube, er würde anders denken, wenn er selbst darauf angewiesen wäre, eine zahlreiche Familie mit einem solchen Tagelohn zu ernähren. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Run soll der Streik politischen Untergrund haben. Gewiß, es kommen politische Momente dabei in Betracht. Namentlich die Politik des schwarzen Blattes hat zweifellos die Erbitterung der Bergarbeiter gesteigert und ebenso die Behandlung der preussischen Wählerform. Wissen doch die Bergarbeiter, daß die Vergeltung Landesbesitzer ist und daß sie bei dem heutigen Wahlgang keinerlei Einfluß auf ihre Gestaltung haben. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Gewundert habe ich mich, daß gerade das Zentrum den Vorwurf des Heßens gegen die Sozialdemokratie erhebt. Es gab eine Zeit, da wurde von Alexander eine Kritik an dem Kapitalismus geübt, wie sie scharfer von keinem Sozialdemokraten geübt werden kann. Ich erinnere an die Schriften des Bischofs Ketteler und des Kaplans Hye, der die Unternehmer auf dieselbe Stufe stellte mit römischen Sklavenhaltern, die ihre Sklaven den Fischen zur Speise hinwarfen. Seinerzeit sprachen Zentrumsblätter von dem

#### nationalliberalen Mastbürger

mit wohlgefülltem Geldbeutel und steinharterm Herzen, der der erste sein sollte, dem man die Gurgel abschneidet. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) An einer anderen Stelle hieß es: an den Bettelstab mühten solche Unternehmer gebracht werden, die von dem Schweiß der Arbeiter ihren faulen Körper ernährten. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Sind das keine Heßereien?

Die Rede des Herrn Schiffer war mir nicht neu. Ich hatte sie schon in Form eines Artikels des Generalsekretärs Stegerwald in der „Kölnischen Volkszeitung“ gelesen. (Weiterheit bei den Sozialdemokraten.) Ich weiß nicht, weshalb er mit so großem Eifer jede Gemeinschaft mit den „Gelben“ ablehnte, da doch die Christlichen so enge Beziehungen zu den Organisationen hatten, die sich selber vor kurzem noch als „Gelbe“ bezeichnet haben, nämlich zu den katholischen Freivereinen. Auf bischöfliche Anweisung von 1907 müssen sie ja mit diesen ein Herz und eine Seele sein und erhalten gemeinsame Anweisungen für die Taktik. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Wie kommt Herr Schiffer dazu, die christlichen Arbeiter als die allein vernünftigen zu bezeichnen? Von 8 Arbeitern, die das Bedürfnis haben, sich zu organisieren, gehen 7 zu den Roten und 1 zu den Christlichen. Wie kann man da die 7 als rückständige und gerade den einen als Edelmenschen hinstellen. Das ist eine Verleumdung der deutschen Arbeiterschaft. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Auf die

#### Terrorismusklagen

ist mein Freund Sachse schon genügend eingegangen. Ich sollte einmal Gelegenheit, mich mit einem Unternehmer im Münsterlande zu unterhalten. Er war Zentrumsmann und schimpfte sehr auf die Sozialdemokraten und die freien Gewerkschaften. Er zitierte das bekannte Wort: „Und willst Du nicht mein Bruder sein, dann hau ich Dir den Schädel ein.“ Er meinte allerdings, die christlichen Gewerkschaften trieben es nicht viel besser, nur sagten sie: „Und willst Du nicht mein Bruder sein, dann schlag ich Dir den Schädel ein, in Gottes Namen — Amen.“ (Große Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Sie täten also daselbe mit ein wenig frommer Verbrämung. Beweise dafür stehen uns in Fülle zur Verfügung. Herr Schiffer meinte dann weiter, 1905 sei alles anders gewesen, da sei niemand mit Gewalt von der Arbeit abgehalten. O nein, in der Scharfmacherpresse konnte man damals ebenfalls Klagen über sozialdemokratischen Terrorismus finden wie jetzt in der Zentrumspresse. Und damals wurde genau so nach Militär gerufen wie heute.

Herr Wiesberis machte neulich den Arbeitern einen Vorwurf daraus, daß sie den Ausstand in eine Zeit verlegen, die ihnen als die günstigste erscheint. Sie sollten auf die Schädigungen des wirtschaftlichen Lebens Rücksicht nehmen. Soweit sollte aber auch Herr Wiesberis mit der Technik der Arbeiterbewegung vertraut sein, daß die Arbeiter selbstverständlich immer den günstigsten Zeitpunkt zum Streik ausfinden müssen. Und wenn wirklich das Wirtschaftsleben durch den Streik geschädigt wird und man anerkennt, daß die Forderungen der Arbeiter berechtigt sind, was liegt da näher als den Vorwurf, die Industrie zu schädigen, gegen die Unternehmer zu richten, die die berechtigten Forderungen der Arbeiter nicht erfüllen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Die politischen Motive liegen vielmehr auf Seiten der Christlichen. Bereits 1903 war das Zentrum darauf aus, um seine Siege in Rheinland, Westfalen zu retten, Anschluß bei den Nationalliberalen zu suchen. Anzweifeln sind aus dem Zentrumsturm gewaltige Steine herausgedrückt. In diesem Jahre ist sogar

#### die Frage Köln gefallen.

Diese Situation ist das Motiv, welches das Zentrum veranlaßt, jetzt nicht mehr wie 1898 und 1905 auf die Seite der Arbeiter zu treten. Die christlichen Gewerkschaften dürfen überhaupt nicht mehr an großen gewerkschaftlichen Aktionen teilnehmen. Ich erinnere an die Zwangsarbeiten innerhalb des Katholizismus, an die Ansprache, die von Rom aus in bezug auf das Verhalten der katholischen Arbeiter gestellt werden. Mit Rücksicht auf die Kirche dürfen die christlichen Arbeiter nicht streiken. Sie dürfen es aber auch nicht aus Rücksicht auf die Regierung. Die christlichen Gewerkschaften wissen, daß sie beim verständigen Teil der Arbeiterschaft nichts mehr zu gewinnen haben. Dieser Teil hat eingesehen, daß die dem Zentrum untergeordneten Organisationen die Interessen der Arbeiter nicht vertreten, und er schließt sich den freien Gewerkschaften an. Als Ersatz haben die Christlichen ihre Augen auf die abhängigen Existenzen, auf die Staatsarbeiter gerichtet. Dafür brauchen sie aber die Gunst der Regierung und deshalb dürfen sie sich an einem solchen Streik nicht beteiligen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Ein dreifacher Zwang ist ihnen auferlegt, ein dreifaches Heiligenscheinchen schleppen sie mit sich herum. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Daher diese Scheingründe und das Gefährliche von der Verheißung durch die Sozialdemokratie, deshalb der Ruf nach Militär.

Es ist bezeichnend, daß der erste Ruf nach Militär nicht ausging von einem nationalliberalen oder freikonservativen Scharfmacherorgan, sondern von dem Zentrumslblatt, das im Wahlkreis des Herrn Giesberts erscheint. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Es ist das bedauerliche an diesem Schauspiel, daß es Arbeiter sind, die gegen ihre kämpfenden Massengenossen den Säbel und die Pike mobil machen. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Wenn die christlichen Führer noch etwas an Kredit hätten verlieren können, dann haben sie ihn jetzt verloren. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Auch von unserer Seite wird zugegeben, daß bei der jetzigen Bewegung einzelne Ungehörigkeiten vorgekommen sind. Derartige Ungehörigkeiten kommen im Indusriefeld aber alle Tage vor. Wenn man abzieht, was direkt erlogen ist und was übertrieben ist, dann bleibt wirklich nicht viel übrig. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Bergarbeiter sind keine Salonmenschen und haben andere Manieren als die Konsoleträger. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wer den Bergarbeiter kennt, wird ihm ein derbes Wort nicht übelnehmen, auch nicht, wenn ihn der Ellbogen einmal ausreißt. Dann muß man auch bedenken, daß viele Arbeiter aus dem Osten bei uns wohnen. Diese Elemente sind noch ungezügelt. Sie haben ihre Erziehung genossen

unter dem Regime unserer Junker und der Klerikale. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wir werden sie aber auch zur Ordnung bringen, trotzdem es eigentlich die tun müßten, die diese Leute nach dem Weiten gebracht haben. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) 1905 haben sich die Ordnungsmannschaften der Arbeiter sehr gut bewährt. Aber das gefiel den Scharfmachern nicht. Die Herren Bued und Leidig haben das offen ausgesprochen. Demen lag nichts an der Aufrechterhaltung der Ordnung, als vielmehr daran, daß die Arbeiter den Beweis nicht erbrachten, daß sie selbst Ordnung halten könnten. Wäre es zu Zusammenstößen gekommen, so hätten sie der Öffentlichkeit gesagt: seht, so betragen sich die Arbeiter. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Nun zu den Schauerzügen, namentlich des preussischen Handelsministers. Mit dem ernstesten Gesicht von der Welt hat er uns geschildert, daß Ausländer vor Arbeitwilligen „Pfu!“ gerufen haben und daß Arbeiterweiber — um in seinem Stil zu reden — zu Arbeitwilligen gesagt haben: wenn Ihr nichts mehr zu essen habt, werden wir Euch schon versorgen, kommt nur zu uns! Deshalb mußte Militär nach dem Ruhrrevier! Als ich das hörte, habe ich mich gefragt:

woher denn der Handelsminister eigentlich her? Ist er jemals mit Bergarbeitern in Verbindung gekommen? Wer den weltförmigen Bergmann kennt, weiß, daß er außerst ruhig, bedächtig, sogar schwerfällig ist. Und als der Handelsminister sprach, ließ ich meine Blicke über diese Bänke (auf die Regierungsbänke zeigend) streifen und sah eine Anzahl von Gesichtern, auf denen in Keilschrift die Zeichen einer sehr temperamentvoll vererbten Unversitzbarkeit eingetragen waren. (Heiterkeit links.) Da sagte ich mir: solange die preussische Regierung es nicht für nötig hält, die Unversitzbarkeit unter den Belagerungszustand zu stellen und Gendarmen und Militär dort hinzuschicken, um zu verhindern, daß die Jugend der zahlungsfähigen Bourgeoisie gegenseitig aus ihren Gesichtern Hackfleisch macht (Große Heiterkeit links), so lange hat die Regierung auch kein Recht, Militär in das Streitrevier zu schicken. (Sehr wahr! links.) Herr Giesberts hat einmal gesagt:

manchmal muß man sich schämen, ein Preuße zu sein. Dieses Gefühl hatte ich auch während der Rede des Handelsministers. Mit welcher Hasenherzigkeit wird in Preußen regiert! Da hat Graf Potjomkin während des Streiks von 1905 einen viel vernünftigeren Standpunkt eingenommen. Was getan werden kann, um die Ordnung aufrecht zu erhalten, tun die Arbeiterorganisationen selbst, denn sie haben das größte Interesse daran. Die Antwort der Regierung auf diese Frage der Interpellanten muß als durchaus einseitig bezeichnet werden. Diese Einseitigkeit wird so lange bleiben, solange sich die Regierung nicht lediglich auf die Informationen der Unternehmer und der Polizei, (Sehr richtig! h. d. Soz.) Aber zum deutschen Verstand gehört doch schließlich auch der Bergarbeiter. Auch ihn muß man hören. Es ist in letzter Zeit Mode geworden, zu sagen, man müsse die Seele der Arbeiter gewinnen. Wer diese Seele gewinnen will, muß sie zunächst einmal kennen lernen. Man lernt sie aber nicht kennen aus Polizeilisten und einem statistischen Zahlenmaterial, das in einer Amisstube geschäftsmäßig zusammengestellt wird. (Sehr richtig! links.) Eine Regierung, die nur die Tagungen der Unternehmer besucht, die Organisationen der Arbeiter misshandelt, die sich für zu gut hält, mit den Arbeitern in persönliche Fäulung zu treten, kann nur zu

verfehlten und einseitigen Anschauungen über die Bedürfnisse der Arbeiter kommen. Zur Erfüllung der Forderungen der Arbeiter hat die Regierung nichts getan. Sie hat nur Polizei und Militär ins Streitrevier geschickt, um mit Raschenschein, Wronnings und geschwungenen Säbeln zu verhindern, daß Streikende pazieren gehen, und daß Streikbrecher in ihrer empfindlichen Ehre gekränkt werden, oder daß durch ein Scherzwort von „Arbeiterweibern“ der Bestand des Reiches gefährdet wird. (Sehr gut! h. d. Soz.) Es handelt sich bei dem Streik um eine Volksbewegung, um einen Kampf für die heiligsten Güter des Menschen, um einen Kampf der für unser Wirtschaftsleben wichtigsten Arbeiterschaft um Luft und Licht, um Gesundheit und Glück, um Teilnahme an Bildung und Kultur. Dreimal sind die deutschen Bergarbeiter in diesen Kampf eingetreten, und die Preußen, die zwischen den Bewegungen liegen, sind immer kürzer geworden. Werden auch jetzt die Bergarbeiter mit leeren Versprechungen abgspießt, sollte der Belagerungszustand das einzige Ergebnis des jetzigen Kampfes sein, es wird keine sieben Jahre wieder dauern

bis die Bergarbeiterschaft sich zum viertenmal erhebt. Die Schäden, die dadurch unser Wirtschaftsleben geschlagen werden, mögen sich diejenigen auf ihr Konto schreiben, die vom übertriebenen Herrenstandpunkt oder aus sozialer Einsichtlosigkeit die Forderungen der Bergarbeiter beharrlich mißachtet haben. Die Forderungen sind vernünftig und recht bescheiden, aber auch dringlich, und sie werden durchgesetzt werden, mag es biegen oder brechen. (Lebhafte Zustimmung h. d. Soz.) Abg. Werner-Hersfeld (Ant.): Die Decker, die weit hinten stehen und mit ihrer Person in Sicherheit bleiben, sind schuld am Bergarbeiterstreik, der der Industrie schwere Wunden schlägt.

(Sehr richtig! rechts.) Der Regierungspräsident von Münster hätte allerdings höflicher sein und nicht von Arbeiterweibern sprechen sollen. Aber die Sozialdemokraten sind auch nicht höflich, das zeigt das Resümee des „Vorwärts“ über die gestrige Sitzung. Die Arbeitwilligen müssen gegen die sozialdemokratische „Freiheit“ geschützt werden. Selbst Nordamerika hat scharfe Bestimmungen gegen das Streikpostenfischen. Die Reichsgerichtsbekanntmachung, die das Streikpostenfischen als zum Koalitionsrecht gehörig betrachtet, hat geradezu Rechtsunsicherheit geschaffen. Hier muß für Wandel gesorgt werden. Nehner schlägt den Dankausgaben der Rechte an die „Christlichen“ an. Wie sagt unser Dichterkönig Schiller: „Wo rohe Kräfte sinnlos walten, da kann sich kein Gedicht gestalten.“ (Bravo! rechts.) Die Weiterberatung wird auf Sonnabend 11 Uhr vertagt. Schluß 6 1/2 Uhr.

## Abgeordnetenhaus.

37. Sitzung, Freitag, den 15. März, vormittags 11 Uhr.

Am Ministertisch: Unterstaatssekretär Michaelis, Präsident der Genossenschaftskasse Heiligenstadt.

Der zunächst auf der Tagesordnung stehende Etat der Zentralgenossenschaftskasse wird genehmigt, nachdem in der Debatte mehrere Nehner ihre agrarischen Wünsche nach Erleichterung der Kreditgewährung zum Ausdruck gebracht hatten.

### Der Kultusetat.

Abg. Dr. Dittich (B.): Unser christlicher Staat hat neben der Kirche die religiöse Grundlage des Staatslebens zu pflegen, er muß also vor allem der Kirche volle Freiheit lassen. Die Erziehung muß auf der alibewährten Grundlage der christlichen Lehre vor sich gehen. Der Nehner beklagt den unmäßigen Zubrang zu den höheren Schulen und Hochschulen; nur wer Talent hat, sollte studieren. Die Verwaltungsbehörden kommen nicht immer dem Wunsch von 1906, wodurch der konfessionelle Charakter der Volksschule festgelegt wurde, genügend nach. Das Verhältnis zwischen Staat und Kirche fand bisher seinen prägnantesten Ausdruck in der geistlichen Schulaufsicht, die aber immer mehr abgeschwächt wird. (Beifall im Zentrum.)

Abg. Dr. v. Campe (natl.): Der katholischen Kirche und ihren berechtigten Ansprüchen geschieht in Preußen völlig Genüge. (Lebhafte Zustimmung links, Ohl im Zentrum.) Aber die Klagen der katholischen Kirche sind so alt wie sie selbst. Papst Leo XIII. hat im Gespräch mit dem General Vos ausdrücklich zugegeben, daß es der katholischen Kirche gerade im protestantischen Preußen gut gehe. (Sehr wahr!) Die Schule ist nach der Verfassung eine staatliche Veranstaltung. In den Unterrichtsgegenständen außer der Religion hat die Kirche nichts dreinzureden. 90 Prozent der katholischen Kinder werden in konfessionellen Schulen unterrichtet. Ist das noch nicht genug? Aber das Zentrum scheint einen größeren Vorstoß gegen die Staatschule zu planen. Wird nach dem vom Ministerpräsidenten im vorigen Jahre verkündeten Grundsatz verfahren, daß Geisliche, die den Antimodernismus geleistet haben, nicht Deutsch und Geschichte unterrichten sollen? (Unruhe im Zentrum.) Der Staat und die Gemeinden leisten für die Volksschulen jährlich 450 bis 500 Millionen Mark. Durch die hohen Staatsbeiträge können die Anrechte der Gemeinde veräußert werden. Gleichwohl sind viele Gemeinden durch die Volksschulkosten sehr belastet. Dabei sind die Gemeinden bei der Steuererhebung der letzten Jahre schlecht weggekommen; man denke nur an die Erörterung des Kinderprivilegs. So scheint die Entwicklung auf die Staatschule zu drängen und diese Entwicklung kann ich nur begrüßen. Ich erinnere deshalb an den Vorschlag des Freiherrn v. Zedlitz und des Oberbürgermeisters Strudmann, die Schule auf den Kreis zu verlegen. (Beifall links.)

Abg. Freiherr v. Zedlitz (fl.): Der Besuch der Universität geht weit über das Bedürfnis hinaus. So entsteht ein wissenschaftliches Proletariat, das dem Staate gefährlich ist. Aus diesen Geschickerten und den gebildeten Existenzen entnimmt die Sozialdemokratie ihre besten Kräfte. Die Ueberfüllung der Universitäten kommt zum Teil von dem Uebermaß an humanistischen Gymnasien. Wir brauchen eine mehr realistisch-praktische Vorbildung. Im Kultusministerium scheint ein frischerer Zug zu herrschen. Die Ausgestaltung des Lehrerbildungswesens begrüße ich. Die Schulverwaltung greift vielfach in die Rechte der Gemeinden ein, das muß reformiert werden. Dazu gehört aber auch eine Reform der Schulaufsicht. Eine geistliche Schulaufsicht kennt der preussische Staat nicht, sondern nur die Velleidung eines Geislichen, weil er dazu geeignet ist, mit der staatlichen Schulinspektion. (Lebhafte Zustimmung bei den Freikonservativen und bei den Liberalen.) Der Zustand, daß Kinder in Nachbargemeinden zur Schule gehen müssen, ist dringend verbesserungsbedürftig. Der Redner bespricht dann Gehaltsfragen der Lehrer und der Rektorat. Unsere Schule soll die Kinder zu guten Christen, guten Bürgern, guten Patrioten erziehen. (Lebhafte Bravo! bei den Freikonservativen.)

Abg. Koppich (Op.): Wir beantragen die Aufhebung der geistlichen Schulaufsicht, die Einführung der sachmännlichen Kreisinspektion, die Zulassung der Lehrer zum Universitätsstudium und die Befreiung der heutigen Vorschule. Wir befürworten auch den nationalliberalen Antrag auf Festlegung der geistlichen achtjährigen Schulpflicht. Andere Bundesstaaten haben das alles schon. Das Schulwesen leidet unter der Verquickung der geistlichen mit den Schulangelegenheiten. (Beifall links.) In 40 000 Schulen sind heute in 120 000 Klassen 6 1/2 Millionen Schüler untergebracht; dazu die höheren und Hochschulen — reichlich Arbeit für ein eigenes Ministerium. Die Kirche darf nicht über die Schule herrschen. Wenn die Schule wirklich die Tochter der Kirche wäre — so ist diese Tochter längst selbständig geworden und läßt sich nicht mehr kommandieren. (Sehr gut! links.) Die heutige Volksschulaufsicht ist längst nicht mehr zeitgemäß, auch immer mehr katholische Lehrer wenden sich gegen die geistliche Schulaufsicht. Der Schulplanchantag Gottschalk (natl.) ist fünfmal hier beraten und fünfmal in die Kommission verwiesen worden — aber immer noch kein Schritt vorwärts, weil in die Frage der Schulverhältnisse die der Disziplinfinden hineinspielt. (Hört! hört! und Bravo links.) Wann bekommen wir endlich das Unterrichtsministerium, das in allen Parteien Freunde hat. Trotz der an die Wangen des Herrn Vos erinnernenden, stürmisch applaudierten Beschimpfungen der Liberalen Lehrer auf der Generalversammlung des Bundes der Landwirte ist nicht daran zu denken, daß, wie dort behauptet wurde, 30 Proz. der Lehrer konservativ sind. (Bravo! links.) Es sind aber auch nicht 10 Proz. Sozialdemokraten. (Abg. Hoffmann (Soz.): Viel mehr! Weiterheit.) Nein, die Lehrer stehen treu zu Kaiser und Reich und wollen keinen Umsturz. Man will sie ja durch jene Statistik nur denutzieren! (Sehr wahr! links.) Warum nimmt der Minister die Lehrer nicht in Schutz? Statt dessen hat man Lehrer in Kalau-Ludau, die in der Stichwahl nicht gewählt haben, vernommen und gemahnt! (Hört! hört! links.) sogar einen 30-jährigen Lehrer, der zu Unrecht in die Wählerliste eingetragen war. (Sehr gut! links.) Hat man auch Beamte gemahnt, die sich bei Stichwahlen zwischen Linksparteien enthalten haben? Jetzt nach den Wahlen geht man nicht nur gegen die Lehrer vor, sondern auch gegen Mitglieder der Schulvorstände, weil sie an Stichwahlparolen für die Sozialdemokraten beteiligt waren. Für die Stichwahlen sind doch taktische Erwägungen maßgebend. Ein Preismüßiger wird doch nicht zum Sozialdemokraten, wenn er in der Stichwahl sozialdemokratisch wählt. Auch konservative und Zentrum haben direkt oder indirekt Sozialdemokraten unterstützt, aber von Wahrgewinnungen konservativer oder ultramontaner Schulvorstände hat man nichts

gehört. Redner verlangt weiter, daß die Rehergerichte in der evangelischen Kirche à la Jatho und Traub aufgehoben werden. Im Staate Friedrichs des Großen wirken solche Rehergerichte sehr unangenehm. (Sehr richtig! links.) Man wird einwenden, der Kultusminister habe auf diese Dinge keinen Einfluß. (Sehr richtig! rechts.) Wenn das richtig ist, dann ist aber der Beweis erbracht, daß die Trennung von geistlichen und Unterrichtsangelegenheiten absolut notwendig ist. (Lebhafte Zustimmung links.)

Hierauf vertagt sich das Haus. Nächste Sitzung Sonnabend 11 Uhr. (Kleinere Vorlagen und Anträge; dann Fortsetzung der heutigen Beratung.) Schluß 4 1/2 Uhr.

## Parlamentarisches.

### Aus der Budgetkommission des Reichstags.

Bei der Weiterberatung des Etats der Reichseisenbahnen trat Abg. Fuchs für die allgemeine Durchführung der neunstündigen Arbeitszeit in den Betriebswerkstätten ein; ferner auch dafür, daß keinem bei den Reichseisenbahnen beschäftigten Arbeiter ein täglicher Lohn unter 3,50 M. bezahlt werden soll. Die Abgg. Emmel und Weill schlossen sich diesen Ausführungen an und forderten, unter Darlegung der einschlägigen Verhältnisse speziell eine Erhöhung der niedrigsten Löhne. Abg. Fuchs wies noch darauf hin, daß manche Arbeiter jährlich Ueberstunden bis zur Gesamtdauer von 65 Arbeitstagen machen müßten. Minister Breitenbach verhielt sich jedoch allen diesen Wünschen gegenüber recht zurückhaltend und entschuldigte die Ueberstunden mit dem famosen Hinweis, daß sie ja bezahlt werden, wohlgemerkt, aber ohne Aufschlag. Die sozialdemokratische Forderung, die Altersgrenze für die Bahnen zu den Arbeiterauschüssen von 30 bezw. 25 Jahren auf das 20. Lebensjahr herabzusetzen, bekämpfte der Minister durch die Bemerkung, daß die „körperlich und geistig noch nicht ausgewachsenen Heißsporne“ noch nicht in die Ausschüsse hineingehören. Die Abgeordneten Weill, Fuchs und Emmel führten auch lebhafte Klagen über die mangelhafte Beschaffenheit der Wagen vierter Klasse in den Reichsständen.

Die Kommission nahm eine Resolution an, die für die Unterbeganten und das sonstige Personal der Reichseisenbahnen dieselben Verbesserungen fordert, wie sie beim Postetat für die Postbeamten von der Kommission gewünscht und angeregt worden sind. Nach einer längeren Debatte über die Uebertragbarkeit der einzelnen Fonds, wobei ein einschränkender Beschluß gefaßt wurde, forderte Abg. Emmel darüber Auskunft, ob eine zweite Hauptbahn von Strahburg nach Basel bald in Angriff genommen werde, und welche Stellung die Verwaltung zu dem Verlangen, den reichsständischen Landtagsabgeordneten freifahrt zu gewähren, einnehme. Minister Breitenbach glaubt nicht an die baldige Erbauung einer zweiten Hauptbahn. Die Frage der Freifahrten müßte von anderen Ressorts entschieden werden. Damit ist der Etat der Reichseisenbahnen erledigt.

### Die Geschäftsordnungskommission des Reichstags

verhandelte am Freitag über den Antrag Gröber betreffend die Einschränkung der Interpellationen. Abg. Gröber führte zur Begründung des Antrages Beispiele aus Oesterreich, Frankreich usw. an, wie dort durch Mißbrauch des Interpellationsrechts Obstruktion getrieben worden sei. Es müsse eine Störung der ordnungsmäßigen Fortführung der Geschäfte des Reichstags vorgebeugt werden. Abg. Geher entkräftete diese Begründung mit dem Hinweis, daß im Deutschen Reichstags noch nie eine Obstruktion unter Mißbrauch des Interpellationsrechtes vorgekommen sei, vielmehr sei im Senatorenkonvent mehrfach gegen die Verkümmern des Interpellationsrechtes remontriert worden. Auch die Abgg. Ledebour und Franl wandten sich gegen den Antrag Gröber, während Abg. Kretsch für ihn eintrat. Abg. v. Bayer (Op.) hatte nur gegen die Fassung des Antrages Bedenken, stimmte ihm aber im Prinzip zu, während der Abg. Moland (natl.) treffende Ausführungen gegen ihn machte. Die Ueberkeit werde einen solchen Akt stets als Vergewaltigung betrachten.

Bei der Abstimmung stimmte der Fortschrittler v. Bayer nach unwesentlichen Abänderungen für den Antrag Gröber, dem wir gestern mitgeteilt haben, der also durch die Stimme Bayer's mit 11 gegen 10 Stimmen angenommen wurde.

Da der Reichskanzler zu den Beschlüssen der ersten Sitzung Stellung nehmen will, so wird es dem Vorsitzenden überlassen, für welchen Tag er die erste Sitzung zur zweiten Sitzung einberufen will.

### Aus den Kommissionen des preussischen Dreiklassenhauses.

Die Geschäftsordnungskommission des preussischen Abgeordnetenhauses hat bei Beratung des Antrages Brandenstein zunächst festgesetzt, daß jede Fraktion zu ihrer Anerkennung ihr Programm und ihre Vorstandliste einreicht (das Zentrum hat doch gar kein Programm und die Nationalliberalen haben für jeden Ball eins). Als Mindeststärke einer Fraktion wurde 15 bestimmt.

Die Budgetkommission erledigte den Kulturretat. Sozialdemokraten gehören ihr ja nicht an, also wurde fast nur über die Schulen gesprochen, die fast nur von den Kindern der Besitzenden besucht werden können.

Die Agrarkommission beschloß, dem Hause die Annahme eines nationalliberalen Antrages zu empfehlen, daß im nächsten Jahre 100 000 M. mehr zur Förderung des inländischen Obst- und Gemüsebaues aufgewendet werden sollen.

## Gewerkschaftliches.

### Berlin und Umgegend.

Die Klemperer in den Gasmessersfabriken hatten durch ihre Vertreter Unterhandlungen mit den Fabrikanten angebahnt, weil die Vereinbarung vom 22. Mai 1911 in verschiedenen Punkten nicht eingehalten wurde. (In der Nummer des „Vorwärts“ vom 7. Februar ist darüber berichtet worden.) Am Donnerstagabend kamen die Klemperer in Köpenick Lokal, Koppensstraße, wieder zusammen, um die Antwort der Unternehmer auf die eingereichte Beschwerde zu hören. Dietrich vom Deutschen Metallarbeiterverband referierte und legte den Schriftwechsel in der Angelegenheit den Versammelten vor. Er bedauerte, daß es nicht möglich war, zu mündlichen Verhandlungen zu kommen. Die Unternehmer zogen es vor, unter sich die Fragen zu beraten, und das Resultat den Arbeitervertretern mitzutellen. In der Beschwerde der Arbeiter wurde zuerst über die Firma Bessin geklagt, daß dort niedrigere Stundenlöhne als die vereinbarten gezahlt würden. Klemperer, die 13 Wochen lang mindestens 70 Pf. pro Stunde im Akkord verdient haben, sollten 70 Pf. verdienen, wenn sie auf Lohn beschäftigt werden; dagegen erhalten sie nur 65 Pf. Auf die Vereinbarung über die Revision der alten Preise wird dann nachdrücklich aufmerksam gemacht und eine Reihe von Artikeln angeführt, die einer Preiserhöhung bedürfen. Ferner wird gefordert, daß der Satz der Vereinbarung, nach dem bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen, wo dieselben bestehen, unverändert bleiben sollen, nicht eingehalten wird. — Ueber die Firmen Jahn und Elster wird Beschwerde erhoben, daß sie Klemperer zu 60 Pf. anstatt zu 65 Pf. Stundenlohn einstellen. Von der Firma Kiesecke werden für verschiedene Artikel höhere Preise gefordert sowie die Lieferung des Materials zum Arbeitsplatz.

Die Antwort auf diese Beschwerde war infoweit günstig, als versichert wurde, daß es sich bei den geringeren Stundenlöhnen bei Bessin um Irrtümer handelte und daß eventuell Nachzahlung erfolgen soll. Auch bei Jahn und Elster seien Irrtümer vorgekommen und würde man sich von jetzt ab streng nach der Vereinbarung richten. In bezug auf die Revision der alten Preise sollen noch Erwägungen angestellt und Erfindungen eingezogen werden; einzelne Preiserhöhungen wurden zugesagt. — Die Versammelten

diskutierten über die erhaltene Antwort und waren sich einig darüber, daß ein fester Zusammenhalt unter den Arbeitern notwendig ist, wenn die Vereinbarung stets eingehalten und eine Afordregulierung in dem gewünschten Sinne erfolgen soll. Der feste Zusammenhalt, wie ihn allein die Organisation bietet, läßt aber noch manches zu wünschen übrig. Ueber die Verhältnisse bei der Firma P i n t s c h, die nicht zu der Vereinigung der Unternehmer gehört, wurde besonders diskutiert. Die Firma hat sich mit der Vereinbarung, auch den anderen Unternehmern gegenüber, einverstanden erklärt, zahlte aber nicht die vereinbarten Löhne und läßt den größten Teil der Gasometer in Fürstentum herstellen, wo ganz schlechte Löhne bezahlt werden. Eine Lohnliste wurde den Versammelten vorgelegt. Danach erhielten in Fürstentum 2 Klemperer 29 bis 30 Pf., Stundelohn 5 Klemperer 31 bis 32 Pf., 34 Klemperer 33 bis 38 Pf., 40 Klemperer 39 bis 42 Pf., 10 Klemperer 43 bis 50 Pf., 7 Klemperer 51 bis 60 Pf. Im Afford wird von 50 bis 65 Pf. per Stunde verdient. Nun soll aber Fürstentum zum Lohngebiet Berlin gehören, wie auf eine Beschwerde der Vertreter der Klemperer bei der Direktion der städtischen Gaswerke geantwortet worden ist, als die Arbeiter sich beklagten, daß die Arbeit nach auswärts geschafft werde. Die Klemperer werden diese Angelegenheit noch weiter verfolgen.

### Der Lohnkampf der Herrenmaßschneider

verläuft fortwährend zugunsten der Arbeiterschaft. Die Zahl der Berliner Geschäfte, die den neuen Tarifvertrag unterschrieben anerkannt haben, ist nun auf 272 gestiegen. Die Führer der Arbeitgeber merken denn auch, jedenfalls in Berlin und offenbar auch im Reich, daß ihnen der Boden unter den Füßen entzogen wird, und daß ihre Organisation den Kampf nicht mehr zu führen vermag. Sie hatte zu gestern Abend eine gemeinsame Versammlung der organisierten und unorganisierten Arbeitgeber einberufen und sogar die Firmen dazu eingeladen, die beivilligt haben. Das ist offenbar auch ein Zeichen dafür, daß man auf Seiten des Arbeitgeberverbandes erkannt hat, daß der Kampf nicht weiter geführt werden kann.

Die „Generalausperrung“, die ja für Berlin ganz und gar nichts zu bedeuten hatte, ist auch im Reich wirkungslos geblieben. In einer Reihe von großen Städten ist von der Ausperrung nichts zu spüren, und die Damengeschäfte haben sich noch viel mehr als die der Herrenmaßbranche geschützt, dem Ausperrungsbefehl ihres Verbandes Folge zu leisten. In einzelnen Orten, wo die Ausperrung vorgenommen ist, hat man den Arbeitern gleich von vornherein gesagt, die Sache würde höchstens acht Tage dauern.

Der Streik in der Kartonindustrie dauert unverändert fort. In einer am Freitagvormittag abgehaltenen Versammlung der Streikenden gab W ü r z b e r g e r den Situationsbericht. Es haben im Laufe der letzten Tage verschiedene unverbindliche Aussprachen stattgefunden, die das Resultat zeitigten, daß vier Fünftel der im Schlichterband organisierten Unternehmer dem Antrag auf Anrufen des Einigungsamtes zustimmten. Der Versuch des Magistratsrates v. S c h u l z, ohne Schlichterband zu einer Verständigung zu kommen, ist an dem Widerstande der Unternehmer gegen weitere Zugeständnisse gescheitert, so daß nunmehr das Einigungsamt zur Entscheidung in Tätigkeit tritt. — Große Heiterkeit löste die Mitteilung aus, daß bei einzelnen Unternehmern das Bestreben vorherrscht, die Ausständigen einfach auszuhungern zu lassen. Ob die Herren aus ihrer eigenen materiellen Abhängigkeit Schlüsse ziehen auf die Mittellosigkeit der Arbeiterorganisation, des Buchbinderverbandes?

Im Gegensatz zu diesen einzelnen hat sich eine ganze Reihe Fabrikanten zur Unterzeichnung bereit erklärt; sie sind aber von einzelnen „Mächtigen“ bisher daran gehindert worden. Allgemein wird auch von den Unternehmern das tapfere Aushalten der seit mehr denn zwanzig Jahren zum ersten Male im Kampfe stehenden Arbeiterinnen anerkannt. Daß die Unternehmer zu den verweglichsten Mitteln greifen, wenn sie durch den Eingang der Gewerkschaft in ihren Buden ihren Profit bedroht glauben, wird an verschiedenen Beispielen bekannt gegeben. So hat der Kartonsfabrikant Bernhardt J a n n, Köpenicker Straße 82, die Verbandsfunktionäre verhaften lassen wollen, die zur Abhaltung einer Werkstubeinsitzung erschienen waren. Andererseits werden auch selbst die größten Kosten nicht gescheut, um durch wenige Arbeitswillige den Betrieb einigermaßen aufrechtzuerhalten. Die Firma G r u n o w, Grünbergweg 104, stellt täglich ein halbes Duzend Autos zum Transport nach und von dem Betriebe zur Verfügung.

Die Versammlung spendete den Diskussionsrednern, die dem Willen der Ausständigen auf weiteres Ausdauern im Kampfe Ausdruck gaben, lebhaften Beifall und belaudete diesen ihren unverbrüchlichen Willen durch Annahme folgender Resolution:

Die am Freitagvormittag im Gewerkschaftshause versammelten Streikenden der Kartonindustrie nehmen Kenntnis von dem Stande des Streiks und versichern, nicht nur den von der Streikleitung ausgegebenen Richtlinien und Direktiven folgen zu wollen, sondern auch nach wie vor fest im Kampfe zusammenzustehen, bis eine den Forderungen gerechte Verständigung erzielt ist.

### Der arbeiterfreundliche Brauereidirektor.

Anfang Dezember des Jahres 1911 erwarb die Malzbierbrauerei „Vergbrauerei“ die im Konturze befindliche Brauerei E n d e r s in Weihenstephan, um dieselbe unter der Firma Vergbrauerei fortzuführen und neben dem Malzbier auch Lagerbier zu produzieren. Alle im ehemaligen Betrieb Enders beschäftigten Leute wurden übernommen und man glaubte, daß im Punkte Sicherung des Arbeitsverhältnisses für die Arbeiter alles in Ordnung sei, zumal der Herr Direktor K a h e r bei jedem dritten Wort, bei jeder Unterhandlung vor Arbeiterfreundlichkeit überfließt.

Infolge von Witterungs- und anderen Einflüssen erkrankten vor etwa drei Wochen drei der ältesten Flaschenkellerarbeiter. Flugs wurde allen Dreien per Einschreibebrief in bürren Worten mitgeteilt, daß für sie keine Arbeit mehr vorhanden wäre, sie also entlassen seien. — Diese Einschreibebriefe werden recht beruhigend und heilsam auf die Erkrankten gewirkt haben. Eine Verhandlung von Vertretern des Brauerei- und Mühlenarbeiter-Verbandes mit dem arbeiterfreundlichen Direktor hatte keinen Erfolg. Die Vertrauensleute beschloßen daher, der Verwaltung aufzugeben, geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um solche oder ähnliche Vorkommnisse zu verhindern.

### Die Lohnbewegung der Fleischergefallen in Neukölln.

In einer am Donnerstag abgehaltenen, sehr stark besuchten Versammlung der Neuköllner Fleischergefallen machte V e r g m a n n über die Lohnbewegung unter anderem folgende Angaben: Obgleich bald nach der Einreichung der Forderungen eine von der Innung veranstaltete Meisterversammlung beschloßen hat, die Forderungen abzulehnen, und obgleich sich die Meister verpflichtet haben, eine Vertragsstrafe von 1000 M. an die Innung zu zahlen, falls sie die Forderungen anerkennen, haben doch schon 25 Fleischermeister die Forderungen unterschrieben. Das ist für den Anfang immerhin ein befriedigendes Resultat, namentlich wenn man berücksichtigt, daß die Innungsführer mit allen Mitteln auf die Neuköllner Fleischermeister einwirkten, um sie zum Widerstande gegen die Forderungen, besonders gegen die Anerkennung des kostenlosen Verbands-Arbeitsnachweises scharf zu machen. Wenn sich die Meister der Hoffnung hingeben, die Lohnbewegung sei bereits erledigt und sie hätten nichts mehr zu fürchten, so irren sie sich. Der Verband ist auf eine längere Dauer des Kampfes gefaßt. Im Kleinkrieg wird er die Meister zwingen, seine Forderungen anzuerkennen. Höheres über die Taktik des Kampfes kann natürlich nicht mitgeteilt werden, um nicht den Gegnern Informationen zu geben. Von den Beschläffen der Innung wird es zum großen Teil abhängen, welche Taktik einzuschlagen ist. Darauf müssen die Meister rechnen, daß der Verband alles daransehen wird, um die Lohnbewegung zu einem siegreichen Abschluß zu bringen. — Wie immer, wenn Klassenbewußte Arbeiter um die Verbesserung ihrer Lage kämpfen, so haben auch in diesem Falle die Gelben beschloßen, Streikbrecherdienste zu leisten. Es heißt, die Meister hätten die Absicht, mit dem gelben

Verbanden einen Tarifvertrag abzuschließen, um dadurch die Bewegung des Verbandes zu hinterzählen. Wenn auch die Gelben zu diesem Verräterstück den besten Willen haben, so sind sie wegen ihrer unbedeutenden Zahl doch nicht in der Lage, die Lohnbewegung ernstlich zu schädigen. Die Neuköllner Fleischergefallen sind fest entschlossen, sich bessere Löhne und eine geregelte Arbeitszeit von 12 Stunden täglich zu erringen. Sie bleiben, wenn diese Forderungen erfüllt sind, immer noch weit zurück hinter den Lohn- und Arbeitsverhältnissen, die in anderen Berufen längst üblich sind. Das Bestreben, diese berechtigten Forderungen durchzusetzen, ist von der Sympathie der Bevölkerung getragen und muß deshalb Erfolg haben.

### Deutsches Reich.

#### Die Tarifbewegung der Holzarbeiter.

Die Vorberatungen der beiderseitigen Organisationen über die demnächst aufzunehmenden Tarifverhandlungen im rheinisch-westfälischen Industriegebiet sind jetzt soweit abgeschlossen, daß am 18. März in Essen unter dem Vorsitz des Herrn Beigeordneten K a t h die erste Sitzung der Organisationsvertreter stattfindet. In dieser Sitzung soll verhandlungsgemäß zunächst nur verhandelt werden über die allgemeinen Fragen des Vertragsverhältnisses, wie Vertragsmuster, Dauer der Verträge und sonstige allgemeine Vertragsbestimmungen. Wenn diese Verhandlungen zu einem Ergebnis geführt haben, soll nach Rücksprache der Parteien über den materiellen Teil der Lohn- und Arbeitsverhältnisse für die neuen Verträge ebenfalls in Essen gemeinsam verhandelt werden, jedoch nehmen an diesen Verhandlungen die Vertreter der Ortsparteien teil. Diese werden in der entsprechenden Zahl nach Essen berufen, um ihrerseits bei dem Zustandekommen der Verträge, sowie der Vertretung ihrer Forderungen und Wünschen mitwirken zu können.

Ein Lohnkampf von besonderer Bedeutung tobt gegenwärtig im Tischlergewerbe zu Wiesbaden. Die Unternehmer dieses Ortes gehören mit zu der Kategorie, die im Jahre 1908 an den gemeinsamen Tarifverhandlungen der beiderseitigen Zentralverbände unter dem Vorsitz des Freiherrn v. Verlezsch teilnahmen, und dann, als ihnen der gefällte Schiedsspruch nicht in den Kram paßte, diesem gegenüber sich einfach ablehnend verhielten ohne Rücksicht darauf, daß beide Parteien durch vorherige Vereinbarungen sich auf die Schiedssprüche verpflichtet hatten, also nicht nur moralisch, sondern auch rechtlich an diese gebunden waren. Sie befanden sich mit dieser Haltung damals allerdings in Uebereinstimmung mit ihren Kollegen aus Darmstadt, Essen, Frankfurt a. M., Ludenwalde, Magdeburg und Joppot. Die Unternehmerorganisation war nicht imstande, ihre eingegangene Verpflichtung auf Durchführung der Schiedssprüche einzulösen. Es kam zu wochen- und monatelangen Kämpfen an den einzelnen Orten, wobei die Unternehmer für ihre unverantwortliche Disziplinlosigkeit gehörig zurechtgesetzt wurden und teilweise höhere Zugeständnisse machen mußten, als die Schiedssprüche vorgesehen hatten. Leider war bislang in Wiesbaden infolge ungünstiger Konjunktur keine Möglichkeit ein gleiches unternehmen zu können, bis sich jetzt vor einigen Wochen die lange gewünschte Gelegenheit hierzu bot.

Der Schiedsspruch des Jahres 1908 sah neben der 54stündigen Arbeitszeit einen Durchschnittslohn von 62 Pf. für Arbeiter über 20 Jahre und 42 Pf. für Arbeiter unter 20 Jahren vor. Ob die Unternehmer diesmal, da es durch ihre Schuld zum Streik gekommen ist, so billig davonkommen werden, dürfte zum mindesten sehr fraglich sein.

In B r i e g und S c h ö n l a n k e geht der Kampf um Durchführung der Schiedssprüche unbehindert weiter. Der Zugzug von Holzarbeitern nach diesen Orten ist fernzuhalten.

#### Erfolgreiche Beendigung des Tischlerstreiks in Wiesbaden.

Wie vorausgesehen war, ließen es die Unternehmer nach erfolgter Arbeitseinstellung nicht zur Austragung der Rechtsfrage kommen, sie versuchten vielmehr unter Anerkennung der berechtigten Forderungen der Arbeiter zu einem baldigen Friedensschluß zu gelangen. Zu diesem Zweck wurden örtliche Verhandlungen in die Wege geleitet, die jedoch ergebnislos verliefen, worauf in beiderseitigem Einverständnis die Zentralverbände der Organisationen zur Vermittlung angerufen wurden. In deren Weilein fanden sodann am 11. und 12. März Verhandlungen statt, die zu einem Frieden auf folgender Grundlage führten:

Die Arbeitszeit wird vom 1. Juli 1912 von 54 auf 53 Stunden pro Woche verfürzt. Der Durchschnittslohn wird erhöht sofort auf 64 Pf. und steigt bis zum 15. Februar 1914 auf 68 Pf. Alle bestehenden Löhne werden bis zum 15. Februar 1914 um 6 Pf. erhöht. Der Lohn der Maschinenarbeiter ist um 3 Pf. höher. Ueberstunden werden mit 15 Pf., Nacht- und Sonntagsarbeit mit 28 Pf. Aufschlag bezahlt. Für Montagearbeiten am Orte werden 5 Pf. pro Stunde, für auswärtige Montagearbeiten 3 M. bis 3,50 M. pro Tag bezahlt.

Die allgemeinen Vertragsbestimmungen über die Vereinbarung von Ueberstunden, Lohnsicherung beim Arbeitswechsel, Lohnhülfen, zivilrechtliche Klagen, Schlichtungskommission usw. sind nach den Vorschlägen der Arbeiter akzeptiert worden. Die Vertragsdauer soll bis zum 15. Februar 1916 gelten. Die Vereinbarungen bedürfen zwar noch der Zustimmung der beiderseitigen Versammlungen, es dürfte aber kein Zweifel sein, daß diese erfolgen wird, wonach alsdann der Streik nach zweiwöchiger Dauer mit vollem Erfolg für die Arbeiter sein Ende erreicht hätte. Der neue Vertrag bedeutet in seinem Gesamthalt einen wesentlichen Fortschritt gegenüber den bisherigen Verhältnissen.

#### Zentraltarif im deutschen Lithographie- und Steindruckgewerbe?

Eine im Berliner Gewerkschaftshause abgehaltene Gausleiterkonferenz des Verbandes der Lithographen, Steindrucker und verwandten Berufe beschäftigte sich eingehend mit der Anregung des Schlichterbandes deutscher Steindruckermeister, auf der Grundlage der nach dem großen Kampf abgeschlossenen losen „Vereinbarungen“ einen festen Tarifvertrag für das gesamte deutsche Lithographie- und Steindruckgewerbe zu schaffen. Zuhilfenahme auf die Beschlässe früherer Verbandsgeneralversammlungen auf Abschluß von Tarifverträgen, hat die Konferenz der Anregung zugestimmt. — In der Aussprache über die gegenwärtige Situation nach der Beilegung des großen Kampfes wurde jedoch durch eine Anzahl von Beispielen festgestellt, daß von vielen Prinzipalen die abgeschlossenen „Vereinbarungen“ durchbrochen oder ganz willkürlich ausgelegt werden. Daher sah sich die Gausleiterkonferenz veranlaßt, ihre Zustimmung zum Abschluß eines festen Tarifvertrages an die Erfüllung von Voraussetzungen zu knüpfen, die solche Uebergriffe der Prinzipale für die Folge ausschalten. Der Standpunkt der Gausleiterkonferenz wurde durch folgenden Beschluß zum Ausdruck gebracht:

Die in Berlin tagende Gausleiterkonferenz des Verbandes der Lithographen, Steindrucker und verwandten Berufe, beschließt nach zeitlicher Aussprache den Hauptvorstand zu beauftragen, auf die Anfrage des Schlichterbandes deutscher Steindruckermeister zwecks Herbeiführung einer Tarifgemeinschaft für das Lithographie- und Steindruckgewerbe näher einzugehen und diebezügliche Verhandlungen anzubahnen.

Voraussetzung hierzu ist, daß  
1. der Schlichterband in der Lage ist, seine Mitglieder zur vollen Einhaltung der abgeschlossenen Vereinbarungen anzuhalten;  
2. der Schlichterband bzw. seine Mitglieder alle organisationsfeindlichen, gegen die Mitgliedschaft im Verband der Litho-

graphen, Steindrucker und verwandten Berufe gerichteten Handlungen unterlassen und  
3. daß eventl. die Allgemeinheit der Unternehmer und Gehilfen die Träger der Tarifgemeinschaft sind.  
Der Hauptvorstand wird beauftragt, wenn der Schlichterband den vorstehenden Punkten nachkommt, diesen um Vorlegung einer entsprechenden Vorlage zu ersuchen, die in einer späteren Gausleiterkonferenz näher besprochen werden muß, bevor entscheidende Schritte unternommen werden.

#### Nach dem Streik auf der Schichtauwerft.

Die Organe des Gewerkschafts der Hirsch-Dunderschen Richtung, der „Regulator“ und der „Gewerksverein“, regen sich darüber auf, daß in den Berichten über den Abbruch des Streiks bei der Firma S c h i c h a u, Danzig und Elbing, die Verteilung enthalten war, daß die Gewerksvereine der weitaus größten Teil der Streikbrecher gestellt haben. Der „Vorwärts“ wird deswegen besonders angegriffen. Es sei nur schlechte Gewerkschaftserziehungsbildung die Ursache des Streikbruchs. Das letztere trifft zu. Man muß aber doch, wenn man das in der Deftlichkeit betont, auch sagen, wo diese schlechte Erziehungsbildung geleistet worden ist. Zugegeben werden vom Metallarbeiterverband von 720 Beteiligten 40 Streikbrecher; andere freie Gewerkschaften 1043 Beteiligte 213 Streikbrecher, Hirsch-Dunder 927 Beteiligte 392 Streikbrecher, Christliche 251 Beteiligte 9 Streikbrecher. — Da bei der Schlichterbestimmung nur Streikende Zutritt hatten, von den Hirsch-Dunderschen aber 200 fehlten — sie hatten mangels Streikarten keinen Zutritt — so erhöht sich die Zahl der Streikbrecher für den Gewerksverein auf mindestens 600. Ob man nicht berichtigt ist, daß die weitaus größte Zahl der Streikbrecher zu nennen, überlassen wir dem Urteil der Leser.

## Bekanntmachung.

Es wird empfohlen zu kochen:

März 17.	Knorr Pilzsuppe
„ 18.	„ Tomatensuppe
„ 19.	Knorr Linsensuppe
„ 20.	„ Hausmachersuppe
„ 21.	Knorr Weibertrousuppe
„ 22.	„ 7 Schwabensuppe (Sterfiguren)

Jeden Tag eine andere Suppe mit

**Knorr Suppenwürfel**

jeden Tag für 10 Pfennig 3 Teller feine Suppe

nur mit **Knorr Suppenwürfel.**

### Greift zu!

Jed. Herrn, der sich eleg. u. bill. kleiden will, empfehle eleg. Monatsgarderobe in feinsten Werkstoff. Berlins garb., von Herrschaften, Doktoren, Kavaliern nur kurze Zeit gebr. (für jed. Fig. pass.)  
Monats-Jacket-Anzüge 8, 10, 14, 18 M.  
Monats-Rock-Anzüge 10, 12, 16, 20 M.  
Monats-Paletots 8, 10, 14, 18 M.  
Monats-Herren-Hosen 2, 50, 5, 00 M.  
Ulster, sehr billig.  
Große Abteilung neuer Garderobe.  
Moldauer, Gr. Frankfurter Str. 98  
(Nähe Strausberger Pl.)  
Bitte genau auf No. 98 zu achten!

### Dr. Simmel

Spezial-Arzt  
für Haut- und Harnleiden.  
dicht am  
Prinzenstr. 41, Moritzplatz  
10-2, 5-7, Sonntags 10-12, 2-4.



Zentralhaus mod. Herrenbekleidung  
I: Neue Friedrichstr. 35  
neben Zentral-Markthalle  
II: Tarnstr. 67  
Lieferant an jedermann elegante  
**Herren-Garderoben**  
nach Maß  
unter Garantie für tadellosten Sitz  
gegen wöchentliche Teilzahlung  
von 1 Mark an.  
Zuliefererei u. Werkstatt im Hause.  
Auf Wunsch Besuch des Neulandes  
mit neuesten Stoffmustern.  
Besond. Abteilung f. fert. Garderobe  
Sonntags geöffnet.

## Möbel

### auf Teilzahlung

Spiegelschränke Anz. 5 M. an  
Bettsstellen Anz. 4 M. an  
Kleiderschränke Anz. 5 M. an  
Vertikos Anz. 8 M. an  
Küchenschränke Anz. 5 M. an  
etc. etc.

Abzahlung 1 M. an  
Zimmer-Einrichtung  
Anzahlung 10 M. an

## Wittkopp

Rosenthaler Str. 33  
vis-à-vis Neue Schönhauserstr.

### Monats-Garderobe!

Die besten Sommer-Paletots und 4-500 getragene Anzüge für Herren, Smoking-Anzüge, Frack-Anzüge, sowie von Kavaliern getragene, fast neue Sachen (a. Seide), für jede Figur passend, in größter Auswahl zu unübertroffenen billigen Preisen.  
1 Tr., deshalb billiger wie im Laden.  
Hirsch Kieferbaum, straße 12/13 I

## Möbel-Angebot.

Solltes Möbelgeschäft liefert bürgerliche Wohnungs-Einrichtungen sowie einzelne Möbel gegen mäßige Anzahlung bei keiner Anzahlung u. geringen monatlichen Teilzahlungen. Anfragen unter Postlagerkarte 35, Wollram 108.

### Kein Abzahlungsgeschäft. 568\*

**Farbige Pappdächer**  
für Sommerhäuser, Lauben etc.  
erzielt man dicht und dauerhaft nur mit  
**Dachpix, rot, grün, weiß (alle Farben)**  
sämtliche Materialien für Bedachung  
Anstrich-Farben für alle Zwecke.  
Moritzpl. 1936 **Dachpix-Gesellschaft** Plan-Ufer 38  
Muster, Auskunft etc. gratis.

Der Krieg.

Steht ein Bombardement von Saloniki bevor?

Wien, 15. März. Wie die Abendblätter melden, wurden auf die Nachricht, daß ein Bombardement von Saloniki durch die italienische Flotte unmittelbar bevorstehe, mehrere Abgeordnete der Alpenländer aus dem Kreise ihrer Wähler aufgefordert, sich über die Wichtigkeit dieser Nachrichten zu informieren, da größere Warentransporte nach Saloniki unterwegs seien. Die Abgeordneten hätten sich an den Ministerpräsidenten um Auskunft über diese Nachricht gewandt. Der Ministerpräsident habe folgende Auskunft erteilt: In den Zeitungen sind allerdings sehr vage Nachrichten über ein beabsichtigtes Bombardement von Saloniki aufgetaucht, das Ministerium des Reiches hat jedoch keinerlei Anhaltspunkte dafür, daß ein solcher Schritt geplant ist. Auch sonst sind keine Anzeichen dafür vorhanden, daß diese sehr vagen Nachrichten richtig sind.

Die Revolution in China.

Ein Bankett zu Ehren der Republik.

Paris, 14. März. Zur Feier der Proklamierung der chinesischen Republik fand heute unter dem Vorsitz des Vertreters Chinas ein Bankett statt, dem auch der frühere Ministerpräsident Monis beizuwohnte. Der Deputierte Painlevé und der Akademiker Anatole France brachten Trinksprüche auf die chinesische Republik aus.

Abschluß einer Anleihe.

Berlin, 15. März. Eine Gruppe von englischen, französischen und belgischen Bankiers hat gestern einen Vertrag mit dem Reich unterzeichnet über eine fünfprozentige Anleihe von einer Million Pfund Sterling auf ein Jahr zum Kurse von 97. Die Anleihe wird sichergestellt durch die Erträge der Kalganbahn und muß noch der Nationalversammlung in Ranking zur Genehmigung vorgelegt und von den europäischen Leitern der in Betracht kommenden Banken gut geheißt werden. Die Genehmigung erscheint gesichert.

Generalversammlung

des Verbandes sozialdemokratischer Wahlvereine Berlins und Umgegend

am Sonntag, den 17. März 1912, mittags 12 Uhr, in den „Concordia-Festhallen“, Andreasstraße 64.

Tagesordnung:

- 1. Vortrag des Genossen Dr. Hugo Heinemann über „Neue Fesseln für das Proletariat durch die Strafgesetzgebung“.
2. Vorstands-, Stoffen- und Revisionsberichte.
3. Erledigung der von den Kreisen gestellten Anträge.

Anträge der Kreise:

Vorschläge für den Schreibapparat.

Zu Stelle des verstorbenen Genossen Leopold Piepmann sind vorgeschlagen: 1. Kreis: Genosse Hugo Wolderski, 5. Kreis: Genosse Sunfleisch, 6. Kreis: Genosse Theodor Fischer, Teltow-Beeskow: Genosse Alfred Scholz-Neußlin.

Partei-Verhältnis zwischen Groß-Berlin und der Provinz Brandenburg.

Rieder-Barnim und 6. Kreis: 1. Die Verbandsgeneralversammlung möge beschließen, das jetzige Partei-Verhältnis zwischen Groß-Berlin und der Provinz Brandenburg aufzuheben. Die Durchführung dieses Beschlusses wird den beiderseitigen Parteifunktionären übertragen unter Ausübung des Parteivorstandes.

2. Kreis: 2. Die Beschließung über den Antrag Rieder-Barnim auf Auflösung des Partei-Verhältnisses der Provinz Brandenburg und Berlin bis zur nächsten Generalversammlung von Groß-Berlin zu vertagen.

4. Kreis: 3. Im Hinblick auf den im „Mitteilungsblatt“ vom 14. Februar 1912 veröffentlichten Antrag Rieder-Barnim an die Generalversammlung von Groß-Berlin, wonach dieselbe aufgefordert wird, zu beschließen, eine Lösung des bis jetzt bestehenden Verhältnisses zwischen Groß-Berlin und dem Bezirksverband Brandenburg herbeizuführen, ersucht die Generalversammlung des vierten Kreises die betreffenden Parteifunktionäre, nur dann eine Veränderung des jetzigen Verhältnisses anzubahnen, wenn greifbare und bessere Erfolge für die Agitation als bisher zu erwarten sind. Die Generalversammlung ist aber auch ferner der Meinung, daß es Pflicht jedes Parteigenossen ist, soviel in seinen Kräften steht agitatorisch zu wirken, zum Beispiel in Bekanntheitkreisen durch Agitation von Mund zu Mund, durch Beteiligung an der Verbreitung von Flugblättern, wie überhaupt durch jede die Partei fördernde Tätigkeit.

Stichwahlabkommen.

Rieder-Barnim: Die Parteigenossen Groß-Berlins bedauern das Stichwahlabkommen des Parteivorstandes mit der fortschrittlichen Volkspartei insofern, als dadurch unsere Genossen in 16 Kreisen, wo wir mit dem Kreis in Stichwahl standen, verdrängt wurden, die Wahl des fortschrittlichen Kandidaten durch Dämpfung des Wahlkampfes zu sichern.

Lieferung des „Vorwärts“ an Arbeitslose resp. Streikende oder Ausgesperrte.

2. Kreis: 1. Parteigenossen, welche zwei Jahre politisch und gewerkschaftlich organisiert sind, wird nach einmonatiger Arbeitslosigkeit oder Krankheit auf Antrag der „Vorwärts“ gratis geliefert. Der Antragsteller muß aber mindestens zwei Jahre Mitglied des „Vorwärts“ sein und muß sich zweimal im Monat bei seinem Expeditur legitimieren.

4. Kreis: 2. Denjenigen Genossen, die zwei Monate im Streik stehen oder ausgesperrt sind, den „Vorwärts“ gratis zu liefern.

5. Kreis: 3. Der Beschluß betreffend Gratislieferung des „Vorwärts“ an arbeitslose Abonnenten ist dahin abzuändern, daß diese den „Vorwärts“ auf ihren Antrag frei erhalten, wenn sie hier Boden arbeitslos, zwei Jahre politisch und gewerkschaftlich organisiert und zwei Jahre Mitglied des „Vorwärts“ sind.

6. Kreis: 4. Die Generalversammlung möge beschließen: Streikenden und ausgesperrten Genossen ist der „Vorwärts“ unter denselben Bedingungen zu liefern, wie arbeitslosen und frankten Genossen.

Teltow-Beeskow: 5. Denjenigen Parteigenossen, welche mehr als zwei Jahre politisch und gewerkschaftlich organisiert sind, ist bei Erkrankung oder Arbeitslosigkeit, wenn diese länger als vier Wochen dauert, während dieser Zeit der „Vorwärts“ gratis zu liefern.

Rieder-Barnim: 6. Der Beschluß betreffend Gratislieferung des „Vorwärts“ an arbeitslose Abonnenten ist dahin abzuändern, daß diese den „Vorwärts“ auf ihren Antrag frei erhalten, wenn sie vier Wochen arbeitslos, zwei Jahre politisch und gewerkschaftlich organisiert und zwei Jahre Mitglied des „Vorwärts“ sind.

7. Die Verbandsgeneralversammlung wolle beschließen, dem Antrag betreffend Gratislieferung des „Vorwärts“ den Nachsch

hinzuzufügen: „Streikende und Ausgesperrte sind den Arbeitslosen gleich zu achten.“

Parteiens.

5. Kreis: 1. In Anbetracht der Erklarung der Parteiorganisationen Groß-Berlins den Vertrieb der Parteiens einzustellen.

Teltow-Beeskow: 2. Die Verbandsgeneralversammlung möge beschließen, die Fonds abzuschaffen.

Jugendbewegung.

4. Kreis: In Anbetracht dessen, daß die preussische Schulverwaltung zur Bekämpfung der Arbeiter-Jugendbewegung eine Broschüre ausgearbeitet hat und in dieser die Mahnung an die schulentlassene Jugend richtet, keiner „sozialdemokratischen Jugendorganisation“ beizutreten, sondern einer auf dem Boden „vaterländischer Gesinnung“ stehenden Jugendvereinigung beizutreten; des ferneren, daß diese Broschüre zum erstenmal im April d. J. gratis an die Schüler verteilt wird, soll der Zentralvorstand von Groß-Berlin geeignete Schritte unternehmen, um dieser Broschüre in Form eines Flugblattes oder eventuell ebenfalls einer Broschüre entgegenzutreten.

Genossenschaftswesen.

2. Kreis: Im „Vorwärts“ eine ständige Rubrik für das Genossenschaftswesen einzurichten, ebenso wie sie der Frauen- und Gewerkschaftsbewegung eingeräumt worden ist. Zum Reiter des genossenschaftlichen Teiles wolle man eine geeignete Persönlichkeit, die in der Genossenschaftsbewegung erfahren ist, bestellen.

Mitteilungsblatt.

Teltow-Beeskow: Diejenigen Mitteilungen im „Mitteilungsblatt“, welche der „Vorwärts“ bereits veröffentlicht hat, sollen künftig im „Mitteilungsblatt“ nicht mehr veröffentlicht werden. Der hierdurch freigewordene Raum ist für leicht verständliche Artikel zu benutzen, die auf den Jahlabenden vorgelesen und zur Diskussion gestellt werden können.

Jahresbericht.

Teltow-Beeskow: Den gedruckten Jahresberichten des Verbandes der Wahlvereine Groß-Berlins sind die wichtigsten Beschlüsse der Organisation anzufügen.

Delegierte zur Verbandsgeneralversammlung.

Teltow-Beeskow: Die Verbandsgeneralversammlung Groß-Berlins möge beschließen, die Zahl der Delegierten zu dieser so zu reduzieren, daß auf 250 Mitglieder ein Delegierter entfällt. Den kleineren Wahlkreisen ist eine Mindestdelegation von 10 Delegierten zu gewähren.

Gehaltsrückstellungen der Angestellten.

2. Kreis: 1. Gehaltsrückstellungen der Angestellten der Berliner Parteiorganisation bedürfen ebenso wie einmalige Extrazugwendungen an dieselben der Zustimmung der Verbandsgeneralversammlung.

2. Dem Zentralvorstand von Groß-Berlin soll die Kompetenz abgesprochen werden, den Verbandssekretären Teuerungszulagen zu verweigern ohne vorherige Zustimmung der Parteigenossen.

Rieder-Barnim: 3. In Zukunft sollen bei Teuerungszulagen an die Parteiangestellten erst die Parteigenossen gefragt werden.

Gewerkschaften und Partei.

Wie die Zentrumsorgane gegen die Sozialdemokratie, so behen die christlichen Gewerkschaftsblätter gegen die freien Verbände.

Der Kampf gilt der modernen Arbeiterbewegung als Trägerin einer neuen Gesellschaftsordnung. Der gemeinsame Nährboden der Saat ist die ultramontane Weltanschauung. Ihre Repräsentanten verbünden sich mit den Vertretern der kapitalistischen und autokratischen Herrschaftsordnung zu einem Schutz- und Trutzbündnis. Und dessen Spottgeburt ist die christliche Gewerkschaftsbewegung.

Seit den letzten Reichstagswahlen tritt das unverhüllte denn je in die Erscheinung. Die Saat gegen die freien Gewerkschaften ercheint als die dringendste und wichtigste Aufgabe der christlichen Gewerkschaftspresse. Sie sucht dabei den Anschein zu erwecken, als ob die freien Gewerkschaften zum Nachteile der Arbeiter der sozialdemokratischen Partei dienstbar wären. In diesem Sinne reden sie von sozialdemokratischen Gewerkschaften. Die „Westdeutsche Arbeiter-Zeitung“, das Organ des Herrn Wiesberts, der zum Dank für seine Wahl zum Reichstage den Großindustriellen versprach, nationalliberale Politik zu unterstützen, nannte die freien Gewerkschaften gar — „Parteiheute“.

Obwohl wir voraussetzen, daß die Christen eine sachliche Diskussion über die Frage, welche Gewerkschaften in Wirklichkeit als „Parteiheute“ fungieren und dabei die Interessen der Arbeiter schädigen, ausweichen werden, sei doch einmal näher darauf eingegangen. Es kann die Erörterung den freien Gewerkschaften nur zum Vorteile gereichen!

Gewiß: eine Abhängigkeit zwischen Partei und Gewerkschaften besteht! Von der Personalgemeinschaft leben wir dabei gänzlich ab. Unbestritten sind bekannte und hervorragende Gewerkschaftler auch in der Sozialdemokratie an leitenden Stellen tätig, fungieren sogar als Abgeordnete in gesetzgebenden und Verwaltungsförderischen. Genau so sehen wir christliche Gewerkschaftler als Zentrumsparlamentarier und ultramontane Agitatoren in Tätigkeit. In dieser Hinsicht finden wir hier wie dort die gleichen Verhältnisse. Daraus ist doch noch keine Abhängigkeit nach der einen oder anderen Seite zu konstatieren.

Nun verpflichtet aber die Sozialdemokratie ihre Mitglieder, soweit das nur möglich, irgendeiner Gewerkschaftsorganisation als Mitglied anzugehören. Jeder Parteifunktionär soll gewerkschaftlich organisiert sein! Die Gewerkschaften hingegen suchen zwar aus eigenem Interesse ihre Mitglieder der Sozialdemokratie zuzuführen, aber — und das ist wesentlich — sie machen die Parteizugehörigkeit nicht zur Bedingung für die Aufnahme in die gewerkschaftliche Organisation! Ebenowenig üben sie in religiöser Beziehung einen Zwang aus. Die Gewerkschaften verlangen von ihren Mitgliedern weiter nichts als die Anerkennung der gewerkschaftlichen Grundzüge und Erfüllung der statutarisch festgelegten Pflichten. Wer wegen Verletzung gewerkschaftlicher Interessen aus dem Verbands ausgesperrt wird, muß auch mit dem Ausschluss aus der Partei rechnen. Dagegen kann jemand Mitglied einer freien Gewerkschaft sein und bleiben, wenn er das Programm der Sozialdemokratie ablehnt oder gar nachträglich zu einer anderen Partei übertritt.

Geht man von den erörterten Bedingungen aus, die von den beiden Zweigen der modernen Arbeiterbewegung für die Erwerbung und Erhaltung der Mitgliedschaft erhoben werden, dann wäre höchstens ein Abhängigkeitsverhältnis der Partei von den Gewerkschaften zu konstatieren. Auf keinen Fall aber kann man von einer Abhängigkeit der Gewerkschaften

reden. In dem von den Christen unterhobenen Sinne besteht eine solche überhaupt nicht. Zur Sozialdemokratie kann selbstverständlich nur gehören, wer sich zu ihrer Auffassung und zu ihren Bestrebungen bekennt. Dazu rechnet auch die wirtschaftliche Wahrnehmung der Arbeiterinteressen, die speziell von den Gewerkschaften vertreten werden. Wer diese verlegt, kann kein Parteimitglied sein. Aber es kann jemand Gewerkschaftler sein, ohne sich deshalb schon zum Sozialismus durchgerungen zu haben, ohne sich zu den Zielen der Sozialdemokratie zu bekennen. Dagegen kann kein Sozialdemokrat ein Gegner der gewerkschaftlichen Bestrebungen sein. Daher ist es logisch, daß die Sozialdemokratie von ihren Mitgliedern die Zugehörigkeit zu einer Gewerkschaft verlangt, die Gewerkschaften insofern wohl wünschen und erwarten, daß ihre Mitglieder Sozialdemokraten seien oder werden, aber die Parteimitgliedschaft nicht zu einer Bedingung der Aufnahme oder des Verbleibens in ihrer Organisation machen.

Und wie steht es mit den sachlichen Forderungen? Wiederum ist hier die Gewerkschaft unzweifelhaft die am meisten Unabhängige! Sie macht nicht das Programm der Sozialdemokratie zu ihrem eigenen. Sie tritt dafür niemals in Aktion. Ueber die Grenzen der von ihr im Statut unangrenzten wirtschaftlichen und sozialen Forderungen, die jeder Liberale, jeder Zentrumsmann unterschreiben kann, ohne gegen die Grundzüge seines Parteiprogramms zu verstoßen, engagiert sich die Gewerkschaft nicht. Anders steht es mit der Sozialdemokratie! Es gibt keine von den Gewerkschaften vertretene Forderung, deren Unterstützung sie ablehnt oder ablehnen könnte, ohne mit ihren Grundzügen in Widerspruch zu geraten. Dabei ist es sogar ganz gleichgültig, ob freie oder andere Organisationen eine wirtschaftliche oder soziale Forderung erheben. Die Sozialdemokratie vertritt die wirtschaftlichen und sozialen Ansprüche der christlichen oder kirchlichen Gewerkschaften ebenso warm wie die der freien Verbände. Als die christlichen Vergarbeiter am Riesberge für die Erhaltung der christlichen Feiertage gegen das Kapital kämpften, unterstützte auch der „sozialdemokratische“ Vergarbeiterverband diese Forderung aus sozialen Erwägungen.

Daß jemals eine Gewerkschaft auf die Wahrnehmung einer ihrer Forderungen aus Rücksichten auf die Partei hätte verzichten müssen, kann niemand nachweisen. Die Partei unterstützt und fördert die Gewerkschaften, macht sich jede der von ihnen erhobenen wirtschaftlichen und sozialpolitischen Forderungen zu eigen, die immer dahinzuhelfen, die Lage der Berufsgenossen auf der Grundlage der bestehenden Staats- und Wirtschaftsordnung zu verbessern. In der Frage der Arbeitszeitregelung, der Gewerbeordnung, der sozialpolitischen Gesetzgebung, der Löhne, kurzum in dem ganzen Komplex der Gewerkschaftspraxis gibt es keinen Punkt, in dem die Partei und Gewerkschaften sachlich auseinandergehen könnten. Höchstens mögen Meinungsverschiedenheiten über die einzuschlagende Taktik oder die größere Dringlichkeit der einen oder anderen Forderung obwalten. In den Parlamenten gehen Gewerkschaftsführer und „Rurpolitiker“ in allen Forderungen konform, die ersteren können niemals in die Gefahr geraten, als Parteimitglieder gegen die Forderungen stimmen zu müssen, die sie als Gewerkschaftler zu befürworten verpflichtet wären. Durch die energische Unterstützung der wirtschaftlichen Forderungen der Arbeiter, durch die Bestrebungen, ihre soziale Lage im Rahmen der bestehenden Gesellschaftsordnung zu verbessern, gerät die Sozialdemokratie auch nicht mit sich selbst in Widerspruch, denn erstens ist die Hebung der Arbeiterschaft auf ein höheres Kulturniveau ja überhaupt ihr Ziel, zweitens sind die wirtschaftlich und sozial am besten gestellten Arbeiter gewöhnlich auch die besten Kämpfer gegen den kapitalistischen Klassenstaat und für die sozialistische Gesellschaftsordnung. Die zurückgebliebenen Arbeiter lassen sich dagegen erfahrungsgemäß leicht für die bürgerlichen Parteien einfangen. Eine Förderung der Gewerkschaften bedingt daher stets auch eine Förderung der Sozialdemokratie. Das schließt natürlich einen Widerspruch zwischen Partei- und Gewerkschaftsinteressen von vornherein aus.

Das gerade ist der Schmerz aller Gegner der modernen Arbeiterbewegung. Ihre Masseninteressen kollidieren häufig mit den Arbeiterforderungen, was bei der Sozialdemokratie niemals der Fall sein kann. Das sind unwiderlegliche Tatsachen! Sie widerlegen aber die Unterstellung der Gegner, als ob die Sozialdemokratie eine Feindin des sozialen Aufstieges der Arbeiter sei, weil mit dem Aufstieg die Jurisdiktion wachse, und damit die Möglichkeit schwinde, durch Erregung der Unzufriedenheit die Massen in den Meeress der Sozialdemokratie zu locken. Nicht dort, wo die Arbeitsverhältnisse am schlechtesten sind, gedeiht die Saat der Sozialdemokratie am besten, sondern da, wo mit der Hebung des sozialen Niveaus die Arbeiter Zeit und materielle Gelegenheit finden, sich über die wirtschaftlichen Zusammenhänge zu orientieren. Sie begreifen dann sehr bald den Sozialismus als eine Kulturbewegung, die nicht der Befriedigung des persönlichen Egoismus des einzelnen, sondern der Gesamtheit dient.

Ohne daß sich die Gewerkschaften auf das sozialdemokratische Programm festzulegen hätten, verpflichtet dieses die Partei zur Unterstützung jeder sozialen Forderung der Arbeiter. In diesem Sinne, aus dieser Logik heraus ist das vielzitierte Wort Bömelburgs zu verstehen: Partei und Gewerkschaften sind ein! Aus dieser Einheit kann nur böser Wille ein Anarchistenverhältnis der Gewerkschaften zur Partei konstruieren! Wie man auch die Beziehungen zwischen Partei und Gewerkschaften beleuchten mag, niemals läßt sich erweisen, daß dabei die Arbeiterinteressen Schaden erlitten. Dagegen kann festgestellt werden, daß erst das Eintreten der Sozialdemokratie die Anerkennung mancher Gewerkschaftsforderungen gesichert hat!

Die Unterstellung der Ultramontanen und der christlichen Gewerkschaften von den freigewerkschaftlichen Parteifreunden ist nichts anderes als eine freie Erfindung!

Aus der Partei.

Gemeindevorstand. Bei den am Mittwoch stattgefundenen Gemeindevorstandswahlen der 2. und 3. Klasse in Saarland (Kreis Rauch-Weiß) wurde der Genosse Wolf Werlich in der zweiten Klasse mit 10 gegen 9 Stimmen wiedergewählt. In der dritten Klasse wurde Genosse Leopold Wille mit 30 gegen 3 Stimmen neu gewählt. Somit haben wir die dritte Klasse ganz inne und in der zweiten Klasse einen Sitz.

**Pollzeiliches, Gerichtliches usw.**

**Ein Prozeß gegen das vierte und fünfte Gebot.**

„Du sollst deinen Vater und deine Mutter ehren“, beginnt das vierte Gebot, und das fünfte sagt kurz und bündig: „Du sollst nicht töten“. Gelegentlich einer Nekrotenabschiedsfeier in Öppingen (Württemberg) hatte Landtagsabgeordneter Genosse Kinkel diese beiden Gebote den angehenden Vaterlandsverteidigern besonders warm ans Herz gelegt und in seiner Rede u. a. ausgeführt: „Sie sollten auch nicht vergessen, was ihnen von Staats wegen in der Schule, insbesondere über das vierte und fünfte Gebot gelehrt wurde. Wenn Sie das vierte Gebot achten, werden Sie niemals auf Vater und Mutter schießen, und wenn Sie das fünfte Gebots eingedenk sind, werden Sie ihre Konsequenzen auf den Krieg ziehen können. Beachtet besonders diese beiden Gebote, und Ihr könnt Euch niemals gegen das Volk, gegen Euer eigenes Fleisch und Blut vergehen.“

Merkwürdigerweise — oder auch nicht merkwürdigerweise — geriet die christliche Presse beider Konfessionen in Stuttgart, das ultramontane „Deutsche Volksblatt“ und die orthodox-konfessionale „Deutsche Reichspost“, ganz aus dem Häuschen ob dieser Ermahnung des Genossen Kinkel an die Nekroten. Beide schrien unisono, was unser Genosse ausgeführt habe, sei „Hochverrat“ und noch viel Schlimmeres. Und dann forderten sie in halber Gemeinschaft den Herrn Staatsanwalt auf, dem „Hochverrat“ den Prozeß zu machen und ihm mit Hilfe des Strafgesetzbuches bei Wasser und Brot das „richtige“ Christentum beizubringen, wie es die Blätter dieser Sorte verstehen. Der Herr Staatsanwalt erhobte auch das Aheben der „Frommen“. Wegen Genossen Kinkel wurde ein Strafverfahren eröffnet. Eine vom Herrn Staatsanwalt vorgenommene sorgfältige Vergleichung der Rede des Genossen Kinkel mit dem vierten und fünften Gebot ergab aber zur größten Ueberraschung des Herrn Staatsanwalts, daß der Sozialdemokrat die Gebote ganz richtig zitiert und ausgelegt hatte, hingegen die Schriftgelehrten der frommen Blätter unrecht hatten, denn es heißt wirklich und wahrhaftig: „Du sollst Vater und Mutter ehren“ und „Du sollst nicht töten!“ Auch die Herren Richter überzeugten sich, daß kein Druckfehler in der Gerichtsbibel vorlag. So mußte das Verfahren eingestellt werden. Nun aber schimpfen die beiden Blätter, Staatsanwalt und Richter verstanden auch nichts vom „richtigen“ Christentum...

**Die politische Polizei im Ruhrrevier im Dienste des Zehnkapitals.**

Vor der Strafkammer in Bochum hatte sich der verantwortliche Redakteur des Bochumer „Volksblatt“, Genosse Bierens-Kämpfer, wegen eines Artikels „Bespielung des Steigerverbandes mit polizeilicher Hilfe“ zu verantworten. Es wurde durch Vernehmung des Verfassers Kraft vom Bergbauischen Verein festgestellt, daß der Bergbauische Verein an die politische Polizei zwecks Erlangung der Mitgliederliste des Steigerverbandes herangetreten ist. Die politische Polizei hat diese Liste beschafft. Der Polizeiasessor Hansch in Essen mußte eingestehen, daß er dafür einige hundert Mark bekommen habe. Der Angeklagte wurde freigesprochen.

**Soziales.**

**Siemens u. Halske vor dem Gewerbegericht.**

Die Verschleppung des Gewerbegerichtsprozesses durch den Vertreter der Firma Siemens u. Halske, Dr. jur. Burhenne, geht weiter. Gestern sollte bekanntlich über den Ablehnungsantrag der beklagten Firma entschieden werden. In dem Entscheid sollten ordnungsmäßig der Metallarbeiter Behrendt und der Former Jernike als Arbeitnehmerbeisitzer mitwirken. Da lehnte Dr. jur. Burhenne auch diese Beisitzer wegen „Besorgnis der Befangenheit“ ab. Zur Begründung dieser angeblichen

Besorgnis wurde angeführt: Die Genannten sind Mitglieder des sozialdemokratischen Wahlvereins und ständen zurzeit in einem Anstellungsverhältnis zu dem am Ausgang des Prozesses stark interessierten Metallarbeiterverband.

Der Vertreter der Beklagten wandte sich noch gegen den im „Vorwärts“ vom 9. d. Mts. erhobenen Vorwurf der Prozeßverschleppung. Auch ihm, meinte er, läge daran, möglichst bald zu einer Entscheidung in der Sache zu kommen.

Hat der Vertreter der Firma in der Tat diese Absicht, so schlägt er Wege ein, die das von ihm angeblich verfolgte Ziel nicht erreichen können, sondern vereiteln.

Die zur Begründung der Ablehnungen angeführten Behauptungen zeigen, daß der Vertreter keine Besorgnis der Befangenheit hat. Hätte er die Besorgnis einer Befangenheit wegen der politischen Ansichten von Beisitzern, so könnte ihm diese mit gesundem Rechtsempfinden unvereinbare Anschauung doch nicht erst jetzt gekommen sein. Er hätte sie bereits bei der vor sechs Monaten erfolgten Klagestellung gehabt und hätte sie damals oder zum mindesten im ersten Termin geltend machen müssen, wenn er sich nicht dem vollberechtigten Vorwurfe der Verschleppungsabsicht aussetzen wollte. Die Tatsache allein, daß erst jetzt das so grundlose Gesuch gestellt ist, beweist, daß das Ablehnungsgesuch nicht ernstlich gemeint, sondern lediglich zur Verschleppung gestellt ist. Die Sinnfälligkeit der Begründung der Ablehnungsgesuche faun der Firma nicht entgangen sein. Was würde die Firma Siemens u. Halske sagen, wenn in einer auf Zahlung einer vereinbarten Kaufsumme von ihr erhobenen Klage der Beklagte ein Ablehnungsgesuch gegen einen Richter richten würde, weil ihm dessen politische Ansicht nicht paßt? Mit Recht würde sie solchen Einwand als frivolon Verschleppungseinwand bezeichnen, durch den der Beklagte die Verurteilung hinauszuziehen will und mit Sicherheit darauf rechnen, daß das Gericht ein solches Ablehnungsgesuch als nicht ernstlich gemeint, sondern lediglich in Verschleppungsabsicht gestellt, sofort zurückweisen würde. Das Gewerbegericht behandelt die Ablehnungsgesuche der Firma Siemens u. Halske mit großer Langmut. Es soll in nächster Woche die Kammer in anderer Besetzung über den gestellten Ablehnungsantrag entscheiden.

**Gerichts-Zeitung.**

**Eine Rasseuse vor dem Reichsgericht.**

Die Rasseuse Hedwig Säger in Berlin hatte in mehreren bürgerlichen Blättern inseriert: „Hedwig Säger, Rasseuse“ (folgt Wohnung). Darin erblidete das Landgericht I in Berlin eine Ankündigung, welche dazu bestimmt sei, unzüchtigen Verkehr herbeizuführen, weil der hier ungewöhnlicherweise angewendete Name für gewisse Kreise genug sage. Deshalb wurde die Angeklagte Säger am 15. November 1911 nach § 184, 4 des Strafgesetzbuches verurteilt. Außerdem aber auch nach § 184, 1, weil in dem Vorgehen von unzüchtigen Schriften an Personen, die sie besuchten, die Verbreitung unzüchtiger Schriften erblidigt wurde. Die Angeklagte wurde zu einer Gesamtstrafe von 5 Wochen Gefängnis verurteilt. Sie legte Revision ein. Deshalb hatte sich das Reichsgericht mit dem künftigen Inzertat zu befassen. Dies kam am Mittwoch zu der Ansicht, die strafbare Ankündigung (§ 184 Ziffer 4) sei einwandlos festgestellt. Irrtümlich sei aber eine Verbreitung im Sinne des § 184 Ziffer 1 angenommen. Ein Verbreiten sei in solchen Fällen zu verneinen. Denn jeder einzelne Kunde, der die Angeklagte mit ihrer Zustimmung besuchte, trat mit ihr in eine derartige persönliche Beziehung, daß die Mitteilung des unzüchtigen Wertes als eine durch diese persönlichen Verhältnisse veranlaßte anzusehen ist. Auch eine Wiederholung einer derartigen Zugänglichmachung könne nicht als eine Verbreitung unzüchtiger

Schriften angesehen werden. In diesem Punkte erfolgte deshalb Freisprechung.

**Ein Wunderwunder vor Gericht.**

In diesen Tagen wurde das vom Schwurgericht in Linz (Oesterreich) gefällte Urteil gegen Pfarrer van der Bom rechtskräftig, das den Streit um eine Wunderheilung zum Gegenstand hatte.

Pfarrer van der Bom hatte in einer Broschüre mit dem Titel: „Ein wirkliches Wunder aus neuerer Zeit“ die plötzliche Heilung des acht Jahre lang an einem Leinbruch erkrankten, von den Ärzten als unheilbar erklärten Arbeiters De Rubber besprochen und öffentlich erklärt, 1000 Kronen demjenigen zu bezahlen, der dieses Wunder auf natürliche Weise erklären oder dessen geschichtliche Wahrheit aus triftigen Gründen leugnen kann“. Der prakt. Arzt Dr. Rigner in München bewarb sich um den ausgeschriebenen Preis. Es wurden Vorschläge zu einem Schiedsgericht gemacht, ohne daß eine Einigung erzielt werden konnte. Die Erwiderungsschrift Dr. Rigners erklärt die Beweise für die geschichtliche Wahrheit des angeblichen Wunders für haltlos. Beide Parteien vertraten in einer Reihe von Zeitungsartikeln ihren Standpunkt. Als ein Einverständnis über die Wahl des Obmanns für das einzusetzende Schiedsgericht nicht erzielt werden konnte, erklärte sich Dr. Rigner bereit, dem Schiedspruch eines deutschen Bischofs oder des Papststans in dieser für die katholische Kirche so bedeutsamen Angelegenheit das Urteil zu überlassen. Auch dieser Vorschlag wurde von Pfarrer van der Bom abgelehnt. Eine öffentliche Aufforderung, nunmehr ein deutsches Gericht zum Austrag der Angelegenheit als zuständig zu erklären, blieb gleichfalls von dem Vertreter des Wunders unbeantwortet. Statt dessen veröffentlichte Pfarrer van der Bom in einer Broschüre die ganze Korrespondenz der Beteiligten und wiederholte neuerdings das Preisauschreiben. Diese öffentliche Auslobung ist nach den österreichischen Gesetzen nicht tragbar. Dr. Rigner stellte nun wegen der beleidigenden Form der Broschüre Strafantrag. Die Geschworenen erklärten Pfarrer van der Bom schuldig, den Kläger dem öffentlichen Spott ausgesetzt zu haben. Das Gericht erkannte auf 150 Kronen Geldstrafe, eventuell im Nichteinbringlichkeitsfalle auf 3 Tage Arrest und zum Ertrag der Gerichtskosten. Die eingelegte Nichtigkeitsbeschwerde ist nunmehr zurückgezogen, so daß das Urteil Rechtsgültigkeit erlangt hat.

**Aus der Frauenbewegung.**

Ein Verein der Hausfrauen zur Beseitigung des Dienstbotenmangels in Berlin und Vororten hat sich gebildet. Er stellt sich die Aufgabe, „geeignetes“ Personal aus dem Reiche und aus Deutsch-Oesterreich nach Groß-Berlin zu ziehen. Das angeworbene Personal soll an eine private Stellenvermittlung in Berlin W. gewiesen werden. — Bessere Mädchengelasse, höhere Löhne und die Beseitigung der Gefindordnung sind das beste Mittel, die Dienstbotennot der Hausfrauen und die Not der Dienstboten zu beseitigen.

**Witterungsübersicht vom 15. März 1912.**

Stationen	Barometere Höhe mm	Wind- richtung	Wolkenhölle	Temper. t. d. N.	Stationen	Barometere Höhe mm	Wind- richtung	Wolkenhölle	Temper. t. d. N.
Eutinmde.	767.00	SW	3wolfig	2	Saparanda	770.00	SW	6wolfig	5
Hamburg	764.00	SW	3wolfig	5	Petersburg	772.00	SW	1wolfig	3
Berlin	766.00	SW	2wolfig	5	Seibitz	757.00	SW	6wolfig	6
Frankfurt	763.00	SW	1wolfig	9	Kberdeen	752.00	SW	1wolfig	6
München	765.00	SW	2wolfig	6	Paris	761.00	SW	2wolfig	7
Wien	763.00	SW	bedekt	6					

Wetterprognose für Sonnabend, den 16. März 1912. Bittlich heiter und am Tage mild, aber veränderlich mit etwas Regen und mäßigen südlichen Winden.

**Neueste Knaben-Moden**

**Anzug: Oskar**  
Marinebl. od. grauer Cheviot, Krage m. Bohnerbeiz  
Für 2-jähr. Knaben 2.50 M.  
Jedes Ältere Jahr 25 Pl. mehr.

**Anzug: Merkur**  
Fein. blauer Kammgarn-Cheviot, Satin-Überkragen. Hose ganz gefaltet.  
Für 2-3-jährige Knaben 12.50 M.  
Jedes Ältere Jahr 75 Pl. mehr.

**Anzug: Keltum**  
Blauer Cheviot m. Satin-Überkrag. Kittelform.  
Für 1-2-jährige Knaben 6.50 M.  
Jedes Ältere Jahr 50 Pl. mehr.

**Anzug: Leo**  
Echt Kieler Anzug, dunkelblau Cheviot mit kurzer oder langer Hose.  
Für 2-jähr. Knaben 19 M.  
Jedes Ältere Jahr 1 M. mehr.

**Anzug: Fähr**  
Blau gerippter Kammgarn-Cheviot, Hose ganz gefaltet.  
Für 2-3-jährige Knaben 6.50 M.  
Jedes Ältere Jahr 50 Pl. mehr.

**Anzug: Westerland**  
Oliv, grau, braun und grünlicher Cheviot, Hose ganz gefaltet.  
Für 10-jähr. Knaben 10 M.  
Jedes Ältere Jahr 75 Pl. mehr.

**Anzug: Kurt**  
Gestreift. Phantasiestoff, Fischgrätenweb, elegante Verarbeitung.  
Für 10-jähr. Knaben 15 M.  
Jedes Ältere Jahr 1 M. mehr.

**Anzug: Prinz Heinrich**  
Reinwollen. Kammgarn-Cheviot Prima Satin-Überkragen.  
Für 2-3-jährige Knaben 12 M.  
Jedes Ältere Jahr 75 Pl. mehr.

**Anzug: Apollo**  
Feiner, brauner Kammgarnstoff mit Überkragen. Hose ganz gefaltet.  
Für 2-3-jähr. Knaben 9.50 M.  
Jedes Ältere Jahr 50 Pl. mehr.

**Anzug: Helgoland**  
Neuente Muster in Cheviot, besond. gute Verarbeitung. Hose Breechest.  
Für 10-jähr. Knab. 19 M.  
Jedes Ältere Jahr 1 M. mehr.

**Anzug: Andress Wofel**  
Loden-Joppe mit imit. Lederhose.  
Für 2-3-jähr. Knab. 6.60 M.  
Jedes Ältere Jahr 20 Pl. mehr.

**Wollmantel**  
Feinereitriehloped. Ingrassu grünlich, sehr praktisch.  
Für 6-7-jähr. Knaben 8.50 M.  
Jedes Ältere Jahr 1 M. mehr.

**Pyjack: Hornholm**  
Modellfarb. Overcoat, sehr eig. Ausführung.  
Für 3-4-jähr. Knaben 11.50 M.  
Jedes Ältere Jahr 1 M. mehr.

**Pyjack: Prinz Heinrich**  
Dunkelblauer Cheviot, gutes Futter, sehr halbar.  
Für 2-3-jähr. Knaben 7.50 M.  
Jedes Ältere Jahr 75 Pl. mehr.

**Ullster: Cortina**  
Grau, grünlicher Cheviot, sehr schön verarbeitet.  
Für 2-3-jähr. Knaben 12 M.  
Jedes Ältere Jahr 75 Pl. mehr.

**Pyjack: Carl**  
Echtfarbig. Cheviot in vornehm. Ausstattung. Aermel u. Krage m. Absteck.  
Für 2-3-jähr. Knaben 4.25 M.  
Jedes Ältere Jahr 25 Pl. mehr.

**Pelerine: Sturm**  
Grau od. grünlich. Strichloden „Imprägniert“ mit Tragbändern und Arm-durchgriffen. 70 cm lang 4.50 M. Jedes 10 cm länger 30 Pl. mehr. Prima: 70 cm lang 6 M. Jedes 10 cm länger 1 M. mehr.

**BaerSohn**

Mützen, Hüte, Wäsche, Krawatten, Hemden, Strümpfe, Hosenträger usw. sehr billig  
Man verlange Haupt-Katalog

Sonntag nur von 12-2 geöffnet

Kleider-Werke □ Deutschlands größte Fabrik dieser Art

Chausseestraße 29-30 □ 11 Brückenstraße 11 □ Gr. Frankfurter Straße 20 □ Schöneberg, Hauptstr. 10

Der Haupt-Katalog Nr. 44 (Letzte Moden) auf Wunsch kostenfrei

# Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin.

Arbeitsnachweis: Hof I. Amt Norden, 1239. Charitéstr. 3. Hauptbureau: Hof III. Amt Norden, 1967.

## Achtung! Schlosser! Achtung!

Montag, den 18. März 1912, abends 8 Uhr:

# Branchen-Versammlung

der Schlosser Berlins und Umgegend

im großen Saale der Brauerei Friedrichshain, Am Friedrichshain 16-23.

Tagesordnung:

1. Bericht der Tariff Kommission. 2. Diskussion.

Kollegen! Da in der letzten Zeit die Verhandlungen zwecks Abschluß des neuen Tarifs stillgefallen haben, soll in dieser Versammlung darüber Bericht erstattet werden. Es ist deshalb notwendig, für einen guten und zahlreichen Versammlungserfolg zu sorgen, damit jeder Kollege von dem bisherigen Verhandlungserfolg unterrichtet ist.

Mitgliedsbuch legitimiert!

Die Ortsverwaltung.

113/20

# Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Verwaltung Berlin.

## Laden- und Kontormöbelbranche.

Sonntag, den 17. März, vormittags 10 Uhr, im Englischen Garten, Alexanderstr. 27c:

## Branchen-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Vortrag. 2. Befragung des Wahlergebnisses und Ausgabe der Delegiertenkarten.

# Deutscher Bauarbeiter-Verband.

Zweigverein Berlin.

## Sektion der Gips- und Zementbranche.

Sonntag, den 17. März 1912, vormittags 10 Uhr, in den Industrie-Festhallen, Deuthstr. 19-20:

## General-Versammlung

Tagesordnung:

1. Jahresbericht des Sektionsvorstandes. 2. Neuwahl des Sektionsleiters und des Arbeitsvermittlers. 3. Verschiedenes und Branchenangelegenheiten.

Mitgliedsbuch legitimiert.

Zahlreichen Besuch erwartet Der Sektionsvorstand.

## Bezirk Süd-Ost.

Sonntag, den 17. März 1912, abends 5 Uhr, in den Rannyn-Festhallen, Rannynstr. 6:

## Mitglieder-Versammlung mit Frauen.

Vortrag des Genossen Wermuth: „Die Revolution von 1848“. Am Anschlag: Gemütliches Beisammensein mit Tanz. Zahlreichen Besuch aller Mitglieder und deren Frauen erwartet Die Bezirksleitung.

## Gruppe der Fahrstuhlarbeiter.

Sonntag, den 17. März 1912, vormittags 10 Uhr, bei Wille, Sebastianstr. 39:

## Mitglieder-Versammlung

Tagesordnung: 1. Beratung und Beschlußfassung über die aufzustellenden Forderungen. 2. Berufsfragen.

## Gruppe der Staker.

Sonntag, den 17. März 1912, vormittags 10 Uhr, im Englischen Garten, Alexanderstr. 27c:

## Mitglieder-Versammlung

Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben. Die Gruppenleitung.

## Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter und verwandter Berufsgenossen.

Zahlstelle Berlin.

Geschäftsstelle Berlin C. 54, Pulaststr. 10, I. — Fernsprecher Amt III, 4518

Sonntag, den 17. März 1912, nachmittags 2 Uhr,

im Gewerkschaftshaus, Engelauer Nr. 15 (großer Saal):

## Mitglieder-Versammlung

Tagesordnung: 1. Diskussion über den Jahresbericht von 1911. 2. Anträge zum Verhandlungsplan. 3. Aufstellung der Kandidaten zur Delegiertenwahl. 4. Verhandlungsangelegenheiten.

Es ist Pflicht unserer Mitglieder, in dieser Versammlung zu erscheinen.

In dieser Versammlung werden Kafate und Einladungen zu dem am 30. März ex. in der „Neuen Welt“ stattfindenden Frühlingfest ausgegeben.

# Möbel-Lechner

Brunnenstr. 7. Am Rosenthaler Tor.

## Spezial-Möbel-Haus

auf Kredit und gegen bar. Große Auswahl jeder Art.

Stube und Küche: Anzahlung schon von M. 15.— an.

Liefere auch nach auswärts.

Vorzeiger dieses Inserats erhält bei Kauf 5.— Mark gutgeschrieben.

Sonntags nur von 12-2 Uhr geöffnet.

# Konsumgenossenschaft Berlin und Umgegend.

E. G. m. b. H. — Zentrale: Lichtenberg, Rittergutstr. 22/26.

Wir verlegen am 18. März 1912 unsere 42. Verkaufsstelle von Torstr. 28a nach

## Nord-Ufer 4

Eingang vom Pekingplatz.

Mitglieder werden in der Verkaufsstelle aufgenommen. — Beitritt 50 Pf. 103/12

Auch Teilzahlung!

## Nur Misch Möbel-Misch

Gr. Frankfurter Str. 45/46

## Neuzeitliche

Ein- u. Zweizimmer-

Einrichtungen

gegen Bar oder

gegen günstigen Abzahlungs-Vertrag

der Sie vor Schaden schützt, da Sie für die Hälfte der jeweilig gezahlten Ratensumme Möbel als Eigentum beanspruchen können.

Spezial-Möbel-Haus

## Siegmund Misch

Dresdener Str. 16 (am Hochbahnhof Kottbuser Tor)

Solide Preise. — Hässige Anzahlung. — Langjährige Garantie.

**1 Mark**  
wöchentl. Teilzahlungen  
Liefere elegante fertige  
**Herren-Garderoben**  
:: Ersatz für Mass ::  
Anfertigung nach Mass  
Tadellose Ausführung  
**Julius Fabian**  
Schneidermeister  
Gr. Frankfurter Str. 37, II  
Eingang Strausberger Platz  
II. Geschäft: Turmstr. 18  
nur 1. Etage. kein Laden.

Riesenauswahl. Massenverkauf.  
**Erstkl. Monatsgarderoben.**  
Getragene Jacken, Rock-Anzüge, Ullster 10, 12, 20.  
Getragene Gehrock, Smoking, Frack-Anzüge 18, 20, 24.  
Getragene allerhand Bekleidungsstücke von 1,50 an.  
Arbeiterberufskleider — Militärröhen.  
**Volks-Monatsgarderoben-Haus, Kottbuser Damm 82.**

# Große Berliner Straßenbahn.

Bilanz am 31. Dezember 1911.

Aktiva.		Mark
Konto von des Gesamt-Bahnkörpers		66 236 033,14
von sämtlicher Bahnhöfe und Beständen		21 255 533,30
Bagen-Konto		34 804 892,16
Konzeptions-Konto, nach Abschreibung von 530 000,— M.		20 016 300,—
Kalender-Konto	19 877,25	178 895,19
Robotten-Konto	13 320,70	1,—
Utenilien-Konto		1,—
Herde-Konto, nach Abschreibung von	14 089,— M.	1,—
Geschirre-Konto		1,—
Bekleidungs-Konto nach Abschreibung von	406 781,90 M.	1,—
Inventory-Konto, Bestände an Materialien und Futter		2 156 224,54
Kontoforrent-Konto, verschiedene Guthaben		9 105 815,04
Kassa-Konto		10 384,14
Konto Kauttionen bei Behörden, bei diesen hinterlegt		508 331,72
Effekten u. Dokumente-Konto, Effekten u. Hypotheken-		3 900 000,—
Bestände als Anlage des Reservefonds		21 507 080,50
und des Bahnkörper-Amortisationsfonds		531 950,15
Effekten des Beamten-Kauttionsfonds		182 222 364,83

Passiva.		Mark
Stammkapital-Konto		100 082 400,—
Hypotheken-Konto		1 826 000,—
Darlehens-Konto, nach unentgeltliche Dividenden		8 364,25
3 1/2 % Obligationen-Auslosungs-Konto, noch unentgeltliche		5 315,75
gekündigte Obligationen und Zinsen		11 003 407,25
Reservefonds-Konto		23 005 354,26
Bahnkörper-Amortisationsfonds-Konto		325 000,—
Zalonssteuer-Küchellungs-Konto		531 723,10
Beamtenkauttionen-Konto		1 000 403,90
Halbjährliche-Versicherungsfonds-Konto		23 313 222,20
Kontoforrent-Konto — Entschädigung an die Stadt Berlin		2 004 935,64
einzel. Zinsen		5 444 858,78
Verschiedene Gläubiger u. Bar-Kauttionen		1 677 995,01
Erneuerungsfonds-Konto I		455 000,—
II		2 500 000,—
Konto Rätige Betriebsverpflichtungen.		550 000,—
Schuldverschreibungen, Unkosten- und Disagio-Konto, Rück-		11 038 384,74
stellung		182 222 364,83
Gewinn- und Verlust-Konto		

Gewinn- und Verlust-Konto.		Mark
Soll.		
Hypotheken-Zinsen-Konto		74 441,75
3 1/2 % Obligationen-Zinsen-Konto		23 861,25
4 %		3 720,—
Bahnkörper-Amortisationsfonds, Zuweisung aus 1911		500 000,—
Bekanntschreibungen		1 406 925,51
Konto Vertragsmäßige Abgaben an die Gemeinden		2 267 906,23
Reserve-Konto, Rückstellung für Zalonssteuer		125 000,—
Darlehens-Zinsen-Konto		200 000,—
Schuldverschreibungen, Unkosten- und Disagio-Konto		500 000,—
Erneuerungsfonds-Konto I, Zuschuß aus den Betriebs-Ein-		2 500 000,—
nahmen nach § 38 des Statuts		550 000,—
II, Zuweisung aus 1911		11 038 384,74
Saldo, Reingewinn		19 890 220,58
Haben.		
Gewinn- und Verlust-Konto, Gewinnovertrag aus 1910		23 290,08
Interessen-Konto, Eingenommene Zinsen		289 273,21
Betriebs-Konto sämtlicher Linien		
Die Einnahmen betragen	43 484 055,22 M.	
„Ausgaben	23 912 378,93	
Reißt Ueberchuß		19 571 676,29
		19 890 220,58

Berlin, den 8. Februar 1912.

Die Direktion.

Dr. Mücke, Meyer, Dr. Wussow, Dr. W. Mücke.  
Nach vorgenommener Prüfung der Belege und Bücher der Gesellschaft bezeugen wir hiermit die ordnungsmäßige Führung der Bücher und die Uebereinstimmung der vorstehenden Bilanz, sowie des Gewinn- und Verlust-Kontos mit denselben.

Berlin, den 8. Februar 1912.  
Oskar Zwickau, Emil Krynitz,  
Öffentlich angeordnete, beeidigte Buchprüfer im Bezirk der Handelskammer Berlin.

# Reste Konfektion

Damentuche, schw. 3 M. an	Paletots i. d. neuw. Fassons, in 14 M. an
per Meter . . . . . von	engl. Stoffen etc. . . . . von
Kostümfabrik, neueste Muster, per Meter von 2 M. an	Kostüme in reichlicher Auswahl in engl. Stoffen u. Kamming v. 25 M. an
Seidenplüsch Velours, Nord, 80 cm breit, per Meter 4 M. an	Kostüm - Röcke in grosser Auswahl von 4 50 an
Voile zu Kleidern 100 cm breit, per Meter . . . . . von 2 M. an	<b>Staubmäntel</b> zu sehr billigen Preisen!
Samt und Seide usw. zu sehr billigen Preisen!	

# C. PELZ Kottbuser Strasse 5.

# Jeder Arbeiter, jeder Handwerker, jeder praktisch arbeitende Mann

der für seine Arbeit, für seinen Beruf, besonders vorteilhaft geeignete Kleidung nötig hat, kauft diese bei

## Kohnen & Jöring, Größtes Spezialhaus für Arbeits- u. Berufskleidung

Hauptgeschäft: Alexanderstr. 28. Zweiggeschäfte: Rosenthaler Str. 53 — Landsberger Allee 148 — Neudöln: Bergstr. 66 (Nahverkehr am Ringbahn).  
Röde Weinmeisterstraße, am Friedrichshain.

Reelle billige Preise, erprobte solide Qualitäten, guter Sitz, richtige Nachart, beste Verarbeitung, größte Auswahl.

Heute Eröffnung unseres neuen Geschäftslokales Alexanderstraße 12.

# JANDORF'S

# 68<sup>g</sup>

# Woche

# 68<sup>g</sup>

Spittelmarkt Belle-Alliancestr. Gr. Frankfurterstr. Brunnenstr. Kottbuser Damm

**Nur noch Heute**

Es versäume Niemand, von dieser äusserst günstigen Einkaufs-Gelegenheit ausgiebigsten Gebrauch zu machen!

Belle - Alliancestrasse  
Gr. Frankfurterstrasse  
Brunnenstrasse  
Kottbuser Damm

## Billige Lebensmittel

Die mit \* bezeichneten Artikel sind von der Zusendung ausgenommen

Soweit Vorrat

### Wurstwaren

Gervelat- od. Salamiwurst ..... Pfund **1.15**  
Gervelatwurst in Fettdarm .. Pfund **1.30**  
Schinkenwurst ..... Pfund **1.20**  
Land-Bratwurst ..... Pfund **1.25**  
Teewurst ..... Pfund **1.25**  
ff. Leberwurst ..... Pfund **1.05**  
Hausmacher-Leberwurst Pfund **98 Pf.**  
Landleberwurst ..... Pfund **80 Pf.**  
Rotwurst I ..... Pfund **80 Pf.**  
Zwiebel- od. Rotwurst ..... Pfund **50 Pf.**  
Schinkenspeck ..... Pfund **98 Pf.**  
Nusschinken ..... Pfund **1.15**

\* **Hühner** ..... Stück **1.75, 2.25**  
\* **Grüne Heringe** 2 Pfund **15 Pf.**  
\* **Salz-Heringe** ..... 5 Stück **19 Pf.**  
**Haushaltschokolade** Pfund **68 Pf.**  
**Kaffee** ..... Pfund **1.30, 1.40**  
**Kakao** ..... Pfund **68, 95 Pf.**  
\* **Kartoffeln** ..... 10 Pfund **45 Pf.**

### Käse

Schweizer Käse ..... Pfund **85 Pf.**  
Tilsiter Käse ..... Pfund **80 Pf.**  
Brie-Käse ..... Pfund **55 Pf.**  
Limburger Käse ..... Pfund **50 Pf.**  
Romatour-Käse ..... Stück **29 Pf.**  
Frühstücks-Käse ..... Stück **5 Pf.**

### \* Obst u. Gemüse

Amerikaner Aepfel Pfund **20, 25 Pf.**  
Apfelsinen Dutzend **25, 30, 35 Pf.**  
Blumenkohl ..... Kopf **10, 12, 15 Pf.**  
Salat ..... Kopf **10 Pf.**  
Rhabarber ..... Bund **5 Pf.**

ca. **20.000** Meter **Hemdentuch** für feine Leib- oder Bettwäsche ..... Meter **36 Pf.**

### Wachtung! Tarifbewegung Wachtung!

#### der Fleischergejellen in Neufölln.

Dem konsumierenden Publikum zur gest. Kenntnis, daß nachstehende Fleischermeister den Tarif anerkannt haben:

- |   |                                  |
|---|----------------------------------|
| C. Fanfara (Burschenschaft), Berliner Straße 27 | M. Niese, Kollstr. 20            |
| A. Reiffand, Berliner Str. 23                   | G. Seidel, Köpenicker Str. 7     |
| C. Bolte, Hermannstr. 232                       | M. Meier (Buc.), Weiserstr. 168  |
| B. Riedel, Hermannstr. 46                       | W. Karger, Herzbergstr. 21       |
| H. Jochmann, Bietenstr. 41                      | O. Schönbrunn, Richardstr. 61    |
| P. Wonneberger, Weiserstr. 24                   | H. Burck, Weichselplatz 4        |
| K. Gerlach, Barthelstr. 70                      | P. Jünger, Bärnackerstr. 5       |
| G. Saff, Barthelstr. 63                         | W. Rademacher, Hohenstr. 19      |
| Th. Pohake, Barthelstr. 73                      | F. Klein, Kottbuser Damm 12      |
| F. Schind, Weiserstr. 51                        | Jos. Orth, Gieser Str. 26        |
|   | P. Lukaschek, Berliner Straße 28 |

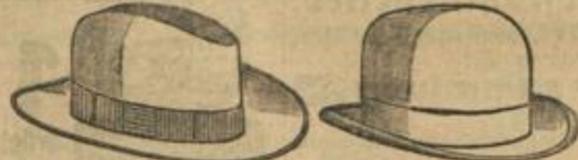
Nachstehende Fleischermeister, die zurzeit keine Gefellen beschäftigen, haben ebenfalls ihre Zustimmung erklärt:

- |                             |                         |
|-----------------------------|-------------------------|
| E. Schildt, Herrmannstr. 23 | M. Falkner, Donaustr. 7 |
| C. Immrich, Rogaststr. 14   |                         |

**Zentralverband der Fleischer.**  
Berlin NO., Gieserstr. 11. Teleph. - Amt: Köpenick Nr. 3024.

### Hut-Arnold Dresdenstr. 116

(Kein Laden) am Oranienplatz  
Hut und Mützen Engros-Geschäft  
Einzelverkauf zu auffallend billigen aber festen Preisen!



Welche Herrenhüte v. 1.50-6.00 Nur fehlerfreie moderne Ware  
Stiefe Herrenhüte v. 2.00-7.00 Nur fehlerfreie moderne Ware.  
Grösste Auswahl in Strohhüten und Mützen.

### Herrenmoden

nach Maß. Deutsche u. engl. Stoffe Eingang 40 W. Paletots 38 W. Jole 13 W., auch bessere Rollhaare - Verarbeitung. Der selbst Stoff liefert von 20 W. an. Rein Zuschneide- u. Anprobensystem bürgt für tadellose Ergebnisse.  
**F. Hänke Prenzlauerstr. 25.** (Oranienplatz)

### Garderoben

für Herren verläufe wegen Geschäftsaufgabe zu jed. nur annehmbar. Preise. Anzüge von 11,50 an. Paletots, Mäntel, Hosen in groß. Auswahl. Auch Monatgarderoben (billig).  
**Oranienstr. 199, am Heinrichsplatz.**



## „Hoffnung“

Berliner Schneider-Genossenschaft (E. G. m. b. H.)  
gegründet von organisierten Schneidergehilfen  
Berlin N.  
Brunnenstr. 185 (am Rosenthaler Tor).

Großes Lager fertiger **Anzüge** und Sommerpaletots. Einsegnungsanzüge in allen Größen.

Neuheiten der Saison bereits erschienen.  
Lieferant der Konsumgenossenschaft und des Arbeiterradfahrerbundes.

102/1\*

## FALSCHES GELD

ausgeben bedeutet es unbedingt, wenn Sie für Ihre Kleidung zu hohe Preise bezahlen. Es ist Ihnen bei der Monatsgarderoben-Verkaufs-Gesellschaft Gelegenheit geboten, sich mit hochleganter Mass-Garderobe, die von feinsten HERRSCHAFEN, Doktoren, Kavaliereu nur ganz kurze Zeit getragen wurde, zu versehen. Dass solche Garderoben im Sitz weit besser und im Tragen viel vorteilhafter wie billige Konfektion sind, braucht wohl nicht erst hervorgehoben zu werden. Ein Versuch wird zu dauernder Kundschaft führen.

Anzüge und Paletots 8<sup>50</sup> 12<sup>50</sup> 18<sup>00</sup> Mark  
**Monatsgarderoben-Verkaufs-Gesellschaft**  
BERLIN SO, Dresdener Str. 11, am Kottbuser Tor.

Aus aller Welt.

Eisenbahnkatastrophe auf dem Bahnhof Wittenberge.

Ein schweres Eisenbahnunglück hat sich in der vergangenen Nacht auf dem Bahnhof Wittenberge bei der Einfahrt des Hamburger Postzuges ereignet. In Folge Ueberfahrens des Einfahrtssignals stieß der nachts 2 Uhr 20 Minuten eintreffende Zug gegen einen nach Lüneburg ausfahrenden Kohlenzug. Den zur Hilfestellung herbeigeeilten Stationsbeamten bot sich ein furchtbares Schauspiel. Ein Packwagen des Hamburger Zuges war durch Explosion der Gasbehälter in Brand geraten, die Flammen schlugen auf zwei Postwagen über und alle drei Wagen verbrannten vollständig. Der Oberkassierer Deiss aus Hamburg, der sich in einem der Wagen aufhielt, ist verbrannt. Durch den Zusammenstoß der Züge erlitt der Hilfsbahnwärter Jde aus Altona so schwere Verletzungen, daß er wenige Minuten darauf verstarb. Der Aushilfsheizer Präh aus Husum und der Heizer Panteleit aus Insterburg wurden schwer verletzt. Ersterer hat einen doppelten Schädelbruch davongetragen, der zweite, der zwischen Lokomotive und Tender geriet, wurde an den Beinen und am Unterkörper schwer ver-

letzt. Der Lokomotivführer Ernst Snaak aus Wittenberge und der Lokomotivführer des ausfahrenden Zuges Springer aus Wittenberge wurden leicht verletzt. Letzterer hat sich beim Abspringen von der Maschine den Fuß verstaucht. Wie verlautet, ist der Aushilfsheizer Präh seinen Verletzungen inzwischen erlegen.

Einen tragischen Ausgang

nahm in Mainz eine gegen unser dortiges Parteiorgan gerichtete Klage wegen „Beamtendeckung“. Der Ingenieur Drauth war am 6. Dezember Zeuge einer Verhaftung. Er machte von seiner Wahrnehmung dem Genossen Redakteur Schildbach von der „Volkszeitung“ Mitteilung und verlangte in dem Artikel Unterzeichnung den Schutzmann. Die Polizeibehörde drehte den Spiegel um und stellte gegen Drauth und Schildbach Strafantrag wegen Beamtenbeleidigung. Bei der Verhandlung am Dienstag vor dem Schöffengericht nahm die Polizeibehörde den Strafantrag und Schildbach die formellen Beleidigungen zurück. Ingenieur Drauth, ein verheirateter Mann von 39 Jahren und Vater von vier Kindern, hatte durch das eingeleitete Strafverfahren so sehr den Kopf verloren, daß er sich durch Einatmen von Leuchtgas vergiftete.

Neue Notizen.

Einsturz eines Gerüsts. Beim Einsturz eines Schutgerüsts an einem Neubau in Frankfurt a. M. wurde ein Arbeiter auf der Stelle getötet und ein anderer erlitt schwere Verletzungen. Schiffsunfall im Hamburger Hafen. Im Hamburger Haf-

hafen wurde Freitag morgen das Motorboot „Räthe II.“ von dem Schlepper „Annie“ überfahren. Das Motorboot kenterte. Ein Insasse des Motorboots ertrank. Von einem tollwütigen Hunde gebissen wurden in der Nähe von Lönne Rinder einer Gemeindefschule, die sich auf dem Heimwege befanden. Das Tier wurde verfolgt und es gelang, den Hund durch einen Revolvererschuss zu töten.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Table with 4 columns: Station, am 14.3., seit 13.3., Station, am 14.3., seit 13.3. Includes stations like Remel, Alft, Pregel, Insterburg, Weichsel, Thorn, Oder, Ralsbor, Stroh, Frankfurt, Wärlhe, Schläm, Landsberg, Rehe, Borsdamm, Elbe, Leimert, Dresden, Reck, Magdeburg.

+) bedeutet Busch, - Fall - \*) Unterpegel - \*) Eisverletzung - \*) eisfrei. Die Remel ist seit gestern morgen bei Schmalenkyten um 10 cm weiter gefallen; bei Lütitz ist der Wasserstand unverändert geblieben.

Theater und Vergnügungen

Sonnabend, 16. März 1912. Anfang 3 Uhr. Zirkus Sarrasani. Große Vorstellung. Anfang 8 1/2 Uhr. Neues Schauspielhaus. Agnes Bernauer. Anfang 8 1/2 Uhr. Belle-Alliance. Torquato Tasso. Anfang 4 Uhr. Urania. Taubenstraße 48/49. Von Heran zum Ortel. Paiten. Robinson Crusoe. Josef. Dormschägen. Anfang 7 1/2 Uhr. Kgl. Opernhaus. Der Rosenkavalier. Kgl. Schauspielhaus. Der große König. Deutsches. Viel Lärm um nichts. Zirkus Busch. Gala-Vorstellung. Zirkus Schumann. Gala-Vorstellung. Zirkus Sarrasani. Gala-Vorstellung. Oberland. Spezialitäten. Anfang 8 Uhr. Urania. Taubenstraße 48/49. Der Großglockner, Gastein und die Salzburger Alpen. Kammerstücke. Eine glückliche Ehe. Selbige. Glaube und Vernein. Kleines. Tanzmische. Röniggräber Straße. Die fünf Bräutigame. Neues Schauspielhaus. Familien-End. Neues. Der liebe Augustin. Meßdres. Alles für die Firma. Komische Oper. Die Fäulnisfäule. Kurfürstentempel. Der Schatz der Madama. Wehen. Wiener Blut. Schauspielhaus. Die Damen des Regiment. Berliner. Große Koffen. Neues Carretten. Von Schiller O. Grün Lea. Ein Charakter. Charlottenburg. Arch. Spitz. Witt. Schauspielhaus. Altschreiberg. Quisen. Der Berschwender. Koffe. Sonaritz und seine Frauen. Weizens. Die Nacht von Berlin. Trianon. Das keine Café. Thalia. Antolledchen. Wintergarten. Spezialitäten. Gassen. Der Kampf ums Dasein. Apollo. Spezialitäten. Weizen. Spezialitäten. Schreierfeld. Wie man Männer bessert. Der Hausstufel. Königsstadt-Kasino. Ein adeliger Rechtsanwalt und Bruder Julius. Außerdem 6 Briefl. Gassennummern. Anf. 8 Uhr. Sonntags 1/2 Uhr. Witt. Sonnab. Sonnt. Tanz.

Berliner Theater. Abends 8 Uhr: Große Koffen. Theater in der Königgrätzer Straße. Abends 8 Uhr: Die 5 Frankfurter. Neues Theater. Abends 8 Uhr: Der liebe Augustin. Sonntag 3 1/2 Uhr zum erstenmal: Der Vogelknecht. Theater des Westens. Abends 8 Uhr: Wiener Blut. Sonntag 3 1/2 Uhr: Ein Walztraum. Residenz-Theater. Direktion Richard Alexander. Abends 8 Uhr: Alles für die Firma. Schwan in 3 Akten von H. Heinequin und G. Müllers. Für die deutsche Bühne bearbeitet von Volten-Geckert. Morgen u. folg. Tage: Alles f. d. Firma. Sonntag, 24. März, 3 Uhr: Der Prinzgemahl. Quisen-Theater. Sonnabend 4 Uhr: Robinson Crusoe. 8 Uhr: Der Berschwender. Sonntag nachm. 3 Uhr: Die Geilke. Abends: Die Rose von Japan. Montag: Der Berschwender. Belle-Alliance-Theater. 8 1/2 Uhr: Die Dollarprinzessin. Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr: Die Ohre. 8 Uhr: Frühlingolust.

An die Arbeiter-Jugend! Heute Sonnabend, den 16. März 1912, findet ein Heiterer Abend in der Neuen Philharmonie, Köpenicker Straße 96-97 statt. Das Programm trägt einen leichten heiteren Charakter: Herr Koppel, der bekannte Regulator und Sänger, wird in seiner munteren und vielseitigen Weise den Hauptteil bestreiten. Zum Schluß wird er seine Frau veranlassen, einige reizende Vokalrezitationen mit ihm zusammen zu singen und zu tanzen. Ferner wird die Konzeptsängerin Frau Altes einige heitere Lieder singen. 288/9 Nachher: Ball. Anf. 8 1/2 Uhr. Garderobe 15 Pf. Programm 20 Pf., Herren 30 Pf. Ist nur bei den Ordnern am 16. März 1912 zu haben. Regen Besuch der Eltern und Kollegen erwartet. Das Komitee.

Turnverein Fichte M. d. A.-T.-B. Sonntag, 17. März, im neuen Saale der „Neuen Welt“: 1. Stiftungsfest der V. Frauen-Abteilung und 18. Stiftungsfest d. III. Männer-Abteilung. Mitwirkende: Gesangverein „Kreuzberger Harmonie“, Rezitation v. Herrn Viktor Hartberg v. Neuen Seebauhaus und Turnerische Aufführungen. Anfang 4 Uhr. 1897/2 Eintritt 30 Pf. Nach der Vorstellung: Tanz. Herren zahlen 50 Pf. nach. Billetts sind bei O. Pech, Urbanstr. 51, zu haben.

„CLOU“ Berliner Konzert-Haus. Mauerstr. 82 Zimmerstr. 90/91 Großes Konzert!!! Musik d. 1. Grde.-Drag-Regts. Oberm. Baars. und !!! Zillerthaler und Tegeraseer Sänger, Plattler und Jodler!!! Anfang 8 Uhr. An allen Wochentagen nachm.: Promenaden-Konzert bei freiem Eintritt.

Luna-Park. Ausschank von „Triumphator“ aus dem Münchener Bürger-Bräu. „Wintersportfest“ Orig.-Oberlandler-Kapelle, Orig.-Dachauer Bauern-Kapelle, Orig.-Tiroler Tänzer und Sänger, Humoristische Szenen, Volkskomiker Volksabstufungen, sensat. Attraktionen.

Apollo Theater. Das gr. komische Programm mit Oskar und Suzette moderne Tänzer Los No. 33 ufm. Casino-Theater. Volzinger Str. 37. Täglich 8 Uhr. Revität! Der neue Possenspieler Die lustige Strohwitwe. Post von Witz und Jacoby. Sonnt. 3 1/2 Uhr: Die Tochter d. Sträflings.

Zirkus A. Schumann. Heute Sonnabend 7 1/2 Uhr: Grande Soiree Highlife Die besten Musikanten 5 Herren Aurora 5 mit ihrem lebenden Roulette sowie Dir. Albert Schumann in seinen neuesten Konstruktionen und die übrigen Spezialitäten. Um 9 Uhr: Beginn des bis jetzt unübertroffenen, einzig dastehenden Ausstattungstückes Das Motorpferd in 5 Akten. Sonntags: 2 Vorstellungen 8 1/2 und 7 1/2 Uhr. In beiden Vorstellungen: Das Motorpferd.

Sarrasani Schönhauser Allee. Telefon: Nord 4100. Sonnabend und Sonntag Nachm. 3 Uhr u. 7 1/2 Uhr: 2 Vorstellungen 2. In beiden Vorstellungen, nachmittags genau so wie abends die Hauptattraktion des Novitäten-Programmes Wild-West. Nachmittags zahlen Kinder auf allen Plätzen halbe Preise. Galerie 40 Pf., III. Platz 70 Pf., II. Platz 1,20 M., I. Platz 2 M., Parkett 3 M., Logen 4 M. Vorverkauf a. d. Circus-kasse und an sämtlichen Billetverkaufsstellen von A. Werthelm.

Folies Caprice. Anfang 8 1/2 Uhr: Der Polizeihund. Das Broadway Girl. Sein letzter Wille.

Passage-Panoptikum. Lebend! Lebend! Hede das Löwenmädchen. Ein atavistisches Wunder. Das Mädchen mit dem Mähnenkopf. Halb Mensch - halb Animal. Das blaue Weib, ein Opfer wilder Barbaren. Die Frau in der Kanne, Befreiung a. d. Wassergrab. Ohne Extra-Entree!

Voigt-Theater. Gelmsdamm Badstraße 58. Morgen Sonntag, den 17. März, nachmittags 3 Uhr: Die Kreuzschreiber. Abends 7 Uhr: Gänseleffel. Schauspiel in 5 Akten nach Ratholp von Gänseleffel. Rosenerdn. 10 Uhr. Anf. 8 u. 7 Uhr.

Urania. Wissenschaftliches Theater. 4 Uhr: Von Heran zum Ortel. 8 Uhr: Der Großglockner, Gastein und die Salzburger Alpen.

Zirkus Busch. Sonnabend, den 16. März 1912: Großer Sport-Abend. 7 1/2 Uhr Die Vor- 7 1/2 Uhr Stellung beginnt m. d. großen Volks-Manege-Schauspiel „Die Hexe“. Daranschließend das szenisch-progr. Fr. Maria Mohrke, Schulleiterin - Die Orplingtons. 9 1/2 Uhr Elite- 9 1/2 Uhr Ringkämpfe. Jeder Abend bringt nur erstklassige, hochinteressante Zusammenstellungen! Kein Kampf wird wiederholt! Näheres im Abend-Programm. Sonntag, den 17. März 1912: 2 Gr. Gala-Vorstellungen 2 Nachm. 3 1/2 Uhr u. ab. 7 1/2 Uhr. Nachm. 3 1/2 Uhr zahlen Kinder unter 10 Jahren a. all. Sitiplätzen halbe Preise (Galerie volle Pr.) Nachmittags 3 1/2 Uhr gelangt von morgen ab, infolge zahlreich einlaufender Gesuche aus dem Publikum u. Kinderkreisen, das gr. Volks-Manege-Schauspiel „Die Hexe“ zur Aufführung, genau wie in der Abendvorstellung. Ohne Kürzung.

Reichshallen-Theater. Stettiner Sänger Zum Schluß: Eine Hochzeit in der Wäldertrache. Buchleite von Weizel. Anfang wochentags 8 Uhr, Sonntag 7 Uhr.

Admiralspalast Am Bahnhof Friedrichstraße. Allabendlich: Tänze auf d. Eise. Die kleine Charlotte. Weltmeister Bror Meyer. Das prächtige Eisballott Alpenzauber. Nachmittags: Kunstak-Produktionen. Bis 6 Uhr und von 10 1/2 Uhr abends halbe Kassenspreise.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Rose-Theater. Krone Frankfurter Str. 132. Nachmittags 4 Uhr: Dorgröschchen. Abends 8 Uhr: Napoleon Bonaparte und seine Frauen. Sonntag 3 Uhr: Der Gärtenbesüher. 8 Uhr: Napoleon Bonaparte und seine Frauen. Metropol-Theater. Abends 8 Uhr: Rauchen gestattet. Die Nacht von Berlin! Große Jahresrevue in 7 Bildern von Jul. Freund. Musik von G. Hoffänder. In Szene gesetzt vom Dir. H. Squib. Morgen nachm. 3 Uhr: Dorothea. Die kleinen Lämmer. Herrmfeld Theater. Ein neuer Sensationserfolg Wie man Männer bessert. 2 Akte von Anton u. Donat Herrmfeld mit den Autoren in den Hauptrollen. Hierzu die Novität: Der Hausstufel. Anfang 8 Uhr. Vorkaufvorverkauf 11-2 (Theaterkasse). Königsstadt-Kasino. Ode Postmarkt u. Alexanderstraße Täglich: Ein adeliger Rechtsanwalt und Bruder Julius. Außerdem 6 Briefl. Gassennummern. Anf. 8 Uhr. Sonntags 1/2 Uhr. Witt. Sonnab. Sonnt. Tanz.

Schiller-Theater O. Berliner. Sonnabend, abends 8 Uhr: Grün Lea. Sonntag, nachm. 3 Uhr: Der Probekandidat. Sonntag, abends 8 Uhr: Ein idealer Gatte. Montag, abends 8 Uhr: Der Weg zur Hölle. Schiller-Theater Charlottenburg. Sonnabend, abends 8 Uhr: Kyrilz-Pyritz. Sonntag, nachm. 3 Uhr: Don Carlos. Sonntag, abends 8 Uhr: Die Jüdin von Toledo. Montag, abends 8 Uhr: Der Probepfeil.

Das gr. komische Programm mit Oskar und Suzette moderne Tänzer Los No. 33 ufm. Casino-Theater. Volzinger Str. 37. Täglich 8 Uhr. Revität! Der neue Possenspieler Die lustige Strohwitwe. Post von Witz und Jacoby. Sonnt. 3 1/2 Uhr: Die Tochter d. Sträflings.

Trianon-Theater. Täglich abends 8 Uhr: Das kleine Café. Passage-Theater. Das Geisterfenster. Das weiße Geheimnis. Melia d. schönsten Tänzerin Russlands. Schneider-Duncker und das große März-Programm!





<p><b>Richard Kurtzke</b> Kottbuser Damm 8. Winnerstr. 14.</p> <p><b>Otto Pahnitz</b> Eig. Werkst. I. Haus C. Richter, Rixdorf, Friedelstr. 49. Rob. Voigt, Bismarckstr. 57. Bg. Fabr. Sattlermeister Chamäsestr. 50.</p> <p><b>Lehranstalten</b></p> <p><b>Zuschneide-Schule des Deutschen Zuschneider-Vereins, e. V., BERLIN, Mauerstr. 86/88, T. 13401.</b></p> <p><b>Rudolf Maurer</b> Friedrichstr. 66., Ecke Mohrenstr.</p> <p><b>Strahlendorffs Handels-Akademie.</b> Beuthstr. 10 u. 11, I., III. Etage. Größtes Institut Berlins. Ansführt. Lehrpläne umsonst.</p> <p><b>Linoleum u. Wachs.</b></p> <p><b>Haase</b> Rixdorf, Bergstr. 62.</p> <p><b>Häntsch</b> Weißensee, Berliner-Allee 228, Tapeten.</p> <p><b>Rausch, Rich.</b> Linoleum-Fabrik. Niederlage Warschauerstr. 6</p> <p><b>Manufakturwaren</b></p> <p><b>Grünberg Nachf. M.</b> Petersh. 84. 23. Modewarenh.</p> <p><b>Wohlfühlungen</b></p> <p><b>W. Bachmann, Charl.</b> Schlegelstr. 15.</p> <p><b>Bethke, Georg,</b> str. 44.</p> <p><b>Rixd., Eibest. 32.</b> Kalk. Friedr. 64. 44. Weesstr. 105, Friedelstr. 23. Treptow, Grütz-Str. 64.</p> <p><b>Bordasch, G. H., Kalk-Frdr.-Str. 29.</b></p> <p><b>C. Bosse, Reinkenendorferstr. 44.</b></p> <p><b>Jul. Conrad, Rheinsbergerstr. 44.</b></p> <p><b>Bernhard Danne, Katalisall. 50-51.</b></p> <p><b>C. E. Flak, N. Pankstr. 92.</b></p> <p><b>Frese, Ernst</b> 5 Geschäfte im SO.</p> <p><b>Gaeger, Otto</b> Charlottenburg.</p> <p><b>Paul Gaeger, Spandau.</b> Mohl-u. Kolonialw. Bergmannstr. 95.</p> <p><b>Jos. Hauke</b> Hermannstr. 172.</p> <p><b>Heinrich, R.</b> Hermannstr. 59/60, Bergstr. 144, Kalk. Friedr. 64. 44.</p> <p><b>Karl Huhn, Schererstr. 3.</b></p> <p><b>Korn, Hugo</b> Wrangelstr. 117.</p> <p><b>A. Kobbelt</b> Invalidenstr. T. A. Nord 4363 vis-a-vis Hotel Hesperidien.</p> <p><b>H. Krüger, Schöneb., Hauptstr. 153.</b></p> <p><b>E. Kunze, Charl., Knobelsd.-Str. 16.</b></p> <p><b>Lenz &amp; Jagmann, Winastr. 45.</b></p> <p><b>Poernerstr. 15, Stralauer-Allee 118.</b></p> <p><b>Lütke, H., Fruchtr. 67.</b></p> <p><b>Gus. Meyer, Bism. 31, 13, Wilt. 81. 1.</b></p> <p><b>C. Neugebauer Ober-Schönwalde</b></p> <p><b>Mitsch &amp; Rabsahl, Carmen-Straße 150.</b></p> <p><b>Otto Nowack Nachf. Spandau.</b></p>	<p><b>F. Pflugmacher, Colonnenstr. 48.</b></p> <p><b>Greifswalderstr. 11, vis-a-vis Lippenherstr.</b></p> <p><b>Mansteinstr. 17, Steinmetzstr. 27.</b></p> <p><b>Mariannenstr. 14, Markh. Barthelemystr. 14, Darschstr. 14.</b></p> <p><b>Reichenbergerstr. 38, Walter Seidel, Beunselstr. 24, Thiele, Nachf., Primonstr. 10.</b></p> <p><b>H. Wendler, Reinkenendorferstr. 64.</b></p> <p><b>Reinhold Werner, Tepl, Trakowstr. 30.</b></p> <p><b>B. Zyczynski, H. Pannierstr. 59.</b></p> <p><b>Möbelmagazine</b></p> <p><b>Gustav Böse</b> Tischlermstr. Lesben-Ufer 12, am Oranienplatz.</p> <p><b>Berliner Möbelh., Norden</b> Akerstr. 120 u. 121, Javalienstr. 115.</p> <p><b>Daehne, F., H., Neue Jonsstr. 36.</b></p> <p><b>A. Dohmann, Stromstr. 44.</b></p> <p><b>Wilh. Gabbert, Brunnen-Str. 102.</b></p> <p><b>Geppert, Paul, Zosenerstr. 23.</b></p> <p><b>Gericks, Fritz, Möllerstr. 148.</b></p> <p><b>Alexand.-Gleiser, A., str. 42.</b></p> <p><b>H. Giebert, Möbel-Fabrik.</b> Orll, Reinkenstr., Schwarzweberstr. 19.</p> <p><b>Wilh. Hamann</b> Schönhauser-Allee 42.</p> <p><b>Harnack</b> Stallschreiberstr. 37, Bar- und Teilschl., Verkauf i. Fabrikgeb.</p> <p><b>Hopp, Jul., Brunnenstr. 138.</b></p> <p><b>König, A., H., Berlinerstr. 102.</b></p> <p><b>Herm. Kogel</b> Rixdorf, Hermannstr. 12.</p> <p><b>Küchenmöbel</b></p> <p><b>Berliner Küchenschrank-Fabrik</b> Neue Königstr. 31-32, T. VII 4740</p> <p><b>Lüdecke, R. R., Bergstr. 4.</b></p> <p><b>Lange, Max</b> Schwedter Str. 2, a. d. Kast. Allee 6</p> <p><b>L. Lazarus, Petersburger Str. 62.</b></p> <p><b>Lüdecke, R. R., Bergstr. 4.</b></p> <p><b>Misch</b> legmund Bred. 81. 10. Kalk. Friedr. 64. 44.</p> <p><b>Hugo Moh, W. 57, Potsdamerstr. 23a.</b></p> <p><b>Rebsch, E., Spandau.</b></p> <p><b>C. Reiter Nachf., Veterenstr. 21.</b></p> <p><b>Emil Ruffler</b> Tischler-Innungsmoester Prinzenstr. 34</p> <p><b>Schmidt, Otto</b> Möbelfabrik Gartenstr. 52.</p> <p><b>Slebecky, W.</b> Gneisenaustr. 19, A. Schuster, 55. Schönwalde, Hämmerstr. 59</p> <p><b>Wilhelm Slotawa</b> Turmstr. 51, Waldenserstr. 24</p>	<p><b>Schwane, Rixd., Hermannstr. 229</b> eig. Tischlerei u. Tapezierwerkst.</p> <p><b>Wendland, Ernst</b> Swinemünd. Straße 121.</p> <p><b>Möbelfabrik - Bar- u. Teilschl. Reinkenendorferstr. 114.</b></p> <p><b>Herm. Wendland</b> Charlottenburg Scharenstr. 10.</p> <p><b>Möbel-Transport</b></p> <p><b>P. Enders, Hermannstr. 1, Karl 4134.</b></p> <p><b>Robert Frenzel, Cöpenickerstr. 182.</b></p> <p><b>Kröger, Rixd., Hermannstr. 254, T. 518.</b></p> <p><b>Ritterstr. 96, IV., 4138.</b></p> <p><b>J. Lange</b> Billigte Freibeberung. Paul Schur, G. a. H. D., Dirschnstr. 19. 32.</p> <p><b>Molkereien</b></p> <p><b>Molkerei „Nord-West“</b> Bremerstr. 50. Bredowstr. 26</p> <p><b>Milchkuranstalt am Viktoriapark</b> Kreuzbergstr. 27-28, T. A. VI. 1070</p> <p><b>Kinder- und Kurmilch</b></p> <p><b>Milch Schmidt</b> Rixdorf Hermannstr. 53, Hermannstr. 95-96.</p> <p><b>„Schweizerhof“</b> Meierei und Milchkuranstalt, Endener Str. 44. u. Tel. II. 2563.</p> <p><b>Musikalien</b></p> <p><b>Niemeyer, Rixdorf, E. Kippenkerstr. 76</b></p> <p><b>Scholz</b> Frankfurter-Allee 73b</p> <p><b>Frankf.-Chaussee 115.</b></p> <p><b>Musikinstrumente</b></p> <p><b>Kirst, Rich., Brunnenstr. 45.</b></p> <p><b>Menzel-Pianos</b> Chlig, Kantstr. 21 geht i. jedem Preis.</p> <p><b>Plato &amp; Co., Köpenickerstr. 105/6.</b></p> <p><b>Lorenz Rahmel, Oranienstr. 181</b></p> <p><b>Lorbeer, Müllerstr. 14.</b></p> <p><b>Musik-Haus</b> Größtes Spezialgeschäft der Branche. Spittelmarkt 14 u.</p> <p><b>Reetz, Spandau, Havelstr. 21.</b></p> <p><b>Schmidtke, Otto, H., Richardstr. 113.</b></p> <p><b>Nähmaschinen</b></p> <p><b>Bellmann, E., Gollnowstr. 25.</b></p> <p><b>Ferra</b> Hermannstr. 177.</p> <p><b>Pfaff</b> bestes deutsches Fabrikat Steinhauser, Spandau.</p> <p><b>Littauer, Vertr. Wilke,</b> H., Berlinerstr. 24, Hermannstr. 19/20.</p> <p><b>Singer Nähmaschinen</b> Läden in allen Stadtteilen.</p> <p><b>Afrann-Nähmaschinen</b> 6. A. Hülsen, Andreasstr. 73, Fehrburgstr. 27, Spandau, Schwälderstr. 19</p>	<p><b>Optiker</b></p> <p><b>Bardorf, Monbit, Turmstr. 74.</b></p> <p><b>Daso, Paul, N. Möllerstr. 174.</b></p> <p><b>Groß, Paul, Warschauerstr. 66.</b></p> <p><b>Hasler, Gollnowstr. 18, Kassenstr. E. Riek, Münzstr. 14-15.</b></p> <p><b>Schubert, Carl, H., Borgstr. 148.</b></p> <p><b>Wienstruck, Spandau, Potsdamerstr. 19.</b></p> <p><b>Papier- u. Schreibw.</b></p> <p><b>O. Prochnow, Rixd., Hermannstr. 69.</b></p> <p><b>Seldler, Louis, H., Bergstr. 42.</b></p> <p><b>Pfandleihen</b></p> <p><b>Rixd. Pfandleihe</b> nur Bergstr. 58</p> <p><b>Spethliger Betsverkauf, Hochendern</b> Herrenspar. Uhrenverk. Schmackack. etc.</p> <p><b>E. Kron, Köpenickerstr. 55a, I. Langer, Wraselstr. 32, Billigverkauf.</b></p> <p><b>Schmidt, Fennstr. 3</b></p> <p><b>E. Senfblöben, Kottb.-Damm 28, I.</b></p> <p><b>Photog. Apparate</b></p> <p><b>Hugo Schütz</b> Müllerstr. 166 u. Eig. Artikel 24, Geylenhütchenstraße 24.</p> <p><b>Zarumba, Wilsbergstr. 1, T. 623322.</b></p> <p><b>Putz- u. Modewaren</b></p> <p><b>M. Haase</b> Rixdorf, Bergstr. 1 Putzgeschäft.</p> <p><b>34 Hermann-Str. 34</b> Damenhüte</p> <p><b>Bertha Mierzwa</b> Franzfurter-Allee 65 Spezialhaus für Damenhüte</p> <p><b>Peters</b> Spezialh. I. Damenhüte L. I. Frankf.-Chaus. 122a Lief. d. Konsumgenossenschaft. Schmalhütel, H. Bergstr. 181, Putz, Tapete.</p> <p><b>Puppen</b></p> <p><b>P. R. Zierow,</b> Schönhauser Allee 179</p> <p><b>Rosterhandlungen</b></p> <p><b>Luise Frömel, Greifswalderstr. 197.</b></p> <p><b>Carl Joch, NO, Pallasstr. 27.</b></p> <p><b>Pauline Preisling, Reinkenendorferstr. 131.</b></p> <p><b>Berth. Schreiber, Neue Kälgstr. 15.</b></p> <p><b>Schuhwaren, Schuhm.</b></p> <p><b>Ernst Adam, Friedrichshagen, Anhalt, E., Andreasstr. 13.</b></p> <p><b>Baumgart, H., Kantowstr. 28.</b></p> <p><b>Warschauerstr. 91</b></p> <p><b>Hans Bry</b> Rumburg, Mozartstr. 2.</p> <p><b>Damaschke, Invalidenstr. 144.</b></p> <p><b>J. Denzig Nchl., Chausseestr. 28</b></p> <p><b>Eilers, Anhaltstr. 4, Lindagstr. 112.</b></p> <p><b>Engel, W., Reinkenendorferstr. 93</b></p> <p><b>Osk. Engler, Swinemünderstr. 61.</b></p> <p><b>Osw. Fabjan, Köpenick, Klotzstr. 1.</b></p> <p><b>Floer, Friedr., Sparr-Str. 17.</b></p> <p><b>Formanowicz, Isackstr. 53 (109. Bah.)</b></p> <p><b>Otto Grötsch, Chausseestr. 121. 57.</b></p> <p><b>Goldmann, Spandau, Schwälderstr. 34.</b></p> <p><b>Heinrich Johann, Petersb.-Str. 24.</b></p> <p><b>H. Jetzlaff, Badstr. 54.</b></p> <p><b>Fabrikmarke für haltbare Filzschuhe und Pantoffeln.</b></p> <p><b>Kn</b></p> <p><b>F. Lange, Nowawos, Priesterstr. 20</b></p>	<p><b>Herm. Kärmer, Cöpenick.</b></p> <p><b>G. Kramer, Wilm., Berlinstr. 121.</b></p> <p><b>Fiedr. A. Lange, Lesbenherstr. 64.</b></p> <p><b>Paul Lehmann, Friedrichshagen.</b></p> <p><b>Ernst Müller, Fehowestr. 28.</b></p> <p><b>Nehring-Charly, Kalk-Apparat-Allee 10.</b></p> <p><b>C. Neumann, Falkensteinstr. 27.</b></p> <p><b>Peterohn, Osk., Möllerstr. 155.</b></p> <p><b>Pflaumann, Jagowstr. 20, 57.</b></p> <p><b>Reetz, Max</b> Spandau, Schönwalderstr. 12.</p> <p><b>G. Reichenberg, Schlegel, Akazienstr. 4.</b></p> <p><b>Schmidt, Gebr., Fennstr. 59.</b></p> <p><b>Schuhwarenhaus des Westens</b> Turmstr. 74.</p> <p><b>Schwensener, Termstraße 45.</b></p> <p><b>Alb. Seeger, W., Lortzingstr. 6</b></p> <p><b>Sommer, Wih., N. Schlegel-Allee 53.</b></p> <p><b>A. Trettle, Friedrichshagen, Friedrichstr. 23.</b></p> <p><b>Witt, Spand., Neuendorferstr. 99.</b></p> <p><b>Schirme u. Stöcke</b></p> <p><b>Grod, F., Spandau, Potsd. Str. 19.</b></p> <p><b>Herrmann, Lychowstr. 3. Eig. Fabrikat.</b></p> <p><b>Jehnichen, Rixdorf, Kalk-Friedr.-Str. 18</b></p> <p><b>M. Lerche, Schöneberg, Kellnerstr. 62</b></p> <p><b>A. Rieke, Badstr. 11, Bestüge billigst</b></p> <p><b>Herm. Rosenky, W. Manielerstr. 4.</b></p> <p><b>G. Schlusener, Warschauerstr. 88.</b></p> <p><b>Seifen</b></p> <p><b>Gustav Gumbal, Kantstr. 64.</b></p> <p><b>Heldke, Paul, Borsdorfstr. 13.</b></p> <p><b>Topfliche u. Gärten</b></p> <p><b>J. A. Schulz</b> Weinberg-Weg 10 I.</p> <p><b>Trauer-Magazin</b></p> <p><b>Westmann</b> Mohrenstr. 27a, Gr. Frk. Str. 118.</p> <p><b>Uhren u. Goldwaren</b></p> <p><b>Oscar Aldag, Charl., Krummest. 29.</b></p> <p><b>J. Behrendt, Wraselstr. 52.</b></p> <p><b>Otto Brauer, Möllerstr. 164.</b></p> <p><b>Charlottenburg</b></p> <p><b>Max Eisermann, Charl., Schlegelstr. 13.</b></p> <p><b>Brüggemann, Reinkenendorferstr. 64.</b></p> <p><b>Bürger, Jul., Möllerstr. 6.</b></p> <p><b>Max Busse</b> Brunnenstr. 178-177.</p> <p><b>W. Elsoff, Charl., Wilsdorfstr. 111.</b></p> <p><b>Killinghausen, Gebr., Grützweg 45.</b></p> <p><b>Fenske, S., Kottbuserdamm 98</b></p> <p><b>P. Fischer, SO., Michelskirchstr. 8.</b></p> <p><b>J. Gebhardt</b> Charlottenburg, Berlinerstr. 124.</p> <p><b>George, Adolph, Badstr. 65.</b></p> <p><b>Ernst Gräber, Brunnenstr. 76.</b></p> <p><b>Belwever, 57, I. 4. 4.</b></p> <p><b>M. Groppe</b> Kossau-Gen. Berlin 2. 1. M.</p> <p><b>Kammer, Charl., Krummest. 28</b></p> <p><b>M. Zariel</b> 118.</p> <p><b>Kalebusch, W., Frk. Chaussee 1</b></p> <p><b>E. Knuth, Boxberg, Senatsstr. 1</b></p> <p><b>F. Lechtermann, Dreyse-2. Wilsdorfstr.</b></p> <p><b>Lehmann, Alb., Frankf. Allee 40.</b></p> <p><b>Lehmann, Wih., Kottb. Damm 23.</b></p> <p><b>Lüders, H., Schönberg, Kalkenstr. 53.</b></p> <p><b>Nolte, K., Simon-Dachstr. 13.</b></p>	<p><b>Rudolf Planz,</b> Brunnenstr. 112.</p> <p><b>Quitlow, Joh., Möllerstr. 1a.</b></p> <p><b>Emil Quade</b> Schönberg, Hauptstr. 143.</p> <p><b>Carl Schlewinsky, Köpenickstr. 4.</b></p> <p><b>R. Schmelz,</b> Schlegelstr. 143</p> <p><b>Willy Schmidt, Fehowestr. 13.</b></p> <p><b>Gustav Scholz</b> Schönberg, Hauptstr. 155.</p> <p><b>Schönemann, G. H., Berl.-Str. 73.</b></p> <p><b>F. Schönwig, Bert. O., Gusslerstr. 37</b></p> <p><b>W. Schultz-Buchner, Neue Bahnhofsstr. 32</b></p> <p><b>Schumacher, O., Tegeel, Berl.-Str. 6a.</b></p> <p><b>Schulz, Osw., Frankf. Allee 24.</b></p> <p><b>Gust. Schoder, Oranienstr. 155-56.</b></p> <p><b>W. Stendel</b> Swinemünderstr. 89</p> <p><b>Ecke Lortzingstr.</b></p> <p><b>Max Storch, Eilbingerstr. 100.</b></p> <p><b>M. Tomedina Nchl., Berlinstr. 14.</b></p> <p><b>Paul Trenk, Charl., Spand.-Str. 32.</b></p> <p><b>A. Treuner, Wilschlag, Hauptstr. 12.</b></p> <p><b>Truxa, W., Frankf. Allee 158.</b></p> <p><b>Uhren- u. Goldwaren-Industrie</b></p> <p><b>Berlin 220, Lindanstr. 16.</b> Beste direkt. Bezugsquelle! Katalog gratis. Versand nach allerh. billige Preise.</p> <p><b>H. Welse, Nowawos, Priesterstr. 74</b></p> <p><b>Rixdorf, Wiltig, Ad., Berlinerstr. 44.</b></p> <p><b>Zabel Nchl., Charl., Berlinstr. 118.</b></p> <p><b>Versicherungen</b></p> <p><b>„Deutschland“ Berlin</b> Arbeitsversicherung - Schützen-Sterbekassenversicherung. str. 1.</p> <p><b>Friedrich Wilhelm“</b> Berlin 78, Behrenstr. 58-61</p> <p><b>Lebens-, Sterbekassen-Arbeitsversicherung.</b> Mit u. ohne Erbz. Untersuchung. Jahres-, Monats-, Wochenbeiträge</p> <p><b>„Iduna“ zu Halle a. S.</b> Berlin, Charlottenstr. 83</p> <p><b>Volks- und Lebensversicherung.</b></p> <p><b>Warenhäuser</b></p> <p><b>Warenhaus M. Hirsch</b> Spandau</p> <p><b>Wilh. Herm. Lesser</b> Kaiserstr. 54 Schönberg Kaiserstr. 54</p> <p><b>Bei jedem Einkauf Rabatt.</b></p> <p><b>Weine, Lihre u. Fruchtsäfte</b></p> <p><b>Hugo Beling</b> 60 Filialen in allen Stadtteilen.</p> <p><b>Beitinger, E., Wald-Ecke, Wilsdorf.</b></p> <p><b>Elle m. Wyle, Likörfabr., Gerichstr. 14.</b></p> <p><b>Groß, „Zur Sonne“, P. Fehowestr. 14.</b></p> <p><b>Martin, Bruno, H., Hermannstr. 13.</b></p> <p><b>Brunnenstr. 10</b></p> <p><b>Ignatz Sello</b> 100 Filialen, Eilbingerstr. 100.</p>	<p><b>Gonrad Großdestillation</b> Oranienstr. 207.</p> <p><b>Waschmittel</b></p> <p><b>Verlangen Sie „Edelweiß“</b> Krone aller Waschmittel.</p> <p><b>Weiß-, Woll-, Trikot.</b></p> <p><b>Ahlscher, Gust., Chorinerstr. 75.</b></p> <p><b>H. Barts, Schönhauser Allee 107.</b></p> <p><b>Bredow, Otto, H., Hermannstr. 56</b></p> <p><b>M. Gardels</b> Tauroggerstr. 10</p> <p><b>Georgi, Ernst</b> Kraus Str. 51a</p> <p><b>Hoffmann, Carmen</b> Syvastr. 5</p> <p><b>Hoppe, E., Scharnweberstr. 52.</b></p> <p><b>Julius John</b> Lortzingstr. 2.</p> <p><b>Dankstr. 1.</b></p> <p><b>Jonas, Hermann</b> Eilbingerstr. 111</p> <p><b>Julia, Eilbingerstr. 111</b></p> <p><b>Juncker, H., Hermannstr. 172.</b></p> <p><b>Carl Klein, Hächelstr. 16, N. O. 18.</b></p> <p><b>Robert Kutsche, Gubenstr. 55</b></p> <p><b>Kriebel, Schöneberg, Leuthenstr. 5</b></p> <p><b>A. Kessler, Caprivierstr. 5</b></p> <p><b>Ch. Loewy,</b> Rixdorf, Bergstr. 92. 53</p> <p><b>Meyer, Hermannstr. 12, (Arbeitsbörse)</b></p> <p><b>Nachmann, Möllerstr. 171a, Konz. 117.</b></p> <p><b>Fr. Olwetzki, Alte Jakobstr. 127.</b></p> <p><b>Schaefer,</b> Husdenstr. 43.</p> <p><b>M. Schaefer</b> S. W. Hollmannstr. 43</p> <p><b>W. Maassenstr. 17.</b></p> <p><b>Schroth, Lina, Mirlachstr. 31.</b></p> <p><b>Otto Seelisch, Kochhanstr. 3.</b></p> <p><b>Hermann Meyer, Schlegelstr. 114</b></p> <p><b>J. Seiler, Reinkenstr. 114</b></p> <p><b>Ad. Schäfer Nchl.</b> SO. Admiralstr. 4.</p> <p><b>L. Schneider, Weberstr. 61.</b></p> <p><b>Ellenbethkirchstr. 13</b></p> <p><b>A. Tschede</b> Wäsche, Bettfedern</p> <p><b>Thurau, O., Charl., Cauerstr. 14</b></p> <p><b>L. Vierarm, Zionskirchstr. 34.</b></p> <p><b>E. Voigt, Reinkenstr., Amstutz 101.</b></p> <p><b>Urbanstr.</b></p> <p><b>Albert Vogt</b> 21.</p> <p><b>Wild u. Geflügel</b></p> <p><b>C. Dittmann</b> Rixdorf, Berliner Str. 43.</p> <p><b>P. Hildebrandt</b> Brunnenstr. 122.</p> <p><b>Schmidt, E., Spandau, Havelstr. 19.</b></p> <p><b>Zastrow, Landsberger-Allee 147, Flecht.</b></p> <p><b>Zahn-Atelier</b></p> <p><b>E. Bode, N. Schönhauser Allee 41.</b></p> <p><b>L. Hollbruch, Hermann, Pankf. 5. geg. 1871</b></p> <p><b>Herold, H., Bismarckstr. 97, a. Kassenstr. 21.</b></p> <p><b>Jordan, Alfr., Fennstr. 61, geg. 1858.</b></p> <p><b>Köhler, O., Marienkirchstr. 30/31</b></p> <p><b>Muskauerstr. 104</b></p> <p><b>Witte, Max</b> Ecke Käsestr. 12.</p>
---	--	--	--	--	---	--

# Ein Fortschritt

bedeutet unsere neue Verkaufsart, denn wer nur einmal bei uns kauft, spart Geld und empfiehlt uns.

Die Feststellung des Selbstkostenpreises geschieht auf Grund des Einkaufspreises zuzüglich sämtlicher Geschäftsumkosten.

Gemäß ihrer beim Bericht niedergelegten Statuten ist unsere Gesellschaft danach an obige Betriebsart gebunden und infolge öffentlicher Bekanntmachung von Gesetzes wegen zu ihr verpflichtet. Wir verkaufen z. B.:

## Knaben-Anzüge

Selbstkostenpreis	2,50	4,25	7,75	9,50
Verkaufspreis	2,75	4,67	8,52	10,45

## Einsegnungs- u. Prüfungsanzüge

Selbstkostenpreis	7,50	12,25	18,50	25,75
Verkaufspreis	8,25	13,47	20,35	28,32

## Herrenanzüge = Ulster = Paletots

Selbstkostenpreis	14,25	21,—	26,50	33,50
Verkaufspreis	15,67	23,10	29,15	36,85

Sämtliche Berufskleidung. Anfertigung nach Maß.

# Deutsche Bekleidungs-gesellschaft m. b. H.

für den Vertrieb von Herren- und Knaben-Garderobe.

Gr. Frankfurterstraße 4, Turmstraße 80, neben kleinen Tiergarten.

### Teppiche

150x300:	5 bis 19 Mk
165x330:	10,50 bis 40 Mk
200x300:	22 bis 64 Mk
250x350:	52 bis 120 Mk
300x400:	67 bis 186 Mk

Gardinenhaus Bernhard Schwarz Wallstr. 13 (dreizehn)

### Monats-Garderobe

Spezialhaus für wenig getragene, (alt neue) Jackett-Anzüge, Rock-Anzüge, Gehrock-Anzüge, Smoking-Anzüge, Frack-Anzüge, Sommer-Paletots, Weinleider (auch f. corpulente Herren), sowie Reiter-Jackens, Frack, schwarze Trenchcoats. Dieselben sind teils aus Seide gearbeitet und nur kurze Zeit getragen, läuft man (spottbillig) bei Weingarten, Prinzenstr. 28, I. Etage.

Schöne Ritterstr. (früher 20 Jahre Giltiger Str.). Bitte auf Straße und Hausnummer zu achten.

# Tadellos 1 M.

wöchentliche Teilzahlung liefert elegante Herren-Moden

fertig und nach Mass. Garantie für tadellosen Sitz und feinste Verarbeitung.

## J. Kurzberg

Mass-Schneiderei

Rosenthaler Strasse 40-41 am Hackeschen Markt  
Frankfurter Allee 104 part, Ecke Friedenstraße  
Reinkenendorfer Strasse 4 am Weddingplatz



## Konfektions-Haus für Damen- u. Mädchen-Bekleidung

# Oskar Wollburg,

Brunnenstrasse 56.

### Frühjahrs-Neuheiten.

Kostüme aus pa. blassem Kammgarn mit Spandaustragen. Jacke auf Seide.	32.-, 45.-, 58.-M.
Kostüme aus prakt. engl. Stoffen, Helde-revers u. Knopfgarnitur.	19.50, 27.-, 38.-M.
Übergangs-Paletots und Ulster, feine Formen in blau, u. engl. Stoff.	12.75, 15.50, 22.- bis 36 M.

Fräulein-Mantel u. Paletots aus pa. Tuch, Ripps etc. in hervorragend. Neuheiten 18.50, 29.-, 38.- bis 54M.

Röcke, schwarz u. farbig, Lasting, Popeline und engl. Stoffen, besonders schicke Passagen. 3.90, 6.50, 11.75 bis 28.-M.

Backfisch- u. Kinder-Konfektion für jedes Alter in geschmackvollen Ausführungen. 24.75 M.

Schickes Kostüm 24.75 M.

Kein Zwischenhandel.

Partei-Angelegenheiten.

Zweiter Wahlkreis.

Arania-Vorstellung: Sonntag, den 17. März. Zum Vortrag gelangt: „Aus dem Leben des Meeres“.

Neufuß. Morgen, Sonntag, den 17. März, findet abends in Partischs Festsaal eine Märzfeier statt.

Groß-Lichterfelde. Die Parteigenossen, welche am Sonntag, den 17. März, an der Konsumbesichtigung teilnehmen, treffen sich

Stettin. In einer wichtigen Flugblattverbreitung treffen sich die Genossen und Genossinnen am Sonntagmorgen um 8 Uhr in den Bezirkslokalen.

Am Dienstag, den 19. März, abends 8 1/2 Uhr, findet im „Kaiser-Wilhelmgarten“ in Friedenau, Rheinstr. 63, eine öffentliche Versammlung statt.

Zeichenberg. Heute, Sonnabend, den 16. März, abends 8 1/2 Uhr, bei Wilhelm Nief, Karstr. 12: Protestversammlung gegen das neue Einkommensteuergesetz.

Arbeiter und Arbeiterfrauen! Erscheint in Massen in der Versammlung. Nach der Versammlung gesellige Unterhaltung.

Friedenau. Die für heute abend 7 Uhr angekündigte Flugblattverbreitung findet nicht, wie gestern irrtümlich angegeben, vom Restaurant Stein aus, sondern von den Bezirkslokalen aus statt.

Britz-Buckow. Sonntag, den 17. März: Besichtigung der Konsumgenossenschaft. Treffpunkt: 9 Uhr früh bei Hoffmann, Rudower Straße 85.

Nieder-Schöneweide. Morgen, Sonntagvormittag, von 8 Uhr ab: Wichtige Flugblattverbreitung in Kumbiers zur Gemeindevorwahl von den Bezirkslokalen aus.

Mariendorf. Sonntag früh 8 Uhr von den bekannten Bezirkslokalen aus: Wichtige Flugblattverbreitung.

Am Montag, den 18. März, abends 8 Uhr, findet im Lokale von Stechert, „Sporthaus Marienhöhe“, Tempelhofer Straße, eine öffentliche Versammlung statt.

Reinickendorf-West und Ost. In Reinickendorf-West findet am Sonntag früh 8 Uhr eine Flugblattverbreitung statt, die für Reinickendorf-Ost angekündigt ist.

Adlershof. Die Partei- und Gewerkschaftsmitglieder werden ersucht, zu einer morgen, Sonntagvormittag 8 Uhr, stattfindenden Flugblattverbreitung im „Jugendheim“, Widmarstr. 11, zu erscheinen.

Adenick. Heute, Sonnabend, von den bekannten Stellen aus: Flugblattverteilung.

Nieder-Schönhausen-Nordend. Am Sonntag früh 8 Uhr von den bekannten Stellen aus: Flugblattverbreitung.

Bankow. Am Sonntag, den 17. März, vormittags 8 Uhr, von den bekannten Stellen aus: Flugblattverbreitung.

Berliner Nachrichten.

Die Steuerermisere in den Gemeinden von Groß-Berlin

geht weiter. Der in diesem Jahre gemachte Versuch, unter den maßgebenden größeren Gemeinden von Groß-Berlin einen einheitlichen Steuerzuschlag zu vereinbaren, ist gescheitert.

So sehr wir es begrüßen, daß der Steuerfuß ein möglichst niedriger ist, zumal im Interesse der kleinen Steuerzahler, so ist doch nicht zu verkennen, daß die heutige Wirtschaft der durch das Dreiklassenwahlrecht in den Gemeinden aufschlaggebenden Privilegiertenklasse zu recht ungesunden Finanzverhältnissen geführt hat, die in der Folge zum vollständigen Ruin der Gemeinden führen müssen.

Es ist gar kein Zweifel, daß die einzelnen Gemeinden infolge der jetzigen Steuerpolitik immer mehr zur Schulden- und Anleihenwirtschaft übergehen. Einrichtungen, wie Schulbauten, die selbst nach Ansicht der Regierung aus laufenden Mitteln bestritten werden müssen, werden aus Anleihen bestritten. Und je schlechter die Finanzen werden, desto mehr wird zu Anleihen geschritten.

höhere Tilgungsfähigkeit vor wie früher. Warum sie aber entgegen ihrer wiederholt geäußerten Ansicht, Schulen aus laufenden Mitteln zu bauen, Anleihen zu Schulbauten zuzustimmen, ist unverständlich.

Alles in allem ist die Steuerermisere in Groß-Berlin vorhanden. Darunter leidet die Bevölkerung und die Gemeinden kommen nicht vorwärts. Eine freiwillige Vereinbarung unter den Gemeinden, um zu einer Gesundung der finanziellen Verhältnisse zu kommen, ist gescheitert.

Aus der Geschichte der Alten Jakobstraße. Fünzig Jahre sind jetzt verstrichen, seitdem die Alte Jakobstraße über die Hollmannstraße hinaus bis zu den Kürassierkassen durchgelegt worden ist, wovon bekanntlich die eigenartige Nummerierung herrührt, die mit Nr. 1 nicht am Ende, sondern inmitten des Strahenzuges beginnt.

Der Leiter des Berliner städtischen Bureaus für das Bestattungswesen, Magistratssekretär Wiel ein Sohn des Bureauvorstehers der städtischen Tiefbauverwaltung, ist nach kurzer Krankheit an Lungenerkrankung und Herzschwäche gestorben.

50 Prozent Fahrpreisermäßigung nach München. Der bayerische Verkehrsminister hat auf den Antrag des Internationalen Verkehrsverbundes, Abteilung Bayern, für die Fahrt zur Münchener Gewerbeausstellung 1912 eine Fahrpreisermäßigung von 50 Prozent für alle Personen gewährt.

Die Tränkebeden an den öffentlichen Straßenbrunnen sollen in Zukunft von Pferden nicht mehr benutzt werden. Hierzu sollen lediglich Eimer zur Verwendung kommen, die die Drohschleusen abnehmen bei sich führen und auch jetzt schon meistens in Gebrauch haben.

Zur Enteignung des Inselfeichers. Der Magistrat hat beschlossen, die Dringlichkeit der Enteignung des Inselfeichersgrundstücks bei dem Polizeipräsidenten zu beantragen.

Todesstrafe des Wrightfliegers Witte. Gestern vormittag 11 Uhr 30 Minuten stürzte auf dem Flugplatz Teltow der bekannte Wrightflieger Gustav Witte, nachdem er zwei Runden bei böigen Winden geflogen war, beim Schluß der zweiten Runde aus einer Höhe von 30-50 Meter ab.

Verhaftung des Raubüberfall auf den Kraftwagenführer Grundmann wird mitgeteilt, daß es der Kriminalpolizei nunmehr gelungen ist, einen Mann ausfindig zu machen, dem die beiden Räuber nach dem Mordanschlag begegnet sind.

1000 Mark Belohnung! Am 7. März 1912, abends etwa 8 1/2 Uhr, wurde der Chauffeur Grundmann auf der Döberitzer Heerstraße von zwei jungen Männern aus dem Wagen heraus in räuberischer Wästel durch zwei Schüsse lebensgefährlich verletzt.

Der Täter werden wie folgt beschrieben: Der Kleinere ist etwa 1,62 Meter groß, schlank, etwa 30 Jahre alt, hat ein auffallend bleiches, barloses Gesicht, blondes Haar und trug einen grauen, tellerförmigen Filzhut, grauen Ullter, schwarze, schmutzige, vorn spitz zulaufende, ausgegetretene Schmirchschuhe.

Der größere ist etwa 1,68 Meter groß, von schlanker Figur, Anfang der zwanziger Jahre alt, hat ein blaßes Gesicht, schwarzes, bis in die Stirn reichendes Haar und trug einen Ueberzieher, der etwas dunkler als der seines Komplizen war, und schmutzige Schuhe.

Ein Baumfall ereignete sich am Freitagnachmittag auf einem Neubau der Charlottenburger Baugenossenschaft am Ronnendamm, die dort einen großen Häuserblock aufzuführen läßt. An einem der Häuser, dessen Vorderfassade mit Dachstuhl verbunden wird, waren mehrere Dachdecker beschäftigt.

mit dem Kopf tief in den Boden eingewühlt und Wittes Körper hatte selbst eine Vertiefung von etwa 80 Zentimeter in dem Boden verursacht. Auf dem harten Boden muß der Tod sofort eingetreten sein. Der Gesichtsausdruck des Toten ist friedlich.

Ein Räuberhäftling, der längere Zeit Berlin mit seiner Umgehung und auch andere Städte unsicher machte, ist auf Veranlassung der hiesigen Kriminalpolizei jetzt in Krakau hinter Schloß und Riegel gebracht worden.

Der Unfall ist der erste mit tödlichem Ausgang auf dem Flugplatz Teltow. Witte war noch vor einigen Tagen wegen seiner steilen Gleitflüge gewarnt worden, hatte aber alle Bedenken in den Wind geschlagen.

Die beiden Täter sind von der Reinickendorfer Straße abgefahren, und da an dem Abend sehr regnerisches Wetter war, haben sie möglicherweise in der dortigen Gegend vorher ein Lokal besucht; vielleicht wohnen sie auch auf dem Wedding.

Welchen Weg die Täter nach der Verübung des Verbrechens eingeschlagen haben, ist noch nicht festgestellt worden. Sie können erst gegen Morgen nach Hause zurückgekehrt sein und müssen ihre Kleider auf der Flucht sehr beschmutzt, vielleicht auch am Gebüsch zerrissen haben, was Zimmervermieten aufgefalten sein könnte.

Es wird gebeten, auffällende Mitteilung an die unterzeichnete Behörde zu richten; Anzeigen werden auch von jedem Polizeirevier entgegengenommen.

Auf die Ergreifung der Täter ist obige Belohnung ausgesetzt worden.

Verstorbener Polizeiwachmeister. Seit dem 13. d. M. ist der 47-jährige Polizeiwachmeister A. Herbach, Belle-Alliancestraße 4 wohnhaft, spurlos vermisst.

Ein Baumfall ereignete sich am Freitagnachmittag auf einem Neubau der Charlottenburger Baugenossenschaft am Ronnendamm, die dort einen großen Häuserblock aufzuführen läßt.

Selbstmordversuch des Pastors a. D. v. Hennings. Im Hause Waldstraße 23 hat Donnerstagnachmittag der Pastor a. D. v. Hennings,

gegen den, wie berichtet, ein Strafverfahren wegen Sittlichkeitsvergehen gegen einen Knaben schwebt, einen Selbstmordversuch unternommen. Er jagte sich in seiner Wohnung eine Nibelungsverletzung in den Kopf und wurde schwerverletzt nach dem Krankenhaus Moabit gebracht. Sein Zustand gibt zu ernstlichen Bedenken Anlass. Pastor v. Hennings war seit Dezember probeweise in der Geschäftsstelle des Deutsch-evangelischen Vereins zur Förderung der Sittlichkeit beschäftigt. In der gegen ihn schwebenden Strafangelegenheit werden ihm tätliche Verleumdungen vorgeworfen. Wie berichtet, soll sich Pastor a. D. v. Hennings wiederholt in Moabit an halbwüchsige Schulknaben herangedrängt und ihnen unter Geldversprechungen unzüchtige Anbetreibungen gemacht haben.

**Wer sind die Toten?** Seit einigen Tagen kam in eine Schanzenwirtschaft in der Neuen Königstraße wiederholt ein Mann, der etwas heruntergekommen aussah, jedesmal ein Glas Bier oder einen Schnaps trank, und wieder wegging, ohne mit dem Wirt oder mit einem anderen Gaste ein Wort zu wechseln. Gestern Abend erschien er wieder um 10<sup>1/2</sup> Uhr. Er trank einen Schnaps, bezahlte ihn, setzte sich dann aber wieder an den Tisch und rauchte noch eine Zigarette. Dann ging er nach dem Hof, als ob er hätte austreten wollen. Bald darauf fand man ihn im Klosetraum erhängt und schon tot wieder. Die Leiche wurde beschlagnahmt und nach dem Schaulause gebracht. In den Akten des Toten fand man Papiere auf den Namen eines 30 Jahre alten Mannes Ernst Wagner. Ob das aber der Name des Selbstmörders ist, steht noch nicht fest. — Der Arbeiter Stanislaus Werner aus der Schulstraße, der seit 6 Wochen keine Beschäftigung hatte, lernte vor einigen Tagen auf der Arbeitstunde einen Lebensgenossen kennen, der seitdem mit ihm gemeinsam die Arbeit nachweislich aufnahm. Weil der Mann keine Wohnung hatte, so nahm er ihn öfter abends mit nach Hause und ließ ihn bei sich übernachten. Nach dem Namen fragte er ihn weiter nicht, er begnügte sich damit, daß sich der Unbekannte ihm gegenüber Gril nannte. Gestern Abend kam der Mann um 7 Uhr allein nach der Wohnung Werners, als dieser nicht zu Hause war. Auf Frau Werner machte er den Eindruck, daß er getrunken hatte und auch leidlich war. Sie erlaubte ihm deshalb aus Mitleid, sich auf das Bett zu legen. Als Werner abends um 10<sup>1/2</sup> Uhr heimkehrte, fand er seinen Gast in den letzten Stufen daliegen. Er holte schleunigst einen Arzt von der Reutimatsstraße in der Lindowstraße. Als dieser jedoch kam, war der Mann schon tot. Die Todesursache konnte der Arzt nicht feststellen. Die Leiche wurde nach dem Schaulause gebracht. Der Mann ist etwa 55 Jahre alt und trug eine grau gestreifte Hose, ein dunkelblaues Jackett und ein weißes Hemd, das F. K. gezeichnet ist.

Hinter dem Grundstück Holzmarktstr. 21 wurde gestern wiederum eine Leiche aus der Spree gelandet. Das Grundstück stößt an einen Stadtbahnhof, von dem ein Pfeiler etwas weit ins Wasser vorspringt. Alle Gegenstände, die im Wasser treiben, stoßen an diesen Pfeiler an und bleiben im Bogen liegen. So auch die Leichen von Personen, die vielleicht schon lange Zeit vorher an einer anderen Stelle ins Wasser gegangen sind. Sie sind daher auch meistens in Verwesung übergegangen und können ihre Persönlichkeiten nicht mehr festgestellt werden. Auch die gestern gelandete Leiche ist stark verwest. Der Tote ist ein ungefähr 30 bis 35 Jahre alter Mann, der einen dunklen Jackett, einen schwarzen Leberzieher, ein weißes Oberhemd und ein graues Normalhemd, grauwollene Strümpfe und Schuhschuhe trug. Die Leiche wurde nach dem Schaulause gebracht.

Unter dem Verdacht der Brandstiftung sind im Dezember die Gebrüder Hoffmann in der Brinzenstraße verhaftet worden. Heute senden uns die Gebrüder Hoffmann folgendes Schreiben:

„In der Nr. 295 des „Vorwärts“ vom 17. Dezember 1911 haben Sie mitgeteilt, daß bei einem Brande in unserer Fabrik um einen Pfeiler herum Bretter kunstgerecht hoch aufgeschichtet und dann mit Nachpapier und wertvollen Etiketten dicht bedeckt waren, daß unter den Treibriemen ein großer Posten Holzwohle gelegen habe, daß wir völlig mittellos dahinstanden und vom Wirt ernüthert werden sollten.

Diese Mitteilung entspricht nicht den Tatsachen. Die Aufstellung der Bretter war lediglich eine Folge der Unvorsichtigkeit, welche schon vor mehreren Tagen begangen war; sie war in keiner Weise kunstgerecht hoch, wir sind auch nicht mittellos, vielmehr durchaus wohlhabend und sind auch nicht darum ernüthert worden. Wir waren nur verurteilt, zu räumen, weil das Verurteilungsgericht in Abweichung von der Entscheidung des Vorderrichters der Ansicht war, daß wir als Karchen zum Besitz der Mieträume nicht berechtigt gewesen sind.

Die Verhaftung ist ohne Kautionleistung aufgehoben worden.

Ein zweites Berliner Sechs-Tageramen 1912 findet vom 21. bis 27. März im Sportpalast, Potsdamer Str. 71/72, statt.

Die „Deutsche Gesellschaft für Mutter- und Kindesrecht“, Charlottenburg, Dahlmannstraße 25, unterhält in allen Stadtteilen Groß-Berlins 7 Auskunftsstellen, in denen Müttern und Schwangeren in allen Angelegenheiten unentgeltlich Rat erteilt wird. Die Auskunftsstellen befinden sich:

Im Norden: Schönhauser Allee 181, Mittwochs 7-8, Sonnabends 10-11.

Koloniestr. 1, Donnerstags 1-2, Dienstags 6-7.

Im Süden: Dresdenerstr. 31, Dienstags 10-11.

Im Westen: Steinmetzstr. 11, Montags 1-2.

Im Ostnorden: Rathaus Arminstr., Sonntags 11-12.

Im Nordost: Steinmetzstr. 113, Mittw. 10-11, Sonnab. 7-8.

Im Charlottenburg: Spandauerstr. 34, Donnerstags 11-12, 8-9 nachmittags.

Dahlmannstr. 25, täglich 12-3.

**Feuerwehbericht.** In der letzten Nacht kam um 2 Uhr in einer Meierdiele in der Barnimstr. 2, Ecke der Landberger Straße, aus noch nicht ermittelter Ursache Feuer aus, das an Ästen und Holzwohle schnell reiche Nahrung fand. Als die Feuerwehr an der Brandstelle erschien, waren die Räume schon total verqualmt. Mit mehreren Schlauchleitungen mußte häufig längere Zeit Wasser gegeben werden, um die Flammen auf die Dachräume zu beschränken. — Der 8. Jan. hatte in der Wiener Str. 99 zu tun, wo auf dem Boden des Vorderhauses und Seitenflügels Feuer ausgebrochen war und bei Anbruch der Wehr Bodenverwühlungen und Teile der Dachkonstruktion brannten, so daß die Feuerwehr dort längere Zeit zu tun hatte. — Die Berliner und Reutlinger Feuerwehren wurden in der letzten Nacht gegen 1 Uhr nach dem Mahndauer 35, Ecke der Rantierstraße alarmiert, wo ein sehr gefährlicher Brand auf dem Holz- und Kohlenlagerplatz von Baum Nachfolger ausgebrochen war. Zwei alte ausgearbeitete Eisenbahnwaggons, die man zu Kontorräumen eingerichtet hatte, standen dort in hellen Flammen. Diese gefährdeten die großen Holzporate und die Herdstellungen. Es gelang, die Herde in Sicherheit zu bringen und die Vorräte an Holz und Kohlen zu schützen. Die Reutlinger Wehr konnte um 3 Uhr wieder abrufen.

**Vergiftet hat sich** gestern der Fischereibesitzer Harry Steh, Kommtener Straße, durch Phosphor. Das Motiv wird auf den fürstlich eingetretenen Konsum und den vor kurzem erfolgten Tod seiner Ehefrau zurückgeführt.

**Revengegefühle.** Diejenigen Personen, welche am 25. November vorigen Jahres Ecke Pappelallee und Buchholzer Straße das Rencontre eines Handelsmannes mit angesehen haben, werden gebeten, ihre Adresse an Frau Marie Formes bei Schulzig, Wichtstraße 134, II rechts, abzugeben.

## Vorort-Nachrichten.

### Wilmersdorf.

Aus dem rückständigen Wilmersdorf. Die Bevölkerung von Wilmersdorf muß bekanntlich auf eine ganze Anzahl Einrichtungen verzichten, die in anderen weit kleineren Städten selbstverständlich sind. Oder genauer ausgedrückt haben Magistrat und Stadt-

verordnetenmehrheit sich bisher darauf verlassen, daß der Wilmersdorfer schon in den Nachbarorten umhau halten wird, wenn er nach einer Badeanstalt, einem Krankenhaus, einer besseren Fortbildungsschule und etlichen anderen notwendigen Einrichtungen Bedarf haben sollte. Dies Vertrauen in die Gutsfreundschaft der anderen Groß-Berliner Gemeinden nimmt sich besonders gemüthlich an, wenn man in Betracht zieht, daß die Wilmersdorfer Stadtverordnetenmehrheit in allen finanziellen Fragen nicht das geringste von einem Anschluß an die Nachbarorte wissen will, daß sie die Hauptschuld daran trägt, wenn es z. B. in der Frage des Einkommensteuergesetzes noch nicht zu einem gemeinsamen Vorgehen gekommen ist.

Zimmerlin sieht es zuweilen so aus, als ob selbst in Wilmersdorf die soziale Entwicklung nicht still stehe. Wie die Stadt in absehbarer Zeit zu einem Krankenhaus kommen wird, so soll von ihr an der Schrammstraße auch eine Badeanstalt errichtet werden, deren Kosten auf 750.000 M. bemessen sind. In den neuen Etat hat man 450.000 M. für diesen Zweck eingestellt, was vom Standpunkt der Mehrheit aus etwas bedeuten will, da es hier zurzeit keine größere Sorge gibt als die, auch im kommenden Jahre noch einmal mit 100 Proz. Steuerschlag zurecht zu kommen. Da nun aber eine öffentliche Badeanstalt nicht so sehr für die Besitzenden als für die Unbemittelten in Betracht kommt, ist es eine wahre Freude, daß jetzt vor endgültiger Festsetzung des Etats noch ein Vetter in der Not ansteht. Dieser Heilbringer ist aus dem Geschlecht derer von Arnim entsprossen, und er steht an der Spitze einer Gesellschaft, die den Plan hegt, den bis jetzt noch ungebauten Seehellener Platz, dem künftigen Rathaus gegenüber, ein „mondänes Bad“ zu errichten. Der Wahlspruch des Unternehmens lautet: „Im Ritternacht beginnt hier das Leben“, und das Mondäne liegt darin, daß man hauptsächlich auf gütige Unterstützung der halben Welt rechnet. Das wäre insofern ein Wendepunkt in Wilmersdorfs Geschichte, als bisher einer der wenigen Vorgesänge des Ortes in der konsequenten Verweigerung der Konzeption für Anstalten und ähnliche Institutionen bestand. Aber bekanntlich nimmt selbst die längste und fetteste Nacht einmal ein Ende; und das mondäne Bad auch tagüber einiges einbringen soll, will die Leitung dieses Unternehmens so freundlich sein, bis 8 Uhr abends einen „allgemeinen Vadebetrieb“ offen zu halten, der dem Wilmersdorfer Bürger gegen ein „ermäßigtes Eintrittsgeld“ zugänglich sein soll. Es ist ja Sache der Gründer, zu beurteilen, ob der Plan gelingt und die fünf Millionen Mark, die der Bau kosten wird, sich verzinsen werden. Die Einwohnerchaft im ganzen ist aber insofern an der Angelegenheit interessiert, als die Gründer läßt genug sind, auf eine finanzielle Beihilfe der Stadt zu rechnen und maßgebende Kommunalpolitiker allen Ernstes glauben, daß der phantastische Plan eine günstige Gelegenheit bietet, die für den Bau einer städtischen Badeanstalt in den Etat eingestellten 450.000 M. wieder zu streichen. Es wird dafür zu sorgen sein, daß dies saubere Vorhaben mißlingt.

### Neukölln. (Nitzdorf)

**Selbstmord einer Greisin.** An der Schwelle des Todes hat gestern nachmittag die 85 Jahre alte Handverlornenfrau Minzberg aus der Kaiser-Friedrichstraße 30 Hand an sich gelegt. Vor vier Jahren starb der Mann und seit dieser Zeit war die alte Frau, die sonst körperlich noch verhältnismäßig rüstig war, schwermüthig. Gestern erhängte sie sich in ihrer Wohnung an der Tirangel.

**Ueber den Unglücksfall**, der sich am Mittwoch in der Wohnung des im Hause Pflügerstr. 17 wohnhaften Dunschlöglischen Ehepaars abspielte, wird uns von der Mutter des verunglückten kleinen Knaben mitgeteilt, daß das Kind beim Spielen in einen mit Seitenwasser gefüllten Wassertopf gefallen ist. Von einem Verbrechen könne keine Rede sein. Lebensgefahr besteht bei dem Kinde nicht.

### Maricendorf.

In der letzten Gemeindevorstandssitzung spielte sich vor Eintritt in die Tagesordnung eine längere Geschäftsordnungsdebatte ab, in der unsere Genossen die Zurückziehung der Etablierung verlangten, weil den Vertretern der Etat erst 24 Stunden vor der Beratung zugestellt und es ihnen daher unmöglich sei, ohne genügende Vorbereitung denselben zu beraten. Mit 7 gegen 6 Stimmen wurde der Vertagungsantrag unserer Genossen angenommen. Das weitere verlangten unsere Genossen, daß zwei Punkte von der Tagesordnung der geheimen Sitzung in der öffentlichen Sitzung verlesen werden sollten. Es handelte sich insbesondere um die Verlegung des Sitzungsbegins von 4 auf 5 Uhr. Dieser Punkt wurde dann auch öffentlich behandelt. Um nun dem Antragsteller — der Gemeindevorsteher selbst — nicht entgegenzutreten zu müssen, auf der anderen Seite aber den Anregern des Gedankens, unserer Genossen, nicht zu sehr zu zeigen, daß sie stets dem Wunsche der jeweiligen Gemeindevorsteher nachkommen, beschloß die bürgerliche Mehrheit, es dem Ermessen des Gemeindevorsteher zu überlassen, je nach Umfang der Tagesordnung die Sitzungen um 4 oder 5 Uhr festzusetzen. — Ein Streit der Ringstraße zwischen Dorf- und Rathenowstraße wurde nach Beschluß als historische Straße anerkannt. Diese Anerkennung hat lediglich den Zweck, daß hier die Regelung der Anliegerkosten in einer anderen als sonst üblichen Form erhoben werden.

Der Etat für 1912/13 balanciert mit 2.224.498 M. Unter dem Titel 1: „Ordentliche Verwaltung“, sind für die Gemeindevverwaltung 24.204 M. (16.860 M.) an Einnahmen vorgesehen, bei einer Ausgabe von 158.287 M. (80.758 M.). Die Amtverwaltung bringt keine Einnahme und erfordert eine Ausgabe von 53.450 M. (48.927 M.). — Die Verwaltung der Liegenschaften erfordert die Ausgabe von 4.290 M. Die Hospital- und Schulverwaltung verzeichnet an Einnahmen 50.028 M. (36.425 M.), an Ausgaben 333.683 M. — Die Armenverwaltung hat eine Einnahme von 36.600 M., gegen das Vorjahr ein Mehr von 10.500 M.; die Ausgaben sind um 22.320 M. auf 71.000 M. gestiegen. — Die Schulverwaltung soll 31.439 M. bringen, das sind 8041 M. mehr als 1911, dagegen sind die Ausgaben auf 273.270 M. veranschlagt, das bedeutet ein Mehr gegenüber 1911 von 55.573 M. — Bei der Straßverwaltung betragen die Einnahmen 71.720 M., die Ausgaben 117.181 M. — Die Steuerverwaltung soll 944.552 M. bringen, d. h. gegen das Vorjahr ein Mehr von 206.130 M.; die Ausgaben belaufen sich auf 148.621 M. Die Wehrverwaltung soll in der Hauptsache aus dem Kommunalzuschlag von 110 Proz. erzielt werden. Das Feuerlöschwesen hat bei 90 M. Einnahme eine Ausgabe von 4905 M. gegen 4400 M. im Vorjahr. — Für Insgesamt sind 2951 M. an Einnahmen veranschlagt bei einer Ausgabe von 6388 M. Die gesamte „ordentliche Verwaltung“ hat 1.170.044 M. Einnahmen und Ausgaben. — Für die außerordentliche Verwaltung sind an Einnahmen und Ausgaben je 1.000.000 M. vorgesehen. — Für den 3. Teil des Etats unter Position Sonderetat hat die Schmutzwasserkanalisationsverwaltung eine Einnahme von 2.244.498 M. und eine Ausgabe von 74.882 M. Der Gesamtetat ist gegen 1911 um 1.112.193 M. gestiegen.

### Ober-Schönau.

**Kaufmanns- und Gewerbegericht.** Aus dem soeben erschienenen Verwaltungsbericht für 1912 ist folgendes zu entnehmen (die in Klammern angegebenen Ziffern beziehen sich auf das Kaufmannsgericht): Es wurden 151 (14) Klagen anhängig gemacht, von denen 2 (—) ohne Termin und die Mehrzahl 95 (6) in einem Termin erledigt wurden. Von Arbeitgebern gegen Arbeiter wurde in 3 (—) Fällen geklagt. An den Klagen vor dem Gewerbegericht waren in der Hauptsache beteiligt: das Langenwerde mit 48, Fabritzen und Großindultrie mit 32, Großwerdewerke mit 19 und Fußwegwerbe mit 12 Fällen. In den weitaus meisten Fällen betrafen die Klagen Leistungen aus dem Arbeitsverhältnis.

### Nowawes.

Im Wahlverein hielt am Mittwoch Genosse Dr. Preißfeld einen mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag über das Thema: „Der Reichstag und das Präsidium“. Redner gab über den

Verlauf der Wahlen wie über die Vorgänge bei der Präsidentenwahl eine eingehende Darstellung und unterzog die jüngste Revolutionen im preussischen Herrenhaus sowie die Stellung der Regierung zu dem gegenwärtigen Kampfe der Vergarbeiter einer treffenden Kritik. — Im geschäftlichen Teil der Tagesordnung gab der Vorsitzende zunächst die Termine der Gemeindevorstände bekannt. Sodann teilte er mit, daß sich die Lokalkommission neu konstituiert und den Genossen Hiltner zu ihrem Obmann gewählt habe. Des weiteren gab er bekannt, daß am Sonntag, den 31. März, die feierliche Entfaltung des vom Wahlverein, dem Gewerkschaftskartell und der Fraktion der sozialdemokratischen Gemeindevorsteher dem im vorigen Jahre verstorbenen Genossen Grub gewidmeten Denkmals erfolgen werde. Er bat um zahlreiche Beteiligung der Arbeiterschaft. — Zur Aufnahme gelangten 12 männliche und 8 weibliche Mitglieder. — Der Bericht von der Kreisgeneralversammlung soll in den nächsten kombinierten Besprechungen erörtert werden. — In das Komitee zur Vorbereitung der Raiffeiser wurden drei Mitglieder gewählt. — Genosse Schulz wies auf das am Sonnabend, den 16. März, im Singsingen Saale stattfindende 8. Stiftungsfest der freien Jugendorganisation hin und bat um zahlreichen Besuch. Genosse Gath forderte die Anwesenden auf, ihre Solidarität dem im Kampfe befindlichen Vergarbeitern gegenüber auch dadurch zu bezeugen, daß sie sich an der eventuell vorzunehmenden Sammlung zur Aufbringung der materiellen Mittel regen beteiligen. Genosse Wilkenroth stellte die Anfrage, ob nicht wegen der Haltung des Fortbildungsschularchivs Schenl, der nicht nur seine freie Zeit, sondern auch die Unterrichtsstunden zur Agitation für den von bürgerlicher Seite fürstlich gegründeten Wehrverein benutzte, Protest erhoben werden könne. Genosse Reumann bezeugte dies für zwecklos, da die Regierung, die zur Befämpfung der freien Jugendorganisationen eine Million ausgemessen habe, eine solche Bezeugung der Wehrerschaft geradezu fordere. Das wirksamste Mittel in diesem Falle sei die Selbsthilfe. Die Arbeiterkassen müßten ihre fortbildenden schulpflichtigen Söhne über den Zweck des Wehrvereins aufklären und ihnen einprägen, wie sie sich den Forderungen der Wehr gegenüber zu verhalten haben. Zum Schluß teilte der Vorsitzende mit, daß im Laufe der nächsten Woche eine öffentliche Versammlung stattfinden werde.

### Notizdam.

Die Kommunalsteuern für 1912 und ihre voraussichtlichen Erträge sollen wie folgt festgesetzt werden: 110 Proz. Gemeindevorstehersteuer mit 925.000 M.; Abgaben der aktiven Militärpersonen 72.000 M.; 184 Proz. der staatlich veranlagten Grund- und Gebäudesteuer als Grundsteuer mit 540.000 M., was einer Veranlagung des Grundwerts von 8 pro Mille entspricht. Die Warenhaussteuer wird auf 45.000 M. festgesetzt, wird aber von der Gewerbesteuer, 135 Proz. der staatlich veranlagten Gewerbesteuer mit 122.000 M., für die vierte steuerfreie Gewerbesteuereklasse abgezogen. Schließlich soll 135 Proz. Wehrsteuer mit 8000 M. erhoben werden. — Dazu kommen die Müllabfuhrgebühren mit circa 60.000 M. und die Kanalisationgebühren mit 200.000 M. Erhöhungen der Steuerfätze gegen das Vorjahr haben nicht stattgefunden, dagegen haben sich die Erträge einzelner Struktoren erhöht.

### Jugendveranstaltungen.

**Charlottenburg.** Für die Arbeiterjugend des Ortes morgen Sonntag: Ausflug nach Spandau, Ausbeute zum Restaurant „Fischerhütten“, Treffpunkt 8 Uhr Wilhelmplatz (Rath). Die Lieberbäher sind mitzubringen.

## Verfammlungen.

**Verband der Sattler und Portefeulter.** Die Ortsverwaltung Berlin hielt am Donnerstag eine außerordentliche Generalversammlung ab, in der die Anträge zum kommenden Verbandstages zur Beratung kamen. In der Hauptsache handelte es sich um die Frage der Erhöhung der Beiträge um 10 Pf. pro Woche und Mitgliedschaft. (Für weibliche um 5 Pf.) Nach längerer Debatte, an der sich sowohl Gegner wie auch Befürworter einer Erhöhung beteiligten, wurde der Antrag des Vorstandes, den Beitrag für männliche Mitglieder auf 60 Pf., für weibliche auf 30 Pf. festzusetzen, mit 212 gegen 138 Stimmen angenommen, nachdem auch der Vorstandsvorsitzende Blum auf die unbedingte Notwendigkeit dieser Maßnahme hingewiesen hatte. Die weitere Beratung betraf Anträge, die auf Abänderung einer Anzahl von Paragraphen des Statuts hinausliefen.

Die Delegierten werden durch Abstimmung gewählt. Mit dem Ausschluß aus der Organisation des Mitgliedes Breuer endete die Versammlung.

**Freireligiöse Gemeinde.** Sonntag, den 17. März, vormittags 9 Uhr, Pappelallee 15-17, und Neukölln, Abends: Freireligiöse Versammlung. Vormittags 11 Uhr, Kleine Pantheonstr. 6: Vortrag von Prof. Dr. Wilmann: „Analese France und Frankreichs Nationalheiligtum.“ — Damen und Herren als Gäste sehr willkommen.

**Magisches Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter** (Einrichtungsstelle 29, Lankwitz) Billale Berlin I. Sonntag, 17. März, vorm. 10 Uhr, in Habels Brauerei, Bergmannstr. 5-7: Versammlung. — Billale Berlin II. Sonntag, 17. März, vorm. 10<sup>1/2</sup> Uhr, im Märchenhof, Schinkelstr. 18: Versammlung. — Billale Berlin III. Sonntag, 18. März, abends 8<sup>1/2</sup> Uhr, bei Kähler, Reichberger Str. 164: Versammlung. — Billale Berlin VI. Sonntag, 18. März, abends 9 Uhr, bei Märten, Bernauer Straße 22: Versammlung. — Billale Berlin IX. Sonntag, 17. März, vorm. 10 Uhr, bei Motronitz, Beschlingstr. 14: Versammlung. — Billale Berlin X. Sonntag, 18. März, abends 8<sup>1/2</sup> Uhr, bei Feder, Stephanstr. 11: Versammlung. — Billale Charlottenburg. Sonntag, 18. März, abends 7<sup>1/2</sup> Uhr, im Palasthaus: Versammlung. — Billale Neukölln. Sonntag, 18. März, abends 8<sup>1/2</sup> Uhr, bei Labert, Steinmetzstr. 114: Versammlung. — Billale Krummkeilburg: Sonntag, 18. März, abends 8<sup>1/2</sup> Uhr, bei Blume, Alt-Dorffagen 59: Versammlung.

## Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ in Loeben das 22. Heft des 32. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Größt- und andere Fragen. — Volk, Papier und Herr. — Von R. Kautsky. — Der Lohner-Kongress. — Von H. Kappeler (Paris). — Der zweite Kongress der sozialistischen Partei Argentiniens. — Von Cornelio Vieyra. — Die Auswanderungen in Deutschland. — Von Richard Seibel (Berlin). Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postämter und Kolportage zum Preise von 3.25 M. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abbestellt werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf.

## Briefkasten der Redaktion.

**H. G. G.** „Der freie Arbeiter“, Berlin SO, Oranienstr. 15. — **Stargard, Pommern.** 1. Geschäftsstelle der Erdlungsstellen vom Roten Kreuz, Berlin, Friedrichstr. 207, Post II. 2. Erinnern Sie an die Erdlungsstellen (Kriegs-). — **H. G.** Wenden Sie sich an die Königl. Kammer in der Stadtstr. — **H. G. 2.** 1. Graf Arnim. 2. v. Freytag. — **H. G. 100.** Können wir Ihnen leider nicht dienen. — **Wissensdurstiger 23 212.** 1. u. 2. Ja. 3. Ja. 4. Ja. 5. Ja. 6. Ja. 7. Ja. 8. Ja. 9. Ja. 10. Ja. 11. Ja. 12. Ja. 13. Ja. 14. Ja. 15. Ja. 16. Ja. 17. Ja. 18. Ja. 19. Ja. 20. Ja. 21. Ja. 22. Ja. 23. Ja. 24. Ja. 25. Ja. 26. Ja. 27. Ja. 28. Ja. 29. Ja. 30. Ja. 31. Ja. 32. Ja. 33. Ja. 34. Ja. 35. Ja. 36. Ja. 37. Ja. 38. Ja. 39. Ja. 40. Ja. 41. Ja. 42. Ja. 43. Ja. 44. Ja. 45. Ja. 46. Ja. 47. Ja. 48. Ja. 49. Ja. 50. Ja. 51. Ja. 52. Ja. 53. Ja. 54. Ja. 55. Ja. 56. Ja. 57. Ja. 58. Ja. 59. Ja. 60. Ja. 61. Ja. 62. Ja. 63. Ja. 64. Ja. 65. Ja. 66. Ja. 67. Ja. 68. Ja. 69. Ja. 70. Ja. 71. Ja. 72. Ja. 73. Ja. 74. Ja. 75. Ja. 76. Ja. 77. Ja. 78. Ja. 79. Ja. 80. Ja. 81. Ja. 82. Ja. 83. Ja. 84. Ja. 85. Ja. 86. Ja. 87. Ja. 88. Ja. 89. Ja. 90. Ja. 91. Ja. 92. Ja. 93. Ja. 94. Ja. 95. Ja. 96. Ja. 97. Ja. 98. Ja. 99. Ja. 100. Ja. 101. Ja. 102. Ja. 103. Ja. 104. Ja. 105. Ja. 106. Ja. 107. Ja. 108. Ja. 109. Ja. 110. Ja. 111. Ja. 112. Ja. 113. Ja. 114. Ja. 115. Ja. 116. Ja. 117. Ja. 118. Ja. 119. Ja. 120. Ja. 121. Ja. 122. Ja. 123. Ja. 124. Ja. 125. Ja. 126. Ja. 127. Ja. 128. Ja. 129. Ja. 130. Ja. 131. Ja. 132. Ja. 133. Ja. 134. Ja. 135. Ja. 136. Ja. 137. Ja. 138. Ja. 139. Ja. 140. Ja. 141. Ja. 142. Ja. 143. Ja. 144. Ja. 145. Ja. 146. Ja. 147. Ja. 148. Ja. 149. Ja. 150. Ja. 151. Ja. 152. Ja. 153. Ja. 154. Ja. 155. Ja. 156. Ja. 157. Ja. 158. Ja. 159. Ja. 160. Ja. 161. Ja. 162. Ja. 163. Ja. 164. Ja. 165. Ja. 166. Ja. 167. Ja. 168. Ja. 169. Ja. 170. Ja. 171. Ja. 172. Ja. 173. Ja. 174. Ja. 175. Ja. 176. Ja. 177. Ja. 178. Ja. 179. Ja. 180. Ja. 181. Ja. 182. Ja. 183. Ja. 184. Ja. 185. Ja. 186. Ja. 187. Ja. 188. Ja. 189. Ja. 190. Ja. 191. Ja. 192. Ja. 193. Ja. 194. Ja. 195. Ja. 196. Ja. 197. Ja. 198. Ja. 199. Ja. 200. Ja. 201. Ja. 202. Ja. 203. Ja. 204. Ja. 205. Ja. 206. Ja. 207. Ja. 208. Ja. 209. Ja. 210. Ja. 211. Ja. 212. Ja. 213. Ja. 214. Ja. 215. Ja. 216. Ja. 217. Ja. 218. Ja. 219. Ja. 220. Ja. 221. Ja. 222. Ja. 223. Ja. 224. Ja. 225. Ja. 226. Ja. 227. Ja. 228. Ja. 229. Ja. 230. Ja. 231. Ja. 232. Ja. 233. Ja. 234. Ja. 235. Ja. 236. Ja. 237. Ja. 238. Ja. 239. Ja. 240. Ja. 241. Ja. 242. Ja. 243. Ja. 244. Ja. 245. Ja. 246. Ja. 247. Ja. 248. Ja. 249. Ja. 250. Ja. 251. Ja. 252. Ja. 253. Ja. 254. Ja. 255. Ja. 256. Ja. 257. Ja. 258. Ja. 259. Ja. 260. Ja. 261. Ja. 262. Ja. 263. Ja. 264. Ja. 265. Ja. 266. Ja. 267. Ja. 268. Ja. 269. Ja. 270. Ja. 271. Ja. 272. Ja. 273. Ja. 274. Ja. 275. Ja. 276. Ja. 277. Ja. 278. Ja. 279. Ja. 280. Ja. 281. Ja. 282. Ja. 283. Ja. 284. Ja. 285. Ja. 286. Ja. 287. Ja. 288. Ja. 289. Ja. 290. Ja. 291. Ja. 292. Ja. 293. Ja. 294. Ja. 295. Ja. 296. Ja. 297. Ja. 298. Ja. 299. Ja. 300. Ja. 301. Ja. 302. Ja. 303. Ja. 304. Ja. 305. Ja. 306. Ja. 307. Ja. 308. Ja. 309. Ja. 310. Ja. 311. Ja. 312. Ja. 313. Ja. 314. Ja. 315. Ja. 316. Ja. 317. Ja. 318. Ja. 319. Ja. 320. Ja. 321. Ja. 322. Ja. 323. Ja. 324. Ja. 325. Ja. 326. Ja. 327. Ja. 328. Ja. 329. Ja. 330. Ja. 331. Ja. 332. Ja. 333. Ja. 334. Ja. 335. Ja. 336. Ja. 337. Ja. 338. Ja. 339. Ja. 340. Ja. 341. Ja. 342. Ja. 343. Ja. 344. Ja. 345. Ja. 346. Ja. 347. Ja. 348. Ja. 349. Ja. 350. Ja. 351. Ja. 352. Ja. 353. Ja. 354. Ja. 355. Ja. 356. Ja. 357. Ja. 358. Ja. 359. Ja. 360. Ja. 361. Ja. 362. Ja. 363. Ja. 364. Ja. 365. Ja. 366. Ja. 367. Ja. 368. Ja. 369. Ja. 370. Ja. 371. Ja. 372. Ja. 373. Ja. 374. Ja. 375. Ja. 376. Ja. 377. Ja. 378. Ja. 379. Ja. 380. Ja. 381. Ja. 382. Ja. 383. Ja. 384. Ja. 385. Ja. 386. Ja. 387. Ja. 388. Ja. 389. Ja. 390. Ja. 391. Ja. 392. Ja. 393. Ja. 394. Ja. 395. Ja. 396. Ja. 397. Ja. 398. Ja. 399. Ja. 400. Ja. 401. Ja. 402. Ja. 403. Ja. 404. Ja. 405. Ja. 406. Ja. 407. Ja. 408. Ja. 409. Ja. 410. Ja. 411. Ja. 412. Ja. 413. Ja. 414. Ja. 415. Ja. 416. Ja. 417. Ja. 418. Ja. 419. Ja. 420. Ja. 421. Ja. 422. Ja. 423. Ja. 424. Ja. 425. Ja. 426. Ja. 427. Ja. 428. Ja. 429. Ja. 430. Ja. 431. Ja. 432. Ja. 433. Ja. 434. Ja. 435. Ja. 436. Ja. 437. Ja. 438. Ja. 439. Ja. 440. Ja. 441. Ja. 442. Ja. 443. Ja. 444. Ja. 445. Ja. 446. Ja. 447. Ja. 448. Ja. 449. Ja. 450. Ja. 451. Ja. 452. Ja. 453. Ja. 454. Ja. 455. Ja. 456. Ja. 457. Ja. 458. Ja. 459. Ja. 460. Ja. 461. Ja. 462. Ja. 463. Ja. 464. Ja. 465. Ja. 466. Ja. 467. Ja. 468. Ja. 469. Ja. 470. Ja. 471. Ja. 472. Ja. 473. Ja. 474. Ja. 475. Ja. 476. Ja. 477. Ja. 478. Ja. 479. Ja. 480. Ja. 481. Ja. 482. Ja. 483. Ja. 484. Ja. 485. Ja. 486. Ja. 487. Ja. 488. Ja. 489. Ja. 490. Ja. 491. Ja. 492. Ja. 493. Ja. 494. Ja. 495. Ja. 496. Ja. 497. Ja. 498. Ja. 499. Ja. 500. Ja. 501. Ja. 502. Ja. 503. Ja. 504. Ja. 505. Ja. 506. Ja. 507. Ja. 508. Ja. 509. Ja. 510. Ja. 511. Ja. 512. Ja. 513. Ja. 514. Ja. 515. Ja. 516. Ja. 517. Ja. 518. Ja. 519. Ja. 520. Ja. 521. Ja. 522. Ja. 523. Ja. 524. Ja. 525. Ja. 526. Ja. 527. Ja. 528. Ja. 529. Ja. 530. Ja. 531. Ja. 532. Ja. 533. Ja. 534. Ja. 535. Ja. 536. Ja. 537. Ja. 538. Ja. 539. Ja. 540. Ja. 541. Ja. 542. Ja. 543. Ja. 544. Ja. 545. Ja. 546. Ja. 547. Ja. 548. Ja. 549. Ja. 550. Ja. 551. Ja. 552. Ja. 553. Ja. 554. Ja. 555. Ja. 556. Ja. 557. Ja. 558. Ja. 559. Ja. 560. Ja. 561. Ja. 562. Ja. 563. Ja. 564. Ja. 565. Ja. 566. Ja. 567. Ja. 568. Ja. 569. Ja. 570. Ja. 571. Ja. 572. Ja. 573. Ja. 574. Ja. 575. Ja. 576. Ja. 577. Ja. 578. Ja. 579. Ja. 580. Ja. 581. Ja. 582. Ja. 583. Ja. 584. Ja. 585. Ja. 586. Ja. 587. Ja. 588. Ja. 589. Ja. 590. Ja. 591. Ja. 592. Ja. 593. Ja. 594. Ja. 595. Ja. 596. Ja. 597. Ja. 598. Ja. 599. Ja. 600. Ja. 601. Ja. 602. Ja. 603. Ja. 604. Ja. 605. Ja. 606. Ja. 607. Ja. 608. Ja. 609. Ja. 610. Ja. 611. Ja. 612. Ja. 613. Ja. 614. Ja. 615. Ja. 616. Ja. 617. Ja. 618. Ja. 619. Ja. 620. Ja. 621. Ja. 622. Ja. 623. Ja. 624. Ja. 625. Ja. 626. Ja. 627. Ja. 628. Ja. 629. Ja. 630. Ja. 631. Ja. 632. Ja. 633. Ja. 634. Ja. 635. Ja. 636. Ja. 637. Ja. 638. Ja. 639. Ja. 640. Ja. 641. Ja. 642. Ja. 643. Ja. 644. Ja. 645. Ja. 646. Ja. 647. Ja. 648. Ja. 649. Ja. 650. Ja. 651. Ja. 652. Ja. 653. Ja. 654. Ja. 655. Ja. 656. Ja. 657. Ja. 658. Ja. 659. Ja. 660. Ja. 661. Ja. 662. Ja. 663. Ja. 664. Ja. 665. Ja. 666. Ja. 667. Ja. 668. Ja. 669. Ja. 670. Ja. 671. Ja. 672. Ja. 673. Ja. 674. Ja. 675. Ja. 676. Ja. 677. Ja. 678.

# Heute Eröffnung!



43<sup>25</sup>

Blaue Kammgarn-Kostüme  
auf Seide  
von 19<sup>75</sup> - 95<sup>00</sup>

17<sup>00</sup>

Phant.-Paletots  
engl. Art  
von 9<sup>75</sup> - 65<sup>00</sup>

36<sup>00</sup>

Elegante Kleider  
franz. Art  
von 14<sup>75</sup> - 90<sup>00</sup>

24<sup>50</sup>

Tuch-Paletots  
„einseitig“  
von 17<sup>50</sup> - 55<sup>00</sup>

44<sup>75</sup>

Phant.-Kostüme  
auf Seide  
von 17<sup>50</sup> - 85<sup>00</sup>

36<sup>00</sup>

Seiden-Paletots  
in allen Farben  
von 24<sup>25</sup> - 85<sup>00</sup>

## Gestützt

auf das Vertrauen, das wir uns in so  
unerwartet kurzer Zeit erworben  
haben, eröffnen wir

heute nachm. 6 Uhr  
unser zweites Geschäft  
**Chaussee-Str. 113**  
Ecke Invaliden-Strasse

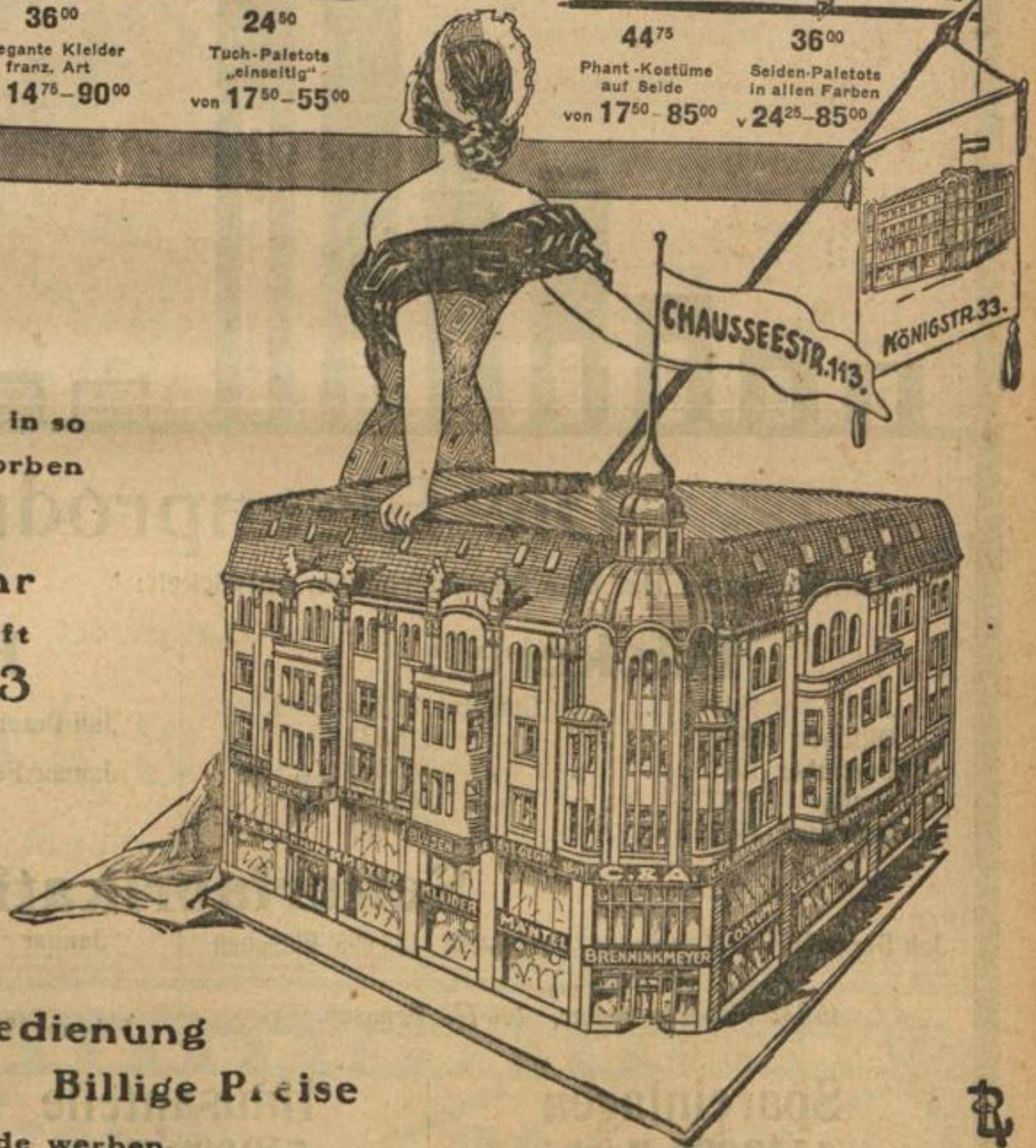
Und unsere alten Prinzipien

**Solide Ware**

**Kulante Bedienung**

**Billige Preise**

werden uns auch hier neue Freunde werben.



# C. & A. Brenninkmeyer

Spezialhaus für Damen-, Backfisch und Kinder-Konfektion

**Königstrasse 33**  
Am Bahnhof Alexanderplatz

**Chausseestrasse 113**  
Ecke Invalidenstrasse

# Zur Besichtigung unserer Betriebsanlagen

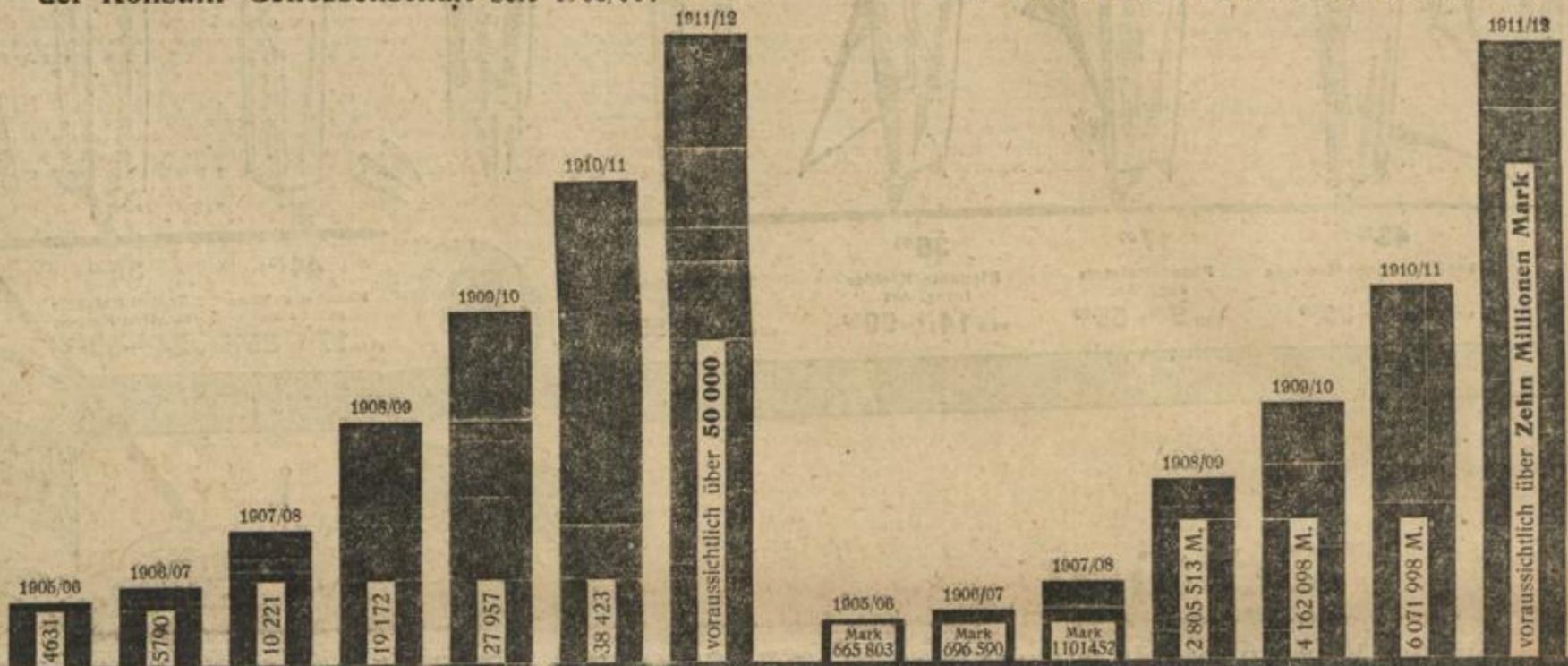
laden wir Freunde und Gönner unseres Unternehmens auf

**==== Sonntag, den 17. März, ====**

von **vormittags 10 bis 12 Uhr** ein.

**Mitgliederbewegung**  
der Konsum-Genossenschaft seit 1905/06:

**Jahresumsatz**  
in unseren Verkaufsstellen:



## Die Eigenproduktion

hat sich im letzten Halbjahr folgendermaßen entwickelt:

### Bäckerei:

Monat	Jahr	Umsatz
Juli	1911	72 764 Mark
Oktober	1911	115 032 "
Dezember	1911	135 660 "
Januar	1912	147 508 "
Februar	1912	151 087 "

### Kaffeerösterei:

Juli/Dezember 1911 wurden geröstet 224 733 Pfund.  
Januar/Februar 1912 " " 83 500 "

### Selterfabrikation:

Juli/Dezember 1911 wurden hergestellt 153 605 Flaschen  
und zwar:  
46 832 Flaschen Selter, 106 773 Brausen.

Januar 1912 wurden hergestellt 13 484 Flaschen  
und zwar:  
3 562 Flaschen Selter, 9 922 Flaschen Brausen.  
Februar 1912: 5 816 " " 11 650 " "

**Spareinlagen**  
1 550 000 Mark.

**Hausanteile**  
750 000 Mark.

**Geschäftsanteile**  
500 000 Mark.

Unsere Waren werden zurzeit in **83 Verkaufsstellen**, die über Groß-Berlin verteilt sind, an unsere Mitglieder abgegeben.

**==== Die Eröffnung weiterer Verkaufsstellen steht bevor. ====**

# Konsum-Genossenschaft Berlin und Umgegend

e. G. m. b. H.

**Zentrale: Lichtenberg, Rittergutsstraße 22/26.**

Briefkasten der Redaktion.

E. S. 12. Wetten entscheiden wir nicht. — Oberschöneheide. Den Bachmann, in diesem Falle also den Studienrat, fragen. — P. S. 1538.

Spielfragen werden im Briefkasten nicht entschieden. — H. S. 1912. Das Geschäft ist uns nicht bekannt. — W. S. 5. Zu erfragen bei der städtischen Stützungsdeputation, Poststr. 16. — S. S. 6. Privatangelegenheiten werden im Briefkasten nicht erledigt. — J. S. 100. Unserer „großen“ Stadt. — W. S. 100. Gegen 20 Millionen. — R. S. 100. Ja, die hässliche Liebeserklärung Nordafrikas. — E. S. 50. Gesellschaft zur Be-

ämpfung der Säuglingssterblichkeit, Vorsitzende: Fr. Betty v. Ravenstein, Probenstr. 26, Dienstags und Freitags 11-12<sup>1/2</sup>. — P. S. 31. Zu diesem Zwecke liegen Kataloge aus in den Annoncen-Expeditionen, deren Adressen im Berliner Adressbuch zu finden sind. — G. S. 108. Diese Artikel sind enthalten in den Nummern 181 und 198 unseres Blattes und können Sie dieselben in unserer Expedition, Lindenstraße 69 (Laden), einsehen. —

# Wir behaupten



# Wir beweisen

daß die Herren-Kleider-Vertriebs-Ges. infolge ihres Verkaufs-Systems **Selbstkostenpreis + 10% Provision**

die strenge und gewissenhafte Durchführung unseres Verkaufs-Systems: **Selbstkostenpreis + 10% Provision**

dem Publikum ganz besondere Vorteile bietet. Diese Vorteile bestehen nicht nur in Ersparnissen von ca. 15% und mehr, sondern auch in einer unübertroffenen Reellität, da jede willkürliche Preisforderung und jeder willkürliche Gewinnaufschlag ausgeschaltet werden und deshalb jedes Interesse fehlt, minderwertige Ware zum Verkauf zu bringen.

durch folgendes Attest des vereidigten, gerichtlichen Bücher-Revisors:

Im Auftrage der Herren-Kleider-Vertr.-Ges. m. b. H., Neue Schönhauser Straße 1, habe ich eine Prüfung des Warenlagers an der Hand der Einkaufsrechnungen vorgenommen; ich habe hiernach einwandfrei festgestellt, daß die zum Verkauf angebotenen Waren dem Verkaufssystem entsprechend Selbstkostenpreis + 10% Provision berechnet und ausgezeichnet sind.

Berlin, den 28. Februar 1912. (Siegel.)

gez. Ferd. Grau, Gerichtlich vereidigter Bücherrevisor.

Unsere Läger in fertigen Herren-, Jünglings-, Knaben-, Sport- und Berufskleidern sind in allen Preislagen, Größen und Weiten reichhaltig sortiert.

**Herren-Kleider-Vertriebs-Ges. m. b. H. Nur: Neue Schönhauser Straße 1, Ecke Weinmeister- und Münz-Straße. ::**

Deutschlands größtes Etagen-Geschäft dieser Art.

H. K. G. gesetzlich geschützt.

Filialen oder Laden-Geschäfte unterhalten wir nicht.



Marke

## Condor ist Trumpf

Unvergleichlich in Qualität Eleganz und Preiswürdigkeit

Condor-Halbschuhe „Die grosse Mode!“

Für DAMEN:

- Echt Kalbleder Derbyschnitt ..... 8.90 6.90
- f. Chromleder Lackkappen ..... 7.50 5.90
- Braun Chevreau Lackkappen ..... 8.50 5.90
- Condor-Pumps Kalblack und Chrom-Leder ..... 5.50

Condor-Halbschuhe für Herren. Neuheit!

- Hauptpreislagen ..... 7.50 10.50 12.50

Knaben- und Mädchen-Schnürstiefel

echt braun Chevreau, Lackkappe, breite Formen

Gr. 25-26	27-28	29-30	31-33	34-35
5.25	5.75	6.25	6.75	7.25

ff. Chromleder, Derbyschnitt, Lackkappe

Gr. 36-38
4.25 4.75 5.25 5.75 6.25 7.25

130 Verkaufsstellen, davon in Berlin und Umgebung:

# Conrad Tack & Cie.

Schuhfabrik Burg bei Magdeburg

Frühjahrs-Katalog gratis und franko

- C. Spittelmarkt 15 (Tellhaus)
- C. Rosenthaler Strasse 14
- W. Potsdamer Strasse 50
- W. Schillstrasse 16
- NW. Turnstrasse 41
- NW. Wilsnacker Strasse 22
- NW. Beusselstrasse 29
- N. Friedrichstrasse 127
- N. Müllerstrasse 3
- N. Reinickendorfer Strasse 23
- N. Brunnenstrasse nur 37

- N. Danziger Str. 1
- O. Andreasstrasse 50
- O. Frankfurter Allee 125
- SO. Oranienstrasse 32
- SO. Oranienstrasse 2a
- SO. Wrangelstrasse 49
- SW. Fried. ichstrasse 240-241
- Charlottenburg: nur Wilmerdorfer Strasse 122-123
- Rixdorf: Bergstrasse 30-31

## Möbel auf Kredit!

Ganze Einrichtungen sowie Ersatzstücke.

Polsterwaren, Teppiche, Portieren, Gardinen, Betten, Tisch-, Bett-, Steppdecken etc.

# C. Wachsmann & Co.

Reinickendorfer Straße 35, Ecke Ravené-Straße, neben der Feuerwache.

Herren- Damen- und Kinder-Konfektion

Kinderwagen

Schuhwaren

### Alles auf Teilzahlung.

Anzahlung schon von 5 Mark an, Abzahlung von 1 Mark an.



Kampf gegen den Verein „Arbeiter-Jugendheim“.

Gestern hat das Oberverwaltungsgericht wieder einmal das Reichsvereinsgesetz mißhandelt: es hat den Berliner und den Lichtenberger Verein „Arbeiter-Jugendheim“ zu einem politischen Verein gestempelt.

Ueber die Verhandlungen und die vorangegangenen behördlichen Maßnahmen geht uns der nachfolgende Bericht zu:

Der Berliner Polizeipräsident hatte durch Verfügung vom 21. März 1911 den Verein „Arbeiter-Jugendheim“ zu Berlin für einen Verein im Sinne des § 3 des Vereinsgesetzes, das heißt für einen Verein, der eine Einwirkung auf politische Angelegenheiten erstrebe, erklärt. Der Vorsitzende des Vorstandes, R.-A. Dr. Kurt Rosenfeld, wurde demgemäß durch jene Verfügung des Polizeipräsidenten aufgefordert, nach den Vorschriften des § 3 des Vereinsgesetzes der Behörde die Satzung des Vereins und das Verzeichnis der Mitglieder des Vorstandes des Vereins einzureichen. Genosse Rosenfeld erwiderte vergeblich beim Oberpräsidenten Beschwerde und klagte nun gegen den Oberpräsidenten beim Oberverwaltungsgericht.

Die „Gründe“ des Polizeipräsidenten und des Oberpräsidenten ergeben sich aus den im vorigen Termin vorgetragenen Schriftsätzen des Oberpräsidenten. Da wird behauptet, die Arbeiter-Jugendheime verfolgten im engsten Zusammenhange mit den sozialdemokratischen Parteiorganisationen den Zweck, die Jugend in Verfolgung der Beschlüsse des Leipziger und Nürnberger Parteitag im sozialdemokratischen Sinne zu beeinflussen. Es wird dazu allerlei ausgeführt über die Behandlung der Jugendfrage durch die Sozialdemokratie. Schließlich hätte, so wurde ausgeführt, sich der Mangel an eigenen, für die Jugend bestimmten geeigneten Räumen herausgestellt. So seien die Vereine „Arbeiter-Jugendheim“ in Berlin und anderwärts entstanden, um die Räume zu beschaffen und vor allem die Geldmittel aus Partei- und Gewerkschaftskreisen zusammenzubringen. Die Vereine verbanden meist ihre Entstehung mit der Anregung sozialdemokratischer Instanzen, insbesondere der Jugendausschüsse, die wieder auf Grund von Beschlüssen des Nürnberger Parteitag entstanden seien. Der leitende Gedanke sei der, der Partei eine Ergänzung der für die Sammlung der Jugend notwendigen Einrichtungen zu schaffen. Und die Jugendlichen, welche in die Jugendheime gingen, hätten auch keine Zweifel, daß die Heime, wogegen sie nach außen auch nur Stätten der Unterhaltung, der Geselligkeit, der Bildung schienen, tatsächlich Räume seien, um eine Aufgabe in dem von der Sozialdemokratie gegen die bürgerliche Gesellschaft geführten Kampfe zu erfüllen. Der Verein, der sie schaffe, sei als politischer anzusehen.

In der mündlichen Verhandlung vor dem 1. Senat des Oberverwaltungsgerichts war neben dem Kläger R.-A. Rosenfeld als dessen Vertreter R.-A. Wolfgang Heine erschienen.

Wolfgang Heine trat in längeren Ausführungen in tatsächlicher und rechtlicher Beziehung eingehend dem Oberpräsidenten entgegen. Unter anderem führte er aus: Hier handle es sich um eine wirklich sehr grundsätzliche Frage, die nicht nur von Bedeutung sei für die Existenz der Arbeiterjugendheime. Denn wenn man die Konsequenzen ziehen wollte aus dem Standpunkt des Oberpräsidenten auch für andere Kreise der Bevölkerung, dann würde das von vernünftiger Wirkung sein für alles intellektuelle Leben in allen Kreisen. Alles, was irgendwie im öffentlichen Interesse gefesse, sei es nun auf dem Gebiete der Bildung, der Hygiene oder auf einem sonstigen Gebiete, würde für politisch erklärt werden und der Aufsicht der politischen Polizei unterstellt werden müssen. Der Grundfehler liege darin, daß der Oberpräsident glaube, wenn eine Sache im Zusammenhange mit einer politischen Partei stehe, wäre sie ein politischer Gegenstand, und ein Verein, der dieser Sache diene, verfolge einen politischen Zweck.

Der Standpunkt des Oberpräsidenten lasse sich an Beispielen ad absurdum führen: Es gebe eine politische Partei auf dem Boden der Weltanschauung der katholischen Kirche, zu deren ersten Grundzügen die Förderung der katholischen Weltanschauung gehöre. Es gebe zugleich unzählige Bestrebungen — Gesellensvereine, Lehrlingsvereine, Marinevereine, Jungfrauenvereine usw. —, welche ebenfalls die Förderung der katholischen Weltanschauung erstreben, und die Personen, die an der Spitze ständen, seien genau dieselben Kapläne, welche in den Zentrumswohlvereinen die Leitung in den Händen hätten. Es sei kein Zweifel, daß dieselben Personen auch eingriffen in die politische Agitation. Wollte man nun den Oberpräsidenten auf dem Wege folgen, den er in der Sache des Vereins Arbeiter-Jugendheim eingeschlagen habe, dann müßten alle die Vereine, welche die katholische Weltanschauung vertreten, und die irgendwelche Fühlung hätten mit der Zentrumspartei, als politische erklärt und unter die Aufsicht der politischen Polizei gestellt werden. — Weiter: Es gebe keine politische Partei, die nicht auf Kongressen oder durch ihre Vertreter im Reichstage und in den Landtagen sich für die Bekämpfung des Alkoholmißbrauchs ausgesprochen hätte. Dieselben Leute, die dafür einträten, seien zum großen Teil politische Führer. Wollte man aber deshalb sagen, daß alle antialkoholischen Veranstaltungen, alle Vereine zur Bekämpfung des Alkoholmißbrauchs, sowie die alkoholfreien Lokale politisch seien? Das müßte man aber, wenn man dem Oberpräsidenten folgen wollte. — Und dieselbe Konsequenz ergäbe sich für viele andere Bestrebungen und für die, ihrer Förderung dienenden Vereine. So Schulreformbestrebungen, hygienische Bestrebungen, sonstige Bildungsbestrebungen. Bei allen lasse sich irgendein Zusammenhang mit einer Partei oder mit einer, von einer Partei vertretenen Weltanschauung feststellen.

Den Standpunkt des Oberpräsidenten so ad absurdum zu führen, liege, ihn widerlegen.

Auf jeden Fall müsse, wolle man einen Verein für politisch erklären, festgestellt werden, daß der Verein durch seine Handlungen einmische auf politische Angelegenheiten, nämlich auf den Staat oder seine Verwaltung oder seine auswärtigen Beziehungen. Davon könne man hier nicht reden, wo nur ein Zusammenhang mit einer politischen Partei behauptet werde.

Wenn der Nürnberger Parteitag in den erwähnten Verhandlungen und Beschlüssen sich ausgesprochen habe für eine Einwirkung auf die Jugend im Sinne der sozialistischen Weltanschauungen, so sei das auch keine politische Bestrebung. Die sozialistische Weltanschauung stehe im Gegensatz zur individualistischen Weltanschauung. Das seien an sich nur Anschauungen, aus denen sich politische Bestrebungen entwickeln könnten; deshalb sei doch aber nicht alles, was eine Weltanschauung verbreite, eine politische Bestrebung. Und so sei auch nicht alles, was die sozialistische Weltanschauung verbreite, eine politische Bestrebung. Der Parteitag in Nürnberg wolle nur die Jugend mit der Summe von intellektuellen und moralischen Anschauungen erfüllen, welche man die sozialistische Weltanschauung nennt. Man habe sogar ausdrücklich in Nürnberg betont, daß alles, was politisch im engeren Sinne sei, dabei ausgeschlossen sein sollte. Die Arbeiterjugend solle lediglich geistig gehoben und vor Gefahren bewahrt werden, die der Jugend drohen in Form von Alkoholem und Prostitution, in Form von Schandliteratur usw. Das solle allerdings im Sinne der sozialistischen Weltanschauung und nicht im Sinne der individualistischen Weltanschauung geschehen. Wenn nun die Arbeiterjugend später eher geneigt sein würde, sich der sozialdemokratischen Partei anzuschließen, so würde das doch erst die Folge von Folgen von Folgen sein; nicht aber könne als mittelbare Beeinflussung des Staates

und seine Verwaltung angesehen werden die Tätigkeit von Institutionen, welche eine Erziehung im Sinne der sozialistischen Weltanschauung förderten. Wenn man alles, was durch irgendeine noch so lange Kausalkette zusammenhänge, z. B. mit einem Jugendheim, unter den Begriff der mittelbaren Einwirkung auf den Staat und seine Verwaltung bringen wollte, dann würde, wie schon gesagt, dasselbe zutreffen auf alle Bestrebungen der verschiedensten Art, die mit der Politik an sich nichts zu tun hätten, wo aber irgendein Zusammenhang mit Stellungnahmen einer Partei vorliege. Das aber sei absolut verkehrt. Wollte man aber jene Konsequenz nur ziehen mit Bezug auf die Sozialdemokratie, dann würde das zwar der Auffassung ausgeprägter politischer Fanatiker unter den Gegnern der Sozialdemokratie entsprechen, nicht aber mit Recht und Gerechtigkeit sein. Würde dagegen die Konsequenz auf alle anderen auch gezogen, dann unterjüge alles intellektuelle Leben der Kontrolle der politischen Polizei. Und dann läge eine Verletzung des Vereinsrechts vor gegenüber dem früheren landesgesetzlichen Vereinsrecht. Das gerade Gegenteil habe aber das Reichsvereinsrecht wollen. Der Zusammenhang der Jugendheime und der Jugendheimvereine mit der Partei sei überhaupt kein so enger, wie behauptet werde. Dafür wird Beweis angeführt. Der Zweck des Vereins „Arbeiter-Jugendheim“ sei nur, Mittel aufzubringen, um der Arbeiterjugend in angenehmen Räumen unter Aufsicht älterer Personen einen angenehmen Aufenthalt zu verschaffen. Das entspreche den Wünschen der Sozialdemokratie. Damit sei aber der Zweck noch kein politischer. In der Nürnberger Resolution sei von Jugendheimen gar nicht die Rede. Die Jugendheime seien später entstanden als rein humanitäre Einrichtungen privater Art. Sie würden, wie auch andere humanitäre Einrichtungen, zum Beispiel wie der Arbeiterverein für Obdachlose, von Sozialdemokraten unterstützt.

Das ganze Vorgehen des Polizeipräsidenten und Oberpräsidenten kennzeichnete sich nach allem ausschließlich als ein politisches; der Zweck sei, Anhängern einer bestimmten Partei etwas unmöglich zu machen und zu vernichten, was Leute geschaffen hätten, denen man nicht wohl wolle. Das Vorgehen der Behörden in diesem Falle sei ein Unternehmen mit der in der Sache liegenden Folge, daß dieselben Grundzüge auf andere nicht angeendet werden könnten, daß anderen geschadet werde, was man der Sozialdemokratie verbieten wolle. Das sei ein Zweck, von dem zweifelhaft sei, ob die Verwaltungsbehörden sich dazu hergeben dürften, den aber zu bekämpfen Aufgabe des höchsten Verwaltungsgerichtshofes sei.

Der Kläger, R.-A. Dr. Kurt Rosenfeld, verwies darauf, daß man von Leuten der verschiedensten Parteirichtungen überall darauf ausgehe, ähnliche Einrichtungen (Wegeneinrichtungen) zu unterstufen. Ja, man habe Jugendheime zu schaffen zum Teil nach unserem Muster. Denn als unmissverständlich würden die Einrichtungen des Vereins „Arbeiter-Jugendheim“ allgemein anerkannt. Jene Gegenrichtungen wurden selbst von der Polizei unterstützt. Hier aber bekämpfe man dasselbe, indem man sage, es gebe von Sozialdemokraten aus Jugendheime entstanden, die mit Zentrumsmitteln, mit deutsch-sozialen Mitteln, mit liberalen Mitteln unterstützt würden und die nicht das geringste von der Polizei zu befürchten hätten. Auf dem Nürnberger Parteitag seien übrigens Jugendheime nur gelegentlich in einer Rede erwähnt worden. Es sei, wie schon Heine ausgedrückt habe, davon auszugehen, wie sich der Verein betätigt habe. Ein großes Vereinsleben habe er überhaupt nicht geführt. Er habe tatsächlich nur den Zweck, Geld zu sammeln, recht viel Geld zu sammeln, um schöne Jugendräume herzurichten. Es werde auf künstlerische Ausgestaltung Wert gelegt. So würden die beiden Jugendheime des Vereins als Muster anerkannt von Personen aus den verschiedensten Schichten, die sich dafür interessierten, namentlich auch von Behörden. Es bestehe allgemeine Begeisterung darüber, wie sie eingerichtet seien. Sie leisteten den Anforderungen der modernen Kunst Genüge. Mitglied des Vereins könne jeder werden, auch der nicht politisch und nicht gewerkschaftlich Organisierte. Man habe auch solche Mitglieder, wenn auch vereinzelt, namentlich eine Reihe interessierter Literaten. Der Verein mit seinen selbständigen Einrichtungen könne auch nicht organisatorisch mit der Sozialdemokratie in Beziehung gebracht werden. Weder die tatsächliche Wirksamkeit, noch die Satzungen ergäben etwas für einen politischen Zweck. Bei Bekämpfung der Schundliteratur gehe der Verein Hand in Hand mit der Lehrerschaft. In den Jugendheimen finde, wie woanders, ein Austausch solcher Bücher gegen gute Literatur statt. So habe man sich allgemein in den Dienst der Bekämpfung der Schundliteratur gestellt. Der Verein wolle die Jugendlichen hüten und schützen vor den Gefahren des Wirtshaus und der Straße. Es würde tief zu bedauern sein, wenn hier ein Stück Kulturarbeit unmöglich gemacht werden würde.

Urteil.

Das Oberverwaltungsgericht wies die Klage mit folgender Begründung ab:

R.-A. Heine als Vertreter des Klägers sei in seinen Deduktionen zu dem Schluß gekommen, daß, wenn man dem Oberpräsidenten folge, jede moralische und jede intellektuelle Bestrebung, die auf eine Weltanschauung hinauslaufe, politisch sein würde. Es möge nun dahingestellt bleiben, wie es sich im Einzelfalle gestalte. Fortliegend sei kein Zweifel, daß es sich nicht um die Absicht handle, allgemeine Weltanschauung zu verbreiten, sondern daß die Jugendheime Instrumente und Organe der sozialdemokratischen Partei seien sollten. Es sei zu verweisen auf die Rede des jeweiligen Abgeordneten Haase auf dem Nürnberger Parteitag, worin ausgeführt sei, daß besondere Kommissionen (Jugendausschüsse) ihr Augenmerk besonders auch darauf zu richten hätten, daß überall Jugendheime errichtet werden, die einen Sammelplatz für die Jugend bildeten. Danach seien tatsächlich die Jugendheime Veranstaltungen der Partei. Und wenn auch ihre Statuten dem nicht Ausdruck gäben, so sei dennoch kein Zweifel, daß sie Bestandteile der Organisation einer politischen Partei, der Sozialdemokratie, darstellten. Das gehe auch aus einer Resolution hervor, die im April 1910 auf einer Konferenz der Jugendausschüsse gefaßt sei. Es heiße da: „Den politischen und gewerkschaftlichen Organisationen wird empfohlen, Mittel zur Errichtung von Jugendheimen zur Verfügung zu stellen.“ Also die politische Partei und die Gewerkschaften, die auch Zweige der politischen Bewegung darstellten, sollten die Jugendheime ermöglichen. Es sei auf der Konferenz auch darauf verwiesen worden, daß man in Berlin einen anderen Weg gegangen sei, indem man besondere Vereine gegründet habe. Das andere aber nichts daran, daß auch die von solchen Verein geschaffenen Jugendheime, die neben den von den Gewerkschaften und von der politischen Partei alimentierten beständen, nichts anderes seien, als Organe der Partei, also mit politischen Zwecken. Vereine aber, die dazu dienen, den Zweck materiell zu fördern, müßten als politische angesehen werden. Es sei ja ohne weiteres zuzugeden, daß in den Jugendheimen manches Nützliche, manches Gute erreicht werden könne und auch erreicht werde. Es bleibe aber doch bestehen, daß es Organisationen im Zusammenhange mit der politischen Partei seien. Darous ergeben sich die Abweisung der Klage nach den schon in Sachen der Berliner Jugendorganisation ausgesprochenen Grundzügen.

Es kam dann die Sache des Lichtenberger Vereins „Jugendheim“ zur Verhandlung, dessen Vorsitzender mit einer gleichen Begründung bedacht worden war. Ihn vertrat Rechtsanwalt Dr. Kurt Rosenfeld. Dieser nahm Bezug auf die Vorentscheidung und erklärte u. a., daß er das Urteil nicht als maßgebend anerkennen könne, weil gar nicht der Gesichtspunkt gewürdigt sei, daß selbst ein Verein, der als Instrument der Partei angesehen werde, durchaus nicht politisch zu wirken brauche. Wenn nun die Partei beschlöße, Arztkontrollen für ihre Redakteure zu errichten und einen Verein zu gründen, der die Mittel ausbringe, so würde doch niemand sagen

können, das sei ein politischer Verein. Weil so wesentliche Gesichtspunkte nicht getreift seien, sehe sich er — der Anwalt — nicht veranlaßt, überhaupt noch ein Wort zur weiteren Begründung dieser Klage anzuführen.

Das Oberverwaltungsgericht wies auch diese Klage ab und bemerkte, schon aus der Begründung des ersten Urteils gehe hervor, daß nach Annahme des Senats die Jugendheime als Instrumente der Partei beitragen sollten, die Jugend im Sinne der Sozialdemokratie zu beeinflussen und daß sie somit als politisch anzusehen seien. Vereine, die den Zweck materiell förderten, seien politische Vereine.

Damit hat das Oberverwaltungsgericht sich in der Tat auf den ungeheuerlichen Standpunkt gestellt, daß alles intellektuelle Leben in Preußen unter Polizeiaufsicht steht. Wird die Polizei den nicht-sozialdemokratischen Vereinen gegenüber hieraus die Konsequenzen ziehen? Das möchten wir bezweifeln, wiewohl in Preußen nach der Verfassung vor dem Gesetz jeder gleich sein soll. Die von der Polizei und dem Oberverwaltungsgericht gesponnenen Zwirnsfäden zur Erdröpfung der Arbeiter-Jugendheime werden ihren Zweck nicht erfüllen. Die Jugendheime werden nun erst recht gedeihen und blühen. Die Form kann Polizei und Gericht zerschlagen, nicht den Inhalt. Den fördern sie durch solche Prozesse wider ihren Willen. Der politisch-juristische Totengräber wird bald fühlen, daß die Bewegung, die er eingefügt zu haben glaubte, den Sargdeckel sprengt. Möge er sich zeitig befehle stellen, damit der Deckel nicht seinen Schädle unfaust berührt.

Die Gemeindevahlbewegung.

Friedrichsfelde. Die Gemeindevahlbewegung am Orte ist im vollen Gange und doch ist nach außen hin wenig mehr zu spüren, als hin und wieder der Ausschrei eines gequälten Herzens aus der 2. Abteilung, wo zwischen den Bürgerlichen eine amüsante Kabbolgerie entbrannt ist. Für die 3. Abteilung scheint man auf der gegnerischen Seite alle Hoffnung aufgegeben zu haben, den Sieg über uns zu erringen. Trotzdem wollen wir nicht müßig sein, sondern alle Kräfte aufbieten, um mit imposanter Stimmenzahl aufwarten zu können. Die Zeit ist nur noch kurz. Am Sonntag, den 24. d. M., wird die 3. Abteilung wählen und zwar von mittags 12 Uhr bis 6 Uhr nachmittags im Schloßrestaurant, Wilhelmstr. 17a.

Reinickendorf. Die Ergänzungswahlen sind nunmehr amtlich ausgeföhrt. Aus der Gemeindevertretung scheiden aus infolge Ablaufs ihrer Wahlzeit: aus der 3. Klasse der für den 3. Bezirk gewählte Genosse Schiller, aus der 2. Klasse der Bauerngutbesitzer Müller und der Bankbeamte Nikolaus, aus der 1. Klasse die Fabrikbesitzer Beder u. Schwarzlopp, und durch Auslosung der von der 1. Klasse vor vier Jahren gewählte Eiswerkbesitzer Thater. Unsere Genossen sind bereits in die Agitation eingetreten. Ein am Sonntag verbreitetes Flugblatt agitiert für den vom Wahlverein für die 3. Klasse präferierten Genossen Schönberg. Lebhafter als früher dürften sich diesmal die Wahlen in der 2. und 1. Klasse gestalten. In der 1. Klasse wollen die Großgrundbesitzer den ausschließenden Fabrikbesitzer zwei engagierte Vorläufer des Grundbesitzes, den Direktor Busch von der Grundbesitzgesellschaft „Berlin-Nord“ und den am Orte ansässigen Notar Pinski, entgegenstellen. Da von den 63 Wählern dieser Klasse nur 12 am Orte wohnen, werden hier die Papierstimmen den Sieg entscheiden. In der 2. Klasse machen unsere Genossen den Ausschreienden das Mandat streitig. Für uns kandidieren die Genossen Gastwirt Heinrich Schiller und der Zigarenhändler Franz Bahr. Die Wahl der 3. Klasse findet am Sonntag, den 24. März, nachmittags von 1—5 Uhr in der Turnhalle der 4. Gemeindevorschule am Hausotterplatz statt; die 1. und 2. Klasse wählt am Montag, den 25. März, im Restaurant Kuchmann, Hauptstraße 32, und zwar die 2. Klasse von 1 bis 5 Uhr nachmittags, während von den 12 „Erfüllungen“ erwartet wird, daß sie die Ernennung ihrer Kandidaten zwischen 5 und 5½ Uhr vollziehen.

Bohndorf. Die Gemeindevorwahlen findet für die dritte Abteilung Montag, den 18. März, nachmittags von 5—7½ Uhr, im Lokale des Herrn Waz Schulze statt. Kandidat der Sozialdemokratie ist der Lagerhalter Genosse Reinhold Schulz. Genossen, welche mit Bohndorfer Arbeitern zusammen arbeiten, werden erucht, dieselben auf ihre Wahlpflicht aufmerksam zu machen. Auch wollen die Genossen sich am Wahltag zur Verfügung stellen. Da die Wahlhandlung pünktlich geschlossen wird, werden die Genossen ersucht, rechtzeitig ihre Stimme abzugeben.

Rieberkeim. Am 19. März, nachmittags von 4½—6½ Uhr, finden im Lokal von Schmidt die Gemeindevorwahlen statt. Für die 3. Klasse kandidiert Genosse Waz Winkler und für die 2. Klasse Genosse Waz Marschel. Es wird gebeten, daß jeder Wähler rechtzeitig erscheint.

Sonntag, den 17. März, nachmittags 3 Uhr, im Lokal von Gerisch: Volksversammlung. Genosse Rüh-Neufuß wird über „Die Aufgaben der Sozialdemokratie in der Gemeindevertretung“ sprechen. Unsere Genossen werden erucht, für zahlreichen Versammlungsbesuch Sorge zu tragen. Sonntag früh 8 Uhr: Flugblattverteilung von Gustav Koch „Jägerclub“ und Emil Gerisch (Dorf) aus.

Ramowes. Die Termine für die Gemeindevorwahlen sind nunmehr bekanntgegeben. Die Wahlen zur dritten Abteilung, in der die Sozialdemokratie an Stelle des verstorbenen Genossen Grühl den Genossen Gastwirt Hermann Ebel als Kandidaten aufgestellt hat, sollen an drei aufeinanderfolgenden Tagen in der Zeit von 4½ bis 7½ Uhr nachmittags in folgender Ordnung stattfinden: die Wahlberechtigten mit den Anfangsbuchstaben A bis H wählen am Montag, den 25. März; diejenigen mit den Buchstaben J bis Q am Dienstag, den 26. März; und diejenigen mit den Buchstaben R bis Z am Mittwoch, den 27. März. Wahllokal ist der Saal der Gemeindevorschule IV in der Schornhorststraße. Zu wählen ist an allen drei Tagen ein Gemeindevorwähler als Ersatz auf drei Jahre, der Angeföhrt sein muß. — Die zweite Abteilung wählt am Donnerstag, den 28. März, nachmittags von 5 bis 7 Uhr im gleichen Wahllokal. Zu wählen ist ein Gemeindevorwähler als Ersatz auf fünf Jahre, der Nichtangeföhrt sein kann. — Die Wahl zur ersten Abteilung, in der gleichfalls ein Gemeindevorwähler, der Nichtangeföhrt sein kann, auf drei Jahre gewählt wird, findet am Freitag, den 29. März, nachmittags von 12½ bis 1 Uhr im Wahlbureau, Zietenstr. 1, statt. — Jedem Wahlberechtigten wird vor dem Wahltermin eine Legitimationskarte ausgestellt, die zur Wahl mitzubringen und dem Wahlvorstand auszubändigen ist. Ohne eine solche Legitimation Erscheinende müssen ev. mit ihrer Stimmabgabe bis zum Schluß des Wahlschlusses warten. Sollten daher Wahlberechtigten bis zum Tage der Wahl noch nicht im Besitz einer Legitimation sein, so haben sie sich eine solche im Wahlbureau, Zietenstr. 1, part. rechts, ausstellen zu lassen.

Wahlergebnisse.

Wahlberf (Ostbahn). Bei der Gemeindevorwahlenwahl in der 3. Abteilung siegte unser Genosse Karl Lehning mit 213 Stimmen über die beiden gegnerischen Kandidaten, auf die 50 und 45 Stimmen entfielen. Bei der Wahl in der 2. Abteilung erhielten von 191 abgegebenen Stimmen die Kandidaten des Hausbesitzervereins

65 und 51, die Kandidaten des Kommunalpolitischen Verbandes 44 und 41 Stimmen. Unser Genosse Ludwig erhielt 37 und Genosse Wiedemann 21 Stimmen. Es findet also eine Stichwahl statt, bei der unsere Parteigenossen den Ausschlag geben werden. Die Bezirksleitung wird den Genossen in den nächsten Tagen geeignete Vorschläge machen.

**Behlendorf (Wannseebahn).** Bei der Gemeindevahl der 3. Abteilung ist es auch diesmal nicht gelungen, unsere Kandidaten durchzubringen. Im 1. Bezirk (Süden) erhielt Genosse Göhre 147, der bürgerliche Kandidat 159 und der Beamtenkandidat 350 Stimmen. Im 2. Bezirk (Norden) erhielt Genosse Kuita 167, der Beamtenkandidat 301 Stimmen.

**In Hohen-Neuendorf (Nordb.)** kam es bei der gestrigen Ergänzung- und Neuwahl je eines Vertreters in der 3. Klasse zu keinem endgültigen Resultat. Unsere Genossen Hoffmann und Knötsch erhielten 85 und 83 Stimmen, die Kandidaten des Ortsvereins, Kofstad und Koffow, 88 und 90 Stimmen. Außerdem entfielen noch 8 und 2 Stimmen auf zwei andere Kandidaten. In der dadurch notwendig gewordenen Stichwahl muß alles aufgegeben werden, den Erfolg auf unsere Seite zu bringen.

**Vorsigwalde.** Bei der Gemeindevahl-Ergänzungswahl, die gestern stattfand, stieg der sozialdemokratische Kandidat, Genosse Trapp, mit 406 Stimmen über den bürgerlichen Kandidaten Treymann, der nur 74 Stimmen auf sich vereinigen konnte.

## Aus Industrie und Handel.

### Deutsche Kohlen.

Bei einer von Jahr zu Jahr steigenden Kohlengewinnung Deutschlands nimmt es nicht wunder, daß sich auch der Absatz für deutsche Kohlen am Weltmarkte vergrößert hat. Wie die Förderung deutscher Kohlen innerhalb der letzten 5 Jahre gestiegen ist, das ergibt sich für die wichtigsten Kohlenarten innerhalb der Jahre 1907 bis 1911 aus folgender Zusammenstellung in Millionen Tonnen:

Einheimische Gewinnung	1907	1908	1909	1910	1911
Steinkohle	143,22	148,62	148,97	152,88	160,74
Braunkohle	62,31	66,45	68,36	69,11	73,52
Koks	21,93	21,17	21,41	23,60	25,41
Brechkohle	16,41	18,22	18,75	19,57	21,83

Vergleicht man mit diesen Ziffern die jeweilige Ausfuhr, so kommt man zu dem Resultat, daß diese in der gleichen Weise gestiegen und mit der heimischen Gewinnung Schritt gehalten hat. Die Kohlenproduktion Deutschlands hat eine Steigerung von 143,22 Millionen Tonnen im Jahre 1907 auf 160,74 Millionen Tonnen im Jahre 1911 erfahren. Das Jahr 1907 hatte einen Steinkohleneexport von 20,02 Millionen Tonnen gebracht. Nach stetiger Steigerung der Ausfuhrziffern ergab sich im Jahre 1911 ein Steinkohleneexport von 27,41 Millionen Tonnen gebracht. heimische Förderung von Braunkohle stieg seit 1907, in welchem Jahre sie 62,31 Millionen Tonnen betragen hatte, auf 73,52 Millionen Tonnen im letzten Jahre. Dieser Mehrproduktion steht auch eine Zunahme des Exports von Braunkohle gegenüber. Zwar sind die Ziffern dieser Braunkohlenausfuhr im Vergleich zu denen der Steinkohle nur bescheiden zu nennen. Im Jahre 1907 betrug der Export nur 0,22 Millionen Tonnen. Mit dem Jahre 1911 hat er sich um mehr als das Doppelte vergrößert. In diesem Jahre wurden 0,58 Millionen Tonnen deutscher Braunkohlen auf dem Weltmarkte abgesetzt. Die einheimische Gewinnung von Koks

ist von den beiden anderen genannten Kohlenarten zu trennen, denn das Jahr 1908 brachte gegen sein Vorjahr eine von 21,93 auf 21,17 Millionen Tonnen verringerte Förderung. Seit dem Jahre 1908 zeigt sich jedoch eine jährliche Zunahme. Bis zum Jahre 1911 ist die Gewinnung des Koks auf 25,41 Millionen Tonnen gestiegen. In gleicher Weise ist bis zum Jahre 1908 der Export von deutschem Koks größer als im Jahre 1909 gewesen. Die dann aber schnell zunehmende Steigerung der Ausfuhr brachte bereits für das Jahr 1911 eine größere Beteiligung des deutschen Koks auf dem Weltmarkte als 1907. Den Export der Brechkohle sowie die gesamte deutsche Kohlenausfuhr seit 1907 spiegelt folgende Tabelle in Millionen Tonnen:

Ausfuhr:	1907	1908	1909	1910	1911
Steinkohle	20,02	21,06	23,35	24,26	27,41
Braunkohle	0,22	0,27	0,39	0,62	0,58
Koks	3,79	3,58	3,45	4,13	4,56
Brechkohle	1,25	1,49	1,62	1,99	2,48

Im Januar 1912 wurden nicht weniger als 2,45 Millionen Tonnen Steinkohlen und Anthrazit ausgeführt. Davon entfiel auf Oesterreich-Ungarn der größte Teil. Die Ausfuhr von Braunkohle ergab für den Januar 1912 insgesamt 5246 Tonnen, während der Export von Koks 0,43 Millionen Tonnen ergeben hatte. Die 0,22 Millionen Tonnen Brechkohlen, welche im Januar 1912 exportiert wurden, hatten einen Wert von 3,85 Millionen Mark.

### Die Bedeutung von Industrie und Bergbau der Welt.

Der Kohle und Erz schärfende Knappe und der Eisen und Stahl herstellende Arbeiter ist für die Welt von heute das Rückgrat ihrer Existenz. In welchem Maße dies zutrifft, wird erst richtig erkannt, wenn für die wichtigsten Länder der Erde zusammengestellt wird, wieviele unter 100 Erwerbstätigen in Bergbau und Industrie schaffen. Im nachfolgenden geben wir eine kleine Zusammenstellung der entsprechenden Art.

Unter 100 Erwerbstätigen waren in Bergbau und Industrie tätig:

in Großbritannien	46	in Dänemark	25
in der Schweiz	45	in Amerika	24
in Belgien	42	in Italien	24
in Deutschland	40	in Oesterreich	23
in den Niederlanden	34	in Rußland	18
in Frankreich	32	in Ungarn	14
in Norwegen	28		

Die Ziffern zeigen recht deutlich, wie sehr gerade Deutschland für die Berg- und die Industriearbeiter zu sorgen hat, denn sie bilden einen Riesenteil der arbeitenden Bevölkerung.

### Gratisaktien, Börsenspiel und Arbeiterlöhne.

Die österreichische Waffenfabrikaktiengesellschaft Steyr hat in den letzten beiden Jahren 16 Proz. Dividende verteilt, also ihren Aktionären ein hohes arbeitsloses Einkommen gebracht. Der militaristische Zug in Oesterreich, dessen Stärkung mit dem Absterben des Kaisers und der wachsenden Macht des Thronfolgers unverkennbar ist, legt nun den Spekulanten — und es wird jetzt in Wien bis in die Kreise der Kellner und Hotelportiers spekuliert! — gerade das Spiel in „Waffen“, den Waffenfabrikaktien, nahe. Diese Spekulation hat nun durch die Regierung eine gewaltige Anregung erfahren, indem diese der Waffenfabrikaktiengesellschaft gestattete, durch Ausgabe von Gratisaktien an die Aktionäre ihr Kapital von 84 auf 85 Millionen zu bringen. Dadurch wird übrigens auch der Staat selbst geschädigt, da der gleiche Gewinn natürlich kleiner erscheint,

wenn er auf das so vergrößerte Aktienkapital entfällt, wodurch der Staat um die für höhere Dividenden bestehende Zusatzsteuer gebracht wird. Trotz all dem hat man in verdächtiger Eile die Ausgabe der Gratisaktien genehmigt. Freilich ist der Gouverneur der die Waffenfabrikaktiengesellschaft kontrollierenden Bodenkreditgesellschaft der verbündungsreiche Herr Rudolf Sieghart, früher ein kleiner Journalist, dann der Präsidialist — faszinieren: der Wahnwache — des Ministerpräsidenten Körber, alsbald Sektionschef, Geheimer Rat und so fort. Das erklärt manches, hielt aber das Abgeordnetenhaus nicht ab, seiner Rühmbilligung über die harmlos tuende Interpellationsbeantwortung des Finanzschlachzigen v. Jaleski in der darüber eigens eröffneten Debatte Ausdruck zu geben. Besonders kräftig tat das Genosse Dr. Ellenbogen, der — um das Bild abzurunden — erzählte, daß die Fabrik 1909, als sie an den Landwehrlieferungen (die Landwehr ist in Oesterreich eine aktive Truppe von 60 000 Mann) 400 000 Kronen verdiente, den Minimallohn von — 3 Kronen täglich abschaffte und die Stoffelöhne herabschickte. Bei einer Fabrikationsgewinnsteigerung um 288 000 Kronen und einer Löhnerhöhung um 17 000 Kronen wurden 1200 Arbeiter entlassen; für Schule, Armen- und Sanitätswesen gibt die Gesellschaft nichts her. Und die Gratisaktien der Waffenfabrik fanden bei all dem die wärmste Verteidigung, außer beim Finanzminister — bei den Christlich-sozialen, die ihre kapitalistischen Interessen plötzlich, aber gründlich entdeckt haben.

Die Gesellschaft für elektrische Hoch- und Untergrundbahnen Berlin zahlt für das Jahr 1911 eine Dividende von 5 $\frac{1}{2}$  Proz. (1910: 5 $\frac{1}{2}$  Proz.).

## Einsegnungs-Kleider

**schwarz und weiss**  
aus prima Satinweb, reinwollen Popeline, Wollbatist und Volle, kleidsame Passons

15. 18.<sup>50</sup> 21. 24. 28.<sup>50</sup> 33. M.

**Prüfungs-Kleider** in allen Farben, hell und dunkel  
aus allerbesten Stoffen

16.<sup>50</sup> 21. 27. 36. M.

**Backfisch-Paletots** 12. 15. 18. M.

**Backfisch-Jackenkleider** 18. 27. M.

**Kostüm-Röcke** Kammgarn-Cheviot blau und schwarz  
7.<sup>50</sup> 9. 12. 15. 18. M.

aus regenechten Stoffen englischer Art  
3. 5. 8.<sup>50</sup> 11. 13.<sup>50</sup> 16.<sup>50</sup> M.



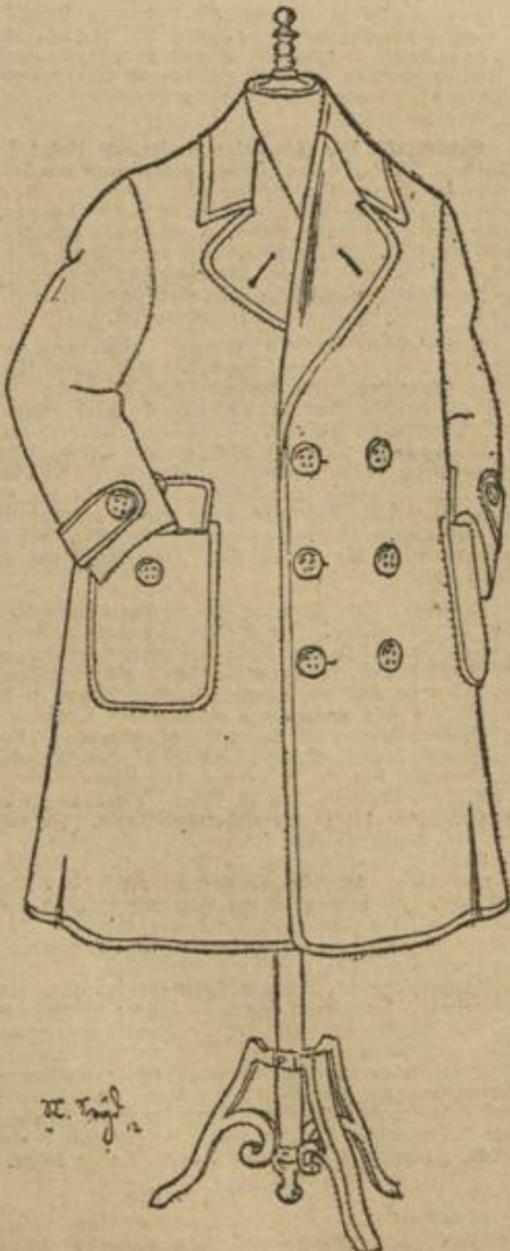
**Enorm billig!**  
Elegante französische Kleider aus feinem Popeline, alle Farb, Wollbatist, Volle, Seide, Tüll

18. 25. 33. 45. 58. M.

**Trauerkleider** von 20 M. an

**Sielmann & Rosenberg**  
Kommandantenstr., Ecke Lindensir. 1 Haus vom Dönhofsplatz.

Sonntags von 12 bis 2 Uhr geöffnet



# Ulster

## die grosse Mode

Durch seine Vorzüge hat sich der Ulster nunmehr durchgesetzt. Als Mädchen für alles dürfte er noch lange das Feld behaupten. Halblose, ein- u. zweireihig, mit vollem Kragen u. breitem Revers, aus Cheviotstoffen in abgetönten olive, braunen und grauen Farbenmelangen dürfte er auch fürs Frühjahr eine Zierde der Bekleidungskunst werden

M 64 57 52 45 38 32 27 25 22 18 M.

Formenschönheit  
Gute Verarbeitung  
Billige Preise

Das sind die Merkmale meiner im eigenen Grossbetrieb hergestellten Herren- u. Knabenbekleidung

**Gottlieb Weiß** **Schöneberg**  
Hauptstrasse 161 Ecke Stubenrauchstrasse.



# August Schega

vormals A. Wormann  
G. m. b. H.

77 Kottbuser Damm 77

Spezial-Geschäft für moderne Herren- und Knaben-Kleidung.

## Frühjahrs-Ulster und Paletots

in ganz aparten Phantasiestoffen. — Eleganter schicker Ausführung — Rosshaar-Verarbeitung.  
25.— 32.— 36.— 39.— 45.— bis 65.—

## Sacco-Anzüge

moderne Dessins in nur solider, vornehmer Verarbeitung  
in allen Preislagen, vorzügliche Passform  
19.— 25.— 32.— 36.— 45.— bis 65.—

Meine Fabrikate sind erstklassig verarbeitet und infolge meiner eigenen Fabrikation ausserordentlich preiswürdig.

## Meine Mass-Abteilung

leistet Hervorragendes Sacco-Anzüge 55, 64, 69, 75, 79 M. usw.  
zu tatsächlich billigen Ulster u. Paletots 55, 60, 65, 75, 85 M. usw.  
Preisen: Gehrock Anzüge 59, 69, 79, 85, 90 M. usw.

Ein Versuch wird Sie zu meinem ständigen Kunden machen!

Kulanteste Bedienung!

Billige, streng feste Preise!

Bekannt als beste und billigste  
Begründer  
Herren-Hüte

in jeder Preislage  
Radloff, Charlottenburg,  
Berliner Str. 51.  
Gegründet 1875.

Der echte  
Hämorrhoidal-Likör  
(das Elixier des langen Lebens)  
alterprobt zur Vermeidung von  
Verstopfung und daraus ent-  
stehenden Beschwerden, besonders  
bei Personen mit starker Lebens-  
weise. Flasche M. 1.— u. 1.50.  
80.  
Otto Reichel, Eisenbahnstr. 4.

## Zöpfe.

Wirklich reelle Ware. Größte Aus-  
wahl zu den  
allerbilligsten Preisen.  
Otto F. Kalka, Neukölln, Erkstr. 3.  
Zöpfen- und Perückenfabrik.

## Belenehtungskörper

Kronen, Lampen,  
Wandarme etc.  
zu den billigsten Preisen in  
guter Ausführung  
empfiehlt zum Umzuge

Paul Greiner  
Neukölln  
Bergstraße 132.  
Eigene Betriebswerkstatt.



Es ist kein Geheimnis, daß ich weder  
einen Laden habe, noch einen Zuschneider halte.  
**Mädchen- und Knaben-  
Kleider**  
in einfacher und eleganter Ausführung schneide ich selbst  
zu und lasse sie unter meiner Aufsicht anfertigen. Es  
ist somit klar, daß ich bei den geringsten Unkosten  
Kinderkleider zu den billigsten Preisen liefern  
kann. Fertige Kleider, Anzüge, Mäntel und  
Stoffe in großer Auswahl am Lager. 14826\*  
Mitgebrachte Stoffe werden gediegen verarbeitet.  
Engros-Arbeitsstube Frau M. Salomon,  
Berliner Straße No. 58  
gegenüber Kaufhaus H. Joseph.  
Rixdorf

# MÖBEL

Wir bieten soliden Leuten Gelegenheit zur leichten Anschaffung von einzelnen Stücken und  
ganzen Einrichtungen, speziell für Ein- und Zweizimmer-Wohnungen. **Mäßige Anzahlung,  
kleine monatliche Raten.** Unsere Preise sind an jedem Stück deutlich vermerkt und bei  
weitem **niedriger**, als sonst bei Teilzahlungskäufen üblich. **Diskrete Lieferung, keine  
Einkassierer.** — Durch Lieferung nur dauerhafter Möbel und kulantem Entgegenkommen bei  
Zahlungsstockungen ist unser Geschäft in fünfzehnjährigem Bestehen ausschließlich durch Weiter-  
empfehlung seitens unserer Kundschaft von Jahr zu Jahr gewachsen. Jeder Versuch bei uns  
führt zu dauernder Kundschaft.

## Möbelgeschäft Gottschalk & Co.

Alvenslebenstraße 6 Laden, I. und II. Etage.  
dicht an der Potsdamer Straße.  
Sonntags geöffnet.

**Bettfedern und Betten**  
kaufen Sie reell und billig bei  
Carl Müller, Rixdorf,  
Berliner Straße 44 46,  
bis-a-vis dem Rathaus.  
Dampf-Bettfedern-Reinigung  
mit elektrischem Betrieb.  
Fernsprecher: Amt Rixdorf Nr. 9598.

Möbel

Ganze Wohnungseinrichtungen,  
Zimmer- und Küchen-Einrich-  
tungen, sowie jedes Stück ein-  
zeln zu den billigsten Preisen  
in guter, gedieg. Arbeit empfehle  
**Wilh. Lambrecht,**  
Berlin SW., Simeonstr. 19.

Möbel

Verlangen Sie, bitte, illustrierte Preisliste.

**HERREN KLEIDUNG  
KNABEN KLEIDUNG**  
**S. LEVY, CHARLOTTENBURG  
SCHARRENSTR. 35.**

Möbel

liefert an  
jedermann  
auf Kredit  
(mit weitest-er Rücksichtnahme  
bei Krankheitsfällen und Arbeitslosigkeit)  
bei bescheidenster Anzahlung  
**Paul Neugebauer Nachf.,**  
Wilmerdorter Str. 31, Charlottenburg.

Buchhandlung Vorwärts  
Berlin SW. 68  
Lindenstr. 69 (Laden).

Wir empfehlen:  
**Die Sozialdemokratie im  
Urteile ihrer Gegner**  
von  
**Dr. Aug. Erdmann.**  
Preis gebd. 2 M.

Buchhandlung Vorwärts  
SW. 68, Lindenstr. 69  
(Laden).

Zu empfehlen ist: 246/8  
**Der Kleingarten,**  
feine Anlage,  
Einteilung und Bewirtschaftung  
von  
**Max Heschdörffer.**  
Preis brosch. 60 Pf.

**Praktisches  
Taschenbuch  
für Gartenfreunde.**

Ein Ratgeber für die Pflege und  
sachgemäße Bewirtschaftung des  
häuslichen Gartens, Gemüse- und  
Obstgartens.  
von  
**Max Heschdörffer.**  
Mit 137 Textabbildungen.  
Preis geb. 3.50 M.

## Wanzen

tötet unschädlich mit Brut  
**Reichels Wanzenfluid „Radikal“**,  
Rt. 50 Pf. 1., 2., 3., Literl. 5.—  
Abkaut Hadfrei, nicht feuergefährlich.  
Kein übl. Geruch, nachhaltigste Wirkung

## Schwaben

vernichtet mit Brut radikal und sicher  
Reichels Spezial-Schwaben-Poudre  
„Martial“, Dof. 50 Pf. 1., 2., 3., 4.,  
Sprühapparate von 50 Pf. an.  
**Einzig echt u. garantiert wirk-  
sam nur i. Original-  
packungen Tod u. Teufel**  
in den Drogerien und bei  
Otto Reichel, Eisenbahnstr. 4.  
Fernspr. -Anschlüsse IV 4751, 4752, 4753.

## Zur Einsegnung

empfehle meinen vorzüglichen Festbraten als  
Schweineschinken . . . Pfd. 75 Pf.  
Pökelschinken . . . . . 80 " von 85 Pf. an  
Schmorfleisch . . . . . 85  
Kotelett . . . . . 90  
prima Kassler . . . . . Pfd. 85 Pf.  
Rückenfett u. Linsen b. 5 . . . 70  
prima weiche Schlackwurst 1,00 M.  
Lammkeulen . . . Pfd. 80-85 "

Jeden Donnerstag und Freitag meine als gut bekannte  
**frische Blut- und Leberwurst.**  
**Prima Rügenwalder Teewurst**  
pro Pfund 1,25-1,50 M.  
sowie sämtliche Wurstwaren 10 Proz. billiger.  
**Paul Linke**  
Hermannplatz 4. Hermannplatz 4.

**Zum Umzug**  
Komp. Wohnungs-Einrichtungen  
in allen Preislagen.

Med. Schlaf-, Speise- u. Wohnzimmer  
Grosses Lager in  
Einzel-Möbeln, Teppichen, Portieren,  
Gardinen, Steppdecken u. Federbetten  
Einzel-Möbel von 3 Mark an

# Kaufhaus zum Rollkrug

Hermann-  
str. 257. Neukölln Berliner  
Str. 1.

## Zur Konfirmation

empfehlen wir unsere modernste  
**Mädchen u. Jünglingsbekleidung**

Auch sind die **neuesten Moden**  
für das **Frühjahr** eingetroffen in  
**Damen- und Herren-Garderoben**

Alles auf Teilzahlung von 5 Mark an

# Ausnahme-Preise in

Kaffeemühlen . . . . .	0,95 1,45	Käseglocken . . . . .	0,48 0,25	Kuchenteller durchbrochen, fein dekoriert	1,25 0,95	Emaill-Eimer . . . . .	0,65-0,88
Reibemaschinen . . . . .	0,88 1,65	Butterdosen . . . . .	0,35 0,18	Kaffeekannen m. bl. Rand u. Gold	0,95	Emaill-Wannen . . . . .	0,95-3,45
Brot Schneidemaschinen . . . . .	3,50 4,50	Zuckerschalen . . . . .	0,25 0,09	Waschservice . . . . .	von 0,95-15,00	Emaill-Kochtöpfe	0,48 0,95 1,45
Küchenwagen . . . . .	0,95 1,75	Kompottschalen	0,05 0,25 0,35 0,48	Kaffeesevice in mod. Mustern 9teilig . . . . .	2,75 an	Waschständer . . . . .	0,48 0,95
Tischbestecke Ia . . . . .	0,48 0,95	Kompotteller . . . . .	0,10 0,05	Küchengeräthe moderne Muster in großer Auswahl!!		Emaill-Waschschüsseln	0,48 0,75
Eßlöffel (Britania) . . . . .	0,12 0,25	Zitronenpressen . . . . .	0,08	Satz Töpfe, echt Porzellan, 6teil.	0,95	Konsole mit Maß . . . . .	0,42
Kaffeelöffel do. . . . .	0,06 0,10	Salzgefäße mit Nickelstab, dopp.	0,15	3 Paar bunte Tassen . . . . .	0,50	Schrubber . . . . .	48 0,25
Tablets m. bunter Einlage	0,95 2,25	Salz- u. Pfefferstreuer m. Porzellan-Kapsel, Paar	0,25	1 Satz Schüsseln, extra groß	0,95	Robhaarbesen . . . . .	1,65 0,95

**L. Katz & Co.** Bergstr. No. 65 am Ringbahnhof

## Leske & Lehrer 78 Kottbuser Damm 78

Spezialhaus guter Herren- und Knaben-  
: : Bekleidung fertig und nach Maß : :

## Einsegnungs-Anzüge

in gutem blauen und tiefschwarzen Cheviot, Satin-Kammgarn und Tuch-Kammgarn. Moderner, eleganter Schnitt.

Blau Cheviot, sehr solide und haltbar

Größe 10-12 38-39 40-41 42-43 44  
Anzug 11.- 12.- 13.- 14.- 15.-

Schwarzes Satin-Kammgarn, sehr solide

Größe 10-12 38-39 40-41 42-43 44  
Anzug 13.- 14.- 15.- 16.- 17.-

Guter blauer Cheviot, sehr zu empfehlen

Größe 10-12 38-39 40-41 42-43 44  
Anzug 15.- 16.- 17.- 18.- 19.-

Sehr gutes, fein geripptes Satin-Kammgarn

Größe 10-12 38-39 40-41 42-43 44  
Anzug 17.- 18.- 19.- 20.- 21.-

Beste blauer Melton-Cheviot, halbf. sol. Qual.

Größe 10-12 38-39 40-41 42-43 44  
Anzug 16.- 17.- 18.- 19.- 20.-

Hochfeines blaues Rins-Kammgarn v. feinem Rins

Größe 10-12 38-39 40-41 42-43 44  
Anzug 19.- 20.- 21.- 22.- 23.-

Hochfeines schwarz. Tuch-Kammgarn sehr solide Qualität

Größe 10-12 38-39 40-41 42-43 44  
Anzug 21.- 23.- 25.- 27.- 29.-

Sehr eleg. schwarz. Tuch-Kammgarn Ersatz für Maß

Größe 10-12 38-39 40-41 42-43 44  
Anzug 23.- 25.- 27.- 29.- 31.-

Hochf. schwarz. Tuch-Kammgarn, beste Qualität! Ersatz f. Maß!

Größe 10-12 38-39 40-41 42-43 44  
Anzug 25.- 27.- 29.- 31.- 33.-

Ia blaues Kammgarn, beste Verarbeitung und Zutaten, vollk. Ersatz für Maß

Größe 10-12 38-39 40-41 42-43 44  
Anzug 23.- 24.- 25.- 26.- 27.-

## Prüfungs-Anzüge

in aparten, modernen Stoffarten, neueste Moden, modernster Schnitt

13.- 14.- 15.- 16.- 17.- 18.- 19.-  
20.- 22.- 24.- 26.- 28.- 30.- 32.-



Nicht für Wiederverkäufer.  
Nur solange Vorräte reichen.

## Sonnabend und Sonntag: Ausnahme-Preise

für folgende Artikel:

<b>Butter</b>	allerhochfeinste, das Beste was es gibt, Pfd. nur 146 Pf.
<b>Eier</b>	schöne, frische . . . . . Stück nur 7 Pf.
<b>Speck</b>	fetten . . . . . Pfd. nur 75 Pf.
<b>Schmalz</b>	mager, schön durchwachsen . . . . . nur 80 Pf.
	ff. Bratenschmalz . . . . . Pfd. nur 54 Pf.
	ff. Rohschmalz . . . . . Pfd. nur 52 Pf.
<b>Käse</b>	Schweizer I . . . . . Pfd. nur 115 Pf.
	II . . . . . 100 Pf.
	ff. Tilsiter Käse . . . . . 70 Pf.
	ff. Allgäuer Stangenkäse . . . . . 54 Pf.
	ff. Camembert . . . . . Stück 25 Pf.
	ff. Frühstückkäse . . . . . 9 Pf.
	ff. Klosterkäse . . . . . 9 Pf.

Feinste Braunschweiger Wurstwaren zu billigsten Preisen.

Auf alle Waren (außer Butter und Schmalz) noch  
**10 Prozent Rabattmarken!**

**Reik in Neukölln.**

Verkaufsstellen:  
Bergstraße 151-152  
Nogatstraße 19-20  
Weisestraße 32  
Weisestraße 9  
Steinmetzstr. 102  
Zietenstraße 80  
Boddinstraße 60  
Reuterstraße 7-8  
Hobrechtstraße 77  
Friedelstraße 21  
Sanderstraße 20  
Donaustraße 114  
Weserstraße 52  
Wipperstraße 20  
Niemetzstraße 4

# MÖBEL-HAUS OSTROWSKI

Schöneberg, Hauptstr. 50 □ Berlin NW, Turmstr. 73

Unsere Spezialität:

**Moderne Wohnzimmer** echt Nussbaum  
fourniert v. M. 192 an

Reichste Auswahl in Schlaf-, Speise-,  
Herren-, Wohn-Zimmern und Salons

**Moderne Küchen**

In den wirksamsten Farben von M. 55 an

Ständige Ausstellung von ca. 100 Einrichtungen

Zwanglose Besichtigung gern gestattet

Freiwillige Lieferung  
durch ganz Deutschland

Erstklassige  
Arbeit

Langjährige schriftliche  
Garantie



Dieses  
**moderne Wohnzimmer**

echt Nussbaum, mit  
schwerer Bildhauerarbeit

1 Garderob.-Schrank	M. 82
1 Wäscheschrank mit Spiegel-Ansatz	M. 82
1 Umbau-Sofa	M. 75
1 mod. Tisch	M. 15
4 Stühle	M. 16
<b>Komplett</b>	<b>M. 270</b>
Umbau extra	M. 80

